

Parlamentsdienste

Services du Parlement

Servizi del Parlamento

Servetschs dal parlament



Dokumentationsdienst  
3003 Bern  
Tel. 031 322 97 44  
Fax 031 322 82 97  
doc@parl.admin.ch

---

## 94.102 Förderung der Wissenschaft in den Jahren 1996-1999

---



Biersteuererhöhung per 1. April 1995 bringt dem Bund Mehreinnahmen von rund 5,5 Millionen Franken. Wenn wir jetzt von einer Neuverteilung dieser zirka 2 Millionen sprechen, so ist das ein sehr bescheidener Beitrag im Vergleich zum daraus resultierenden gesamtwirtschaftlichen Nutzen.

Mit unserem Vorstoss greifen wir nicht in den Gesetzgebungsprozess ein, sondern stellen sicher, dass gewisse Eckpfeiler auch im Hinblick auf eine Harmonisierung mit unseren Nachbarländern rechtzeitig bewerkstelligt würden. Die Ausarbeitung einer vernünftigen und der Situation angepassten Staffelung ist nämlich Sache der Oberzolldirektion.

Die vorgeschlagene Biersteuerstaffel ist eine faire, meiner Meinung nach vernünftige und vor allem auch praktikable Lösung. Vor einem Jahr hat uns der Bundesrat die Antwort auf meinen Vorstoss zugestellt und darin Handlungsbedarf signalisiert – ich zitiere –: «Insbesondere aus wettbewerbspolitischer Sicht sowie aus Gründen der Eurokompatibilität steht der Bundesrat einer Umgestaltung des schweizerischen Besteuerungssystems positiv gegenüber.» Er hat dann letztlich angefügt, dass noch Fragen zu klären seien, weshalb er ein Postulat daraus machen möchte.

Ich bin einverstanden mit dem Vorschlag des Bundesrates, diese Motion in ein Postulat umzuwandeln, bin aber schlicht und einfach nicht einverstanden mit der vorberatenden Kommission. Ich finde das Vorgehen, auch ein Postulat abzulehnen, bevor eine Motion überhaupt begründet werden konnte, unüblich. Das entspricht eigentlich nicht den parlamentarischen Gepflogenheiten.

**Stich Otto, Bundesrat:** Ich bitte Sie mit der Kommission, die Motion des Ständerates abzulehnen.

Hingegen sind wir natürlich bereit, wie das bereits gesagt worden ist, die Motion Tschuppert Karl in der Form eines Postulates entgegenzunehmen. Ich glaube, es macht wenig Sinn, heute über die Ausgestaltung der Biersteuer zu diskutieren. Wir sind auf jeden Fall daran, das Gesetz zu revidieren. Von uns aus gesehen werden wir natürlich auch dafür sorgen, dass Wettbewerbsgerechtigkeit herrscht und dass die Besteuerung eben auch europakompatibel wird.

Deshalb sind wir bereit, diese Motion in der Form eines Postulates entgegenzunehmen, aber unter keinen Umständen als eine Verpflichtung, die Biersteuerstaffel einzuführen. Das könnten wir nicht akzeptieren.

*Motion 93.3641*

*Abgelehnt – Rejeté*

*Motion 93.3616*

*Abstimmung – Vote*

Für Überweisung des Postulates  
Dagegen

95 Stimmen  
22 Stimmen

94.102

## Förderung der Wissenschaft in den Jahren 1996–1999.

### Kredite

### Promotion de la science dans les années 1996–1999. Crédits

Botschaft, Gesetz- und Beschlussentwürfe  
vom 28. November 1994 (BBl 1995 I 845)  
Message, projets de loi et d'arrêté  
du 28 novembre 1994 (FF 1995 I 821)

Kategorie III, Art. 68 GRN – Catégorie III, art. 68 RCN

**Haering Binder Barbara (S, ZH),** Berichterstatterin: Wissenschaftspolitik steht selten auf der Traktandenliste unserer Räte, obwohl Politikerinnen und Politiker in Ansprachen, in Artikeln vor Wahlen immer wieder auf die Bedeutung von Wissenschaft und Bildung für die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft hinweisen. Nun gut, dieser Umstand könnte ja darauf zurückzuführen sein, dass sich in diesem Politikbereich keine Probleme stellen, dass alles zum besten bestellt ist, niemand etwas auszusetzen hätte oder ändern möchte. Ich denke, dies war auch lange Zeit der Fall.

Nach intensiven forschungs- und bildungspolitischen Diskussionen, Debatten zu Beginn der siebziger Jahre, d. h. im Nachgang der achtundsechziger Auseinandersetzungen, flaute das Interesse der Politik für diesen Bereich ab. Die Fragen schienen ausdiskutiert, und gleichzeitig waren in den Jahren der Hochkonjunktur genügend öffentliche Finanzen vorhanden, um alle und damit auch sich widersprechende Bedürfnisse zu befriedigen. Eine Auseinandersetzung um Prioritäten war überflüssig. Parallel zum abnehmenden Interesse der Politik fand innerhalb des Wissenschaftsbereiches selber eine zunehmende Entpolitisierung statt.

Die Folgen dieses Auseinanderklaffens von Gesellschaft und Wissenschaft, die fehlende Debatte über wissenschafts- und bildungspolitische Perspektiven sind markant. Ich werde drei dieser Folgen aufzählen:

1. Wissenschaftsförderung hat heute keine politische Priorität mehr. Dies lässt sich aufgrund der Budgetdiskussionen der letzten Jahre klar aufzeichnen. Der Quantensprung der Wissenschaftsförderung, wie er mit der letzten Forschungsförderungsbotschaft vor vier Jahren angekündigt worden war, wurde im Verlauf der letzten Jahre durch die Budgetdebatten sukzessive zurückgenommen. Diese Go-and-stop-Politik hat für die Forschungsprogramme sehr schwerwiegende Konsequenzen gezeitigt.

2. Nach Jahren der Saturiertheit fehlt innerhalb der wissenschaftlichen Gemeinschaft die politische Kultur der Auseinandersetzung und der Konsensfindung um Prioritäten und Posterioritäten. Immer wieder werden wir Parlamentarierinnen und Parlamentarier mit den Partikulärinteressen einzelner Forschungsrichtungen und Organisationen konfrontiert. Ich erinnere Sie an den Auftritt der Nobelpreisträger, als sie vor einigen Monaten die Felle ihrer Grundlagenforschung davonschwimmen sahen. Ich hätte mich gefreut, sie hätten sich heute, wo es grundsätzlich um die Förderung von Wissenschaft und Bildung geht, ebenso pointiert geäußert. Dieses interne Hickhack schwächt den Gesamtbereich in seiner Auseinandersetzung mit anderen Politikbereichen.

3. In dieser Situation überrascht es wohl nicht, dass nicht nur die durch den Bundesrat beantragten Kredite der Forschungsförderung nicht genügen, um die inhaltlichen Ziele, wie sie in der Botschaft dargelegt werden, zu erfüllen, sondern dass darüber hinaus die Qualität dieser Botschaft selber unbefriedigend ist.

Damit komme ich zur Eintretensdebatte unserer Kommission. Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur hat einen ganzen Sitzungstag der Eintretensdiskussion zu dieser

Botschaft über die Förderung der Wissenschaft gewidmet. Diese ausführliche Debatte könnte zumindest einen Einstieg in einen Repolitiserungsprozess des Wissenschafts- und Bildungsbereichs darstellen.

Unsere Eintretensdebatte kreiste um vier Schwerpunktthemen:

1. Diskrepanz zwischen den beantragten Krediten und den in der Botschaft postulierten Zielen und Programmen: Mit den vom Bundesrat beantragten Krediten kann das Ziel der Stärkung des Wissenschaftsplatzes Schweiz nicht erreicht werden. Nachdem der Bundesrat die vom EDI beantragten Kredite in letzter Minute nochmals kürzte, besteht eine erhebliche Diskrepanz zwischen den Buchstaben und den Zahlen dieser Botschaft. Wir werden bei der Detailberatung auf diesen Punkt vertieft eingehen, denn mit den beantragten Krediten werden insbesondere die Schwerpunktprogramme der Wissenschaftsförderung nicht in der vorgesehenen Form auszuführen sein.

2. Strukturreform: Seit zwanzig Jahren kritisieren wir die Intransparenz und Ineffizienz der Entscheidungs- und Kontrollstrukturen im Bereich von Bildung und Wissenschaft. Das Thema ist also nicht neu; bereits bei der Behandlung der letzten Botschaft über die Förderung der wissenschaftlichen Forschung vor vier Jahren stellte die Notwendigkeit einer Strukturreform eines der zentralen Diskussionsthemen dar.

Ein entsprechendes Postulat der Kommission, das im übrigen damals vom Bundesrat entgegengenommen wurde, verlangte eine Revision dieser Führungsstrukturen bis zur nächsten Beitragsperiode – nicht weil wir gerne abstrakte Strukturdiskussionen führen, sondern weil wir zum Schluss kamen, dass die bestehenden Strukturen das Erarbeiten einer nationalen Wissenschaftspolitik verunmöglichen.

Geschehen ist seither nichts. Alles ist beim alten geblieben. Folgerichtig vertröstet uns die jetzt vorliegende Botschaft erneut auf die nächste Förderungsperiode, und dies, obwohl im einleitenden Kapitel der Botschaft die Dringlichkeit einer Strukturreform im Hinblick auf eine nationale Perspektive der Wissenschaftspolitik unterstrichen wird. Was bleibt uns als Parlament, als Kommission anderes übrig? Die Kommission versucht es einmal mehr mit einem Postulat.

3. Überblick Finanzströme: Der Bund gibt jährlich 4 Milliarden Franken für Forschung, Wissenschaft und höhere Bildung aus. Dies ist selbst nach allen Kürzungen der letzten Jahre sehr viel Geld. Nach wie vor fehlt ein umfassender und gleichzeitig detaillierter Überblick über diese Finanzströme.

Erstes Beispiel: Die vorliegende Botschaft umfasst lediglich 20 Prozent der erwähnten Budgetmittel. Die Gelder für die ETH sind beispielsweise in dieser Botschaft nicht inbegriffen. Somit findet über diesen Bereich auch keine öffentliche Diskussion statt.

Zweites Beispiel: Die Ressortforschung verschlingt pro Jahr 500 Millionen Franken. Das ist mehr Geld, als dem Nationalfonds insgesamt zur Verfügung gestellt wird. Doch besteht über die Ressortforschung der Departemente keinerlei Rechenschaftspflicht, und auch die Forschungsergebnisse sind in der Regel nicht öffentlich. Ein Prinzip, das sonst für alle öffentlich finanzierte Forschung sakrosankt ist.

Da wir die detaillierten Finanzströme nicht kennen, können wir Parlamentarierinnen und Parlamentarier auch nicht feststellen, welche Ziele der Forschungspolitik effektiv umgesetzt werden – auch hier Intransparenz. Eine Kritik, die im übrigen von der Finanzkommission in ihrem Mitbericht zu dieser Botschaft über die Förderung der Wissenschaft geteilt wird.

4. Kriterien der Schwerpunktförderung: Mit der letzten Botschaft über die Förderung der wissenschaftlichen Forschung vor vier Jahren wurde neu das Instrument der Schwerpunktprogramme eingeführt. Ziel dieser Programme ist es, Prioritäten der Forschungsförderung in für den Wissenschafts- und Arbeitsplatz Schweiz zukunftsweisenden Themen zu setzen.

Die Themen der laufenden Schwerpunktprogramme sind technologischen Schlüsselthemen sowie der Umwelt gewidmet. Wir werden in der Detailberatung darauf zurückkommen. Leider muss ich auch hier darauf hinweisen, dass wir bereits vor vier Jahren in diesem Saal die fehlende Transparenz der Kriterien, die zur Auswahl der Schwerpunktprogramme ge-

führt hat, kritisiert haben und dass der Bundesrat damals ein entsprechendes Postulat entgegengenommen hat; dies leider auch in diesem Fall ohne Folgen für die Botschaft. Die Botschaft begründet mit keinem Wort, weshalb und wie das Schwerpunktprogramm Leistungselektronik, Systemtechnik und Informationstechnik (SPP Lesit) seine Ziele offensichtlich erreicht hat und – wie verwaltungsintern entschieden wurde – beendet werden kann. Und sie führt nicht aus, mit welchen Gründen die beiden Schwerpunktprogramme – das Programm Mikro- und Nanosystemtechnik einerseits und das sozialwissenschaftliche Programm «Zukunft Schweiz» andererseits – aus der Vielzahl der hier vorgeschlagenen Themen ausgewählt worden sind. Auch der von der Kommission geforderte und vor zwei Tagen erhaltene Zusatzbericht gibt keine Antwort auf diese konkreten inhaltlichen – forschungspolitischen und themenbezogenen – Fragen, sondern beschränkt sich auf abstrakte Definitionen. Auch hier herrscht also weiterhin Intransparenz.

Dies ist sehr viel Kritik – Intransparenz, Immobilismus, fehlender Reformwille. Diese Botschaft wird insgesamt der Bedeutung der Wissenschaft für die Zukunft unseres Landes nicht gerecht.

Trotzdem beantragt Ihnen die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur einstimmig Eintreten auf dieses Geschäft. Sie tut dies, weil sie um die Bedeutung dieses Bereiches für unser Land weiss, und in der Hoffnung, dass auch im EDI sterter Tropfen den Stein höhle. Und sie tut dies mit dem klaren Auftrag, dass sich in den kommenden Jahren in diesem Politikbereich Entscheidendes ändern muss, wenn nicht der Support der Politik für den Wissenschaftsbereich noch stärker abbröckeln soll.

**Scheurer Rémy (L, NE), rapporteur:** La Commission de la science, de l'éducation et de la culture a occupé une séance de deux jours à l'examen du message relatif à la promotion de la science durant la période 1996–1999. Elle a entendu les avis de personnes préoccupées de l'avenir de la recherche en Suisse, mais extérieures aux organes de direction de la recherche. Elle a entendu aussi quelques personnalités responsables de la conduite des hautes écoles et de la recherche.

Le message appelle une remarque préliminaire qui n'est pas seulement formelle. Pour la période 1992–1995, les demandes de crédits d'engagement avaient fait l'objet de deux messages distincts, l'un relatif à l'aide aux universités, l'autre relatif à la recherche. La réunion en un seul message de l'aide aux universités et de l'encouragement à la recherche présente des avantages qui sont soulignés dans le condensé du message et qui ont été reconnus en commission. Mais cette réunion n'est pas sans inconvénients. Elle relie des domaines qui sont certes scientifiquement apparentés, mais qui sont juridiquement, et surtout politiquement, distants. Ils sont en effet régis par des lois distinctes, et la compétence respective des cantons et de la Confédération n'est pas la même pour la formation et pour la recherche.

Par ailleurs, pour la discussion parlementaire, un seul message nous conduit à réunir en un seul débat des problèmes qui mériteraient sans doute des discussions séparées. Cela a de l'importance dans un pays qui tire en bonne partie le maintien de sa place dans l'économie européenne et mondiale de la qualité de ses hautes écoles et de sa recherche. Nous sommes aujourd'hui dans l'obligation de nous prononcer sur neuf arrêtés et révisions de lois. Peut-être vaudrait-il mieux que le Conseil fédéral présente simultanément deux messages qui seraient intellectuellement complémentaires, mais politiquement distincts.

De la discussion d'entrée en matière à la commission, je retiendrai trois sujets principaux.

1. Le premier concerne l'importance de la formation et de la recherche ainsi que les moyens qui leur sont accordés. De manière constante, le message du Conseil fédéral rappelle qu'une économie forte a besoin d'une science forte, et qu'une science forte repose sur une formation de haute qualité. Notre commission accepte cet axiome et elle le partage, et elle a été particulièrement intéressée par l'analyse faite par le Conseil fédéral de l'état de la qualité de la recherche en Suisse. Nous

avons appris avec plaisir que les indicateurs quantitatifs et qualitatifs sont bons: part des dépenses publiques et privées de recherche et développement dans le produit intérieur brut, nombre de personnes employées en recherche et développement sur mille salariés, nombre de brevets déposés à l'étranger, analyses bibliométriques, nombre de lauréats du prix Nobel au kilomètre carré, tout nous permet de figurer en bonne place.

Malheureusement, nous sommes en train de céder du terrain, et ceci est grave. L'un des principaux mérites du message est de lancer un avertissement sérieux à propos de l'avenir de la recherche. En pages 9 et suivantes du message, on apprend que le niveau actuel est le fruit d'investissements antérieurs et que des indices suggèrent que notre pays est en train de céder du terrain, que sa performance en matière de recherche et de technologie se dégrade. Le Conseil fédéral constate que «le degré de spécialisation de notre pays a baissé dans certains secteurs technologiques comptant parmi les plus dynamiques au niveau international».

Nous sommes en train de fléchir: vous savez tous qu'en 1992 les investissements privés en recherche et développement réalisés à l'étranger ont pour la première fois dépassé les investissements à l'intérieur du pays. La délocalisation de la recherche est une menace grave sur le nombre de places de travail à tous les niveaux et dans de nombreux secteurs. La suite du message n'est pas rassurante puisqu'il y est fait allusion à un état de croissance des dépenses inférieur à la moyenne à la fois dans la formation et dans la recherche. Alors, manifestement, il y a une contradiction entre les affirmations répétées par le Conseil fédéral de l'importance primordiale de la formation et de la recherche: le constat de fléchissement, d'une part, et les moyens accordés pour redresser la situation, à tout le moins pour empêcher qu'elle ne continue à se dégrader, d'autre part. Très volontariste dans le texte, le message affiche dans les chiffres une modestie que n'explique pas de manière satisfaisante la misère actuelle des finances fédérales. Une analyse politique aussi lucide de la situation, même si elle est inquiétante, devait conduire à des priorités plus affirmées, à des choix plus nets.

2. Le deuxième point concerne les institutions qui soutiennent la formation et la recherche. La commission était quelque peu déçue de ne pas trouver de proposition de simplification des structures très enchevêtrées des conseils, conférences et commissions. Sans rien ignorer de la complexité d'une situation issue à la fois de l'évolution historique et de la répartition des compétences, il serait bon, il serait nécessaire d'envisager des restructurations dans le domaine des sciences et de la formation. Certes, il est plus facile de poser des questions que de proposer des solutions; néanmoins, par un postulat, la commission a tenu à exprimer non seulement l'importance, mais aussi l'urgence d'une question qui tend à devenir récurrente.

3. Le troisième point est commun aux préoccupations de notre commission et de celle des finances. Il concerne le manque de clarté dans l'engagement financier total de la Confédération envers la recherche. Le message permet de reconnaître la plus grande partie des engagements du Département fédéral de l'intérieur en faveur de la science, mais il y a des secteurs de recherche aussi dans les six autres départements. De plus, le Département fédéral de l'intérieur a, à côté des écoles polytechniques, un secteur propre de recherche, la «Ressortforschung», qui n'apparaît pas dans le message. C'est l'objet d'un autre postulat de la commission.

Permettez-moi une remarque générale au sujet des demandes de crédits de recherche. A l'exception de ceux affectés aux divisions I, II, III du Fonds national suisse de la recherche scientifique et de quelques crédits pour des recherches d'intérêt essentiellement helvétique, comme le Dictionnaire historique de la Suisse, tous les crédits prévoient l'éventualité de la participation pleine et entière de la Suisse au 4e programme-cadre de recherche de l'Union européenne. Le cas échéant, des réductions très sensibles des montants sont prévues, étant entendu que nos chercheurs auraient alors d'autres possibilités de financement. Cependant, il faut être bien conscient que le passage d'un type de financement à un autre suppose des adaptations et du temps.

D'autre part, même en cas de pleine participation aux programmes européens, nous ne pourrions pas substituer entièrement ces fonds européens à l'effort national. Dans les secteurs où la recherche suisse est à la pointe, par exemple le domaine des microtechniques, et dans ceux qui nous concernent de manière forte, mais qui ne sont pas, ou qui ne sont qu'imparfaitement couverts par la recherche européenne, notre engagement doit subsister pleinement.

En conclusion d'un débat large et nourri, la commission a décidé d'entrer en matière à l'unanimité.

**Fehr** Lisbeth (V, ZH): Wie Sie gehört haben, werden wir heute über gewichtige Kredite abstimmen. Sie sind es einerseits durch ihre stolze finanzielle Höhe von knapp 4 Milliarden Franken und andererseits durch den bedeutenden Bereich, den sie abdecken: die Hochschul- und Forschungsförderung. Die SVP-Fraktion ist sich bewusst, dass die Förderung der Wissenschaft für unser Land, insbesondere für den Werkplatz Schweiz, unbedingt prioritären Charakter haben muss. Wir setzen uns auch dafür ein, dass das bisher hohe Qualitätsniveau der schweizerischen Wissenschaft weiterhin erhalten bleibt, ist es doch das Markenzeichen unseres Wirtschaftsstandortes Schweiz.

Einziger Wermutstropfen: Diese Kredite kommen in einer Zeit der finanziellen Krise; die düstere Finanzlage verlangt statt einem Blankoscheck im Bildungsbereich seriöse Abklärungen über Notwendiges oder nur Wünschbares. Hier beginnt wirklich die grosse Schwierigkeit, denn als Parlamentarierin in diesem gleichsam labyrinthartigen Hochschul- und Forschungsbereich echte Einsparungen zu ergründen, gleicht einer Sisyphusarbeit. Allzu viele Tabus stehen hier im Wege, an der notwendigen Transparenz mangelt es trotz vielen Nachberichten. In diesem Rahmen sind einige kritische Überlegungen ganz grundsätzlicher Art, welche die SVP-Fraktion zum vorliegenden Geschäft gemacht hat, anzustellen.

1. In Anbetracht dessen, dass wir uns in Zukunft auf eine weitere Verknappung der finanziellen Mittel zwangsläufig einstellen müssen, sollten nun endlich wirksame Massnahmen ergriffen werden, um den gesamten Hochschul- und Forschungsbereich effizienter zu gestalten, um unnötige Mehrspurigkeiten zu beheben – auch wenn uns unser föderalistisches System in dieser Beziehung immer wieder von neuem Steine in den Weg legt. Es gilt Schwerpunkte zu setzen und die längst fälligen Strukturbereinigungen endlich vorzunehmen. Sparen bedeutet ja auch eine Chance, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren, mit weniger Finanzen qualitativ bessere Leistungen zu vollbringen.

Auf Seite 21ff. der Botschaft werden die wissenschaftspolitischen Strukturen erwähnt: Seit über zwanzig Jahren werden hier Beanstandungen über zu komplizierte Organstrukturen gemeldet. Eine Überfülle von wissenschaftlichen Gremien und Untergruppen, zum Teil bestehend aus den gleichen Leuten, befasst sich mit Wissenschaftsfragen, z. B. Wissenschaftsrat, Hochschulkonferenz, Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK), vier Akademien mit ihren Konferenzen, Schweizerischer Nationalfonds, ETH-Rat, Schweizerische Hochschulrektorenkonferenz usw. – und alle sieben Departemente befassen sich ebenfalls mit Wissenschaftsfragen. Doppelspurigkeiten müssen hier eliminiert werden. Im Rahmen der heutigen Vorlage sind keine wesentlichen Verbesserungen erreicht worden, obwohl wie gesagt das Problem seit langem bekannt ist. Der in der Kommission vorgelegte Fahrplan scheint uns äusserst zögerlich.

2. Auch der neue Abschnitt bezüglich Pauschalbeiträge an Hochschulklinikbauten der Humanmedizin befriedigt uns nicht vollkommen. Auch wenn uns eine Entbürokratisierung dieser Abläufe versprochen wird, was durchaus in unserem Sinn und Geist liegen würde, befürchten wir doch, dass ohne eine gewisse Kontrolle die errechneten Beiträge zu einer Überversorgung und zu unnötigen Doppelanschaffungen führen könnten. Kein Industrieland ist spitaltechnisch so überdurchschnittlich ausgerüstet wie die Schweiz. Deshalb ist ein Teil unserer Fraktion mit dem Antrag Weyeneth der Meinung, der eingeschlagene Weg der Pauschalierung sei abzulehnen.

3. Zu den Schwerpunktprogrammen: Die SVP-Fraktion ist nicht bereit, angesichts der düsteren Finanzlage der von der knappen Mehrheit der Kommission beantragten Aufstockung der Kredite zuzustimmen. Es gilt, den Bundesrat zu unterstützen, der sich in verdienstvoller Weise nochmals mit dem Sparstift hinter das vorliegende Werk gesetzt und auch vom Nationalfonds eine klare Prioritätensetzung verlangt hat.

Allerdings warnt uns derselbe Nationalfonds, dass die wissenschaftliche Qualität und die zielgerechte Durchführung aller Schwerpunktprogramme nicht mehr gewährleistet seien, wenn keine Aufstockung erfolge. Er schlägt vor, dass in diesem Fall statt vier lediglich drei Schwerpunktprogramme durchzuführen seien. Die SVP-Fraktion hat hier eine Auslese vorgenommen, die wir Ihnen bei der Detailbehandlung bekanntgeben möchten.

Zusammengefasst: Wir sind für Eintreten, verlangen, dass – gemäss Kommissionspostulat – endlich etwas in Richtung Effizienz und Straffung der wissenschaftlichen Strukturen geschieht, lehnen eine Aufstockung der Kredite ab und schlagen eine Reduktion bei der Anzahl der vorgeschlagenen Programme zugunsten von mehr Qualität und Erhaltung des hohen Niveaus schweizerischer Forschungsarbeit vor.

**Grossenbacher Ruth (C, SO):** Es ist das erste Mal, dass uns der Bundesrat eine Vorlage unterbreitet, in der die beiden Bereiche Hochschulförderung und Forschungsförderung zusammengefasst dargestellt werden. Mit diesem Vorgehen wird der Grundsatz der Einheit von Lehre und Forschung unterstrichen. Zudem wird die Darstellung der Wissenschaftspolitik in einem grösseren Rahmen ermöglicht.

Obwohl es aufgrund der vorliegenden Botschaft darum geht, in den Jahren 1996 bis 1999 Kredite von 3,19 Milliarden Franken für Forschungs- und Hochschulförderung zu bewilligen, dürfen wir die Botschaft nicht nur unter dem Blickwinkel der Finanzen betrachten, also nicht nur die Finanzbrille aufsetzen. Vielmehr müssen wir uns bewusst sein, dass der Stand der Wissenschaft und der Forschung in der Schweiz auch von anderen Komponenten abhängig ist. Beunruhigen muss uns die Tatsache, dass der Forschungsplatz Schweiz offensichtlich an Attraktivität verloren hat. Immer häufiger baut die schweizerische Privatwirtschaft ihre Forschungs- und Entwicklungstätigkeit im Inland ab und verlegt sie ins Ausland. 1993 hat die schweizerische Privatindustrie im Ausland zum ersten Mal mehr in die Forschung investiert als im Inland – das muss uns zutiefst beunruhigen.

In der Botschaft wird gut dargelegt, dass ein Zusammenhang zwischen Produktionsstandort und Forschungsstandort besteht. Internationale Konzerne setzen die Aufwendungen für Forschung in bezug zur Produktivität in den jeweiligen Ländern. Wenn die Produktivität in einem bestimmten Land abnimmt, entsteht eine Diskrepanz zu den Forschungsinvestitionen. Aufwand, sprich Forschungsaufwendungen, und Ertrag, sprich Produktion, stehen dann in keinem Verhältnis mehr zueinander. Bald stellt sich dann die berechnete Frage, ob sich die Forschung an einem Ort ohne Produktion noch lohnt. Aus diesen Gründen müssen alle existierenden Standortnachteile, die Unternehmen in der Schweiz gegenüber Unternehmen im Ausland – z. B. im Elsass oder in Süddeutschland – haben, angegangen werden, denn diese Nachteile führen dazu, dass Forschungsstätten mit den Produktionsstätten abwandern.

Hier muss zwingend eine andere Politik als die Forschungspolitik wirksam werden, um den privaten Forschungsstandort Schweiz wieder attraktiv zu machen. Ich erwarte deshalb für die Attraktivitätssteigerung des Forschungsstandortes Schweiz konkrete Vorschläge des Bundesrates.

In der Botschaft fehlen mir auch konkrete Vorschläge, wie mit der wachsenden Zahl der Studierenden an den Hochschulen umzugehen ist. Man weiss bereits heute, dass im Jahr 2000 10 000 Studenten mehr vor den Toren der Hochschulen stehen werden. Welche Vorkehrungen werden bis dann getroffen, damit nicht ein Chaos entsteht? Ich bezweifle, dass mit Einführung der Fachhochschulen, wie das in der Botschaft angedeutet wird, die gegenwärtigen Hochschulen entlastet werden. Das wollen wir ja auch nicht. Die Fachhochschulen sollen ja in erster Linie die Berufsbildung aufwerten. Junge Men-

sch, die eine berufliche Ausbildung mit einer Berufsmatur hinter sich haben, werden da aufgenommen, nicht in erster Linie Absolventen von Mittelschulen. Der bereits erwähnte Zuwachs der Studierenden an Hochschulen hat bis heute zu keiner Vergrösserung der Stellen im Lehrkörper geführt – auch das muss uns zu denken geben –, was schon jetzt die Betreuung der Studierenden problematisch macht und Diplomanden und Doktoranden die Arbeit sehr erschwert.

Das Verhältnis Studierende und Lehrkräfte ändert kontinuierlich. So kamen bei den Sozialwissenschaftlern 1986, also vor nicht einmal zehn Jahren, auf einen Professor 57 Studierende. 1992 waren es bereits 79 Studierende. Ich frage mich, wie das Verhältnis Professor/Studierende im Jahr 2000 sein wird. Hat da der Bundesrat eine Antwort? Ich erwarte auch hier eine klare Antwort.

Ich meine, dass an den Hochschulen zuwenig innovativ gearbeitet und zu sehr in hergebrachten Unterrichtsformen verharrt wird. Deshalb verlange ich, dass die Förderung des Fernstudiums auf Hochschulebene ernsthaft angegangen wird. Ich habe 1994 eine entsprechende Motion eingereicht. Ich begrüsse es, dass meine Idee, die Förderung des Fernstudiums, in der Botschaft erwähnt und dass angeführt wird, dass die Hochschulkonferenz im Verlaufe dieser Beitragsperiode Vorschläge zu erarbeiten hat, wie mein Anliegen, die Realisierung der Fernstudien, verwirklicht werden soll.

Denn nicht nur eine finanzielle Entlastung ist damit möglich, sondern auch eine Entlastung in bezug auf überfüllte Hörsäle an den Präsenzuniversitäten. Damit könnten wir auch regionale Benachteiligungen ausgleichen: Nicht alle Schweizerinnen und Schweizer haben eine Hochschule vor ihrer Haustür, wie das die Berner, die Zürcher usw. haben.

In Deutschland ist man, was Fernstudien anbelangt, sehr viel weiter. Dort sind 70 000 Studenten an einer Fernuniversität eingeschrieben; in Frankreich sind es 50 000. Insbesondere gibt es dort für Frauen, die wieder ins Berufsleben einsteigen wollen, spezielle Programme.

Fernstudien würden auch Frauen ganz allgemein entgegenkommen. Es ist ja Frauen wegen einer Familienphase vielfach nicht möglich, die Präsenzuniversitäten zu besuchen. Mit der Möglichkeit, ein Fernstudium zu absolvieren, hätten sie dann die Möglichkeit, Familie und Studium zu kombinieren.

Es sollte meiner Meinung nach auch eine Vernetzung zwischen den Präsenzuniversitäten und den Fernstudienuniversitäten stattfinden. Ein Jahr Studium dort, ein Semester Studium hier sollte möglich sein. Ich hoffe deshalb auf eine baldige Möglichkeit von Fernstudien auch in unserem Land.

Die CVP-Fraktion ist für Eintreten auf dieses Geschäft. Die Bildung und Forschung in der Schweiz, eine der wichtigsten Ressourcen unseres Landes, verdient es, dass in sie investiert und dass über sie diskutiert wird.

**Kern Armin (A, ZH):** Die Fraktion der Freiheits-Partei ist für Eintreten auf diese Vorlage. Ich wiederhole nicht, was meine Vorredner und Vorrednerinnen schon gesagt haben.

Unsere Fraktion ist der Meinung, dass die Förderung der Wissenschaft nötig ist, um den Forschungsplatz Schweiz zu erhalten. Es wird aber auch in diesem Bereich auf die leere Bundeskasse Rücksicht genommen werden müssen. Unsere Fraktion ist geschlossen gegen alle Anträge, die eine Erhöhung der Beiträge vorsehen. Den Kürzungen werden wir zustimmen. Bei den Schwerpunktprogrammen sind wir der Meinung, dass das Programm Zukunft Schweiz gestrichen werden muss, um die übrigen Programme in genügendem Ausmass finanzieren zu können.

Im übrigen sind wir der Meinung, dass der Technologietransfer von der Forschung zur Industrie unbedingt beschleunigt werden muss. Die Japaner verstehen es z. B. viel besser, die Forschungserfolge schnell umzusetzen und neue Produkte auf den Markt zu bringen, als dies in der Schweiz geschieht. Leider kommt es noch häufig vor, dass Forschungserfolge der einheimischen Industrie nicht in der Schweiz in Produktion gehen, sondern im Ausland, wie dies beim Swatchmobil der Fall ist. Es genügt nicht, in der Forschung zu den besten Ländern zu gehören. Wir müssen auch die Rahmenbedingungen schaffen, damit die neuen Produkte in der Schweiz hergestellt

werden können. Umweltverträglichkeitsprüfungen dürfen Bauvorhaben nicht über Jahre blockieren. Eine Deregulierung drängt sich aber auch auf anderen Gebieten auf, um den Werkplatz Schweiz zu stärken. Wenn dies gelingt, werden wir uns die Forschung in diesem Umfange noch leisten können.

**Chevallaz Olivier (R, VD):** Principaux artisans de l'introduction de la scolarité obligatoire, libre et gratuite, les radicaux du XIXe siècle ont établi les bases d'un système scolaire qui a assuré le rayonnement et la prospérité de notre pays. Aujourd'hui, comme hier, et, certainement, demain plus encore, formation et recherche ne doivent plus être considérées comme dépenses, mais bien plutôt comme investissement pour le futur. La matière grise doit plus encore devenir la véritable matière première indispensable à l'essor de la Suisse.

C'est à ce constat qu'a abouti, comme beaucoup d'entre vous, le groupe radical-démocratique, qui approuvera, et vous invite à en faire de même, le message du Conseil fédéral relatif à la promotion de la science durant la période 1996–1999, soit en réalité des crédits alloués en vertu de la loi sur l'aide aux universités et de la loi sur la recherche.

Pour la première fois, Madame la Cheffe du Département fédéral de l'intérieur, le Conseil fédéral soumet aux Chambres un message qui réunit les deux domaines, universités et recherche, selon le principe de l'unité, mais aussi aux fins de présenter la politique en matière de science dans un plus vaste contexte ou dans un contexte plus global, si vous préférez. Nous félicitons le Conseil fédéral de cette heureuse initiative à laquelle nous souscrivons, appelant aussi de nos vœux cette sorte d'«unité de matière», si vous nous passez l'expression.

A l'instar de la commission du Conseil national, le groupe radical-démocratique soutient, sans état d'âme ou d'humeur, six des sept arrêtés fédéraux, c'est-à-dire ceux qui concernent les crédits alloués en vertu de la loi sur l'aide aux universités pour la période 1996–1999, les mesures spéciales visant à encourager la relève universitaire durant les années 1992–1995, les mesures spéciales en faveur de la formation continue au niveau universitaire, et les crédits alloués pendant la période 1996–1999 aux institutions chargées d'encourager la recherche. Notre soutien, toujours sans état d'âme ou d'humeur, va aussi aux modifications apportées à la loi fédérale sur l'aide aux universités et à la loi fédérale sur la recherche. Tant pour l'arrêté A que pour la loi sur l'aide aux universités, nous attendons bien sûr les propositions et surtout le développement de M. Weyeneth afin de nous prononcer de manière plus précise. C'est incontestablement l'arrêté fédéral relatif aux crédits alloués pour les programmes prioritaires de recherche pendant la période 1996–1999 qui mérite, à nos yeux, une attention particulière. Le groupe radical-démocratique tient aussi à apporter son actif soutien à ces programmes qui ont notamment pour objectif de renforcer la place de la recherche suisse dans les domaines qui sont cruciaux pour le développement économique et industriel, de contribuer à la formation de la relève scientifique et, enfin, de préparer et d'encourager la participation des chercheurs suisses aux programmes de recherche européens.

Nous tenons aussi à relever, avec grande satisfaction, que les programmes prioritaires permettent d'encourager le partenariat industrie/hautes écoles dans certains domaines technologiques intéressants pour l'économie. Des places de travail pour l'avenir sont en jeu et nous sommes donc heureux d'apporter notre concours et notre soutien à ces programmes prioritaires en particulier, à la recherche et à la formation en général.

A l'arrêté F relatif aux crédits alloués pour les programmes prioritaires de recherche, article 1er, le groupe radical-démocratique vous invite donc à rejeter les propositions tant de la majorité que de la minorité III (Schmid Peter) de la commission.

Par 11 voix contre 11 avec la voix prépondérante de la présidente, la majorité propose de porter le montant alloué au Fonds national pour les programmes prioritaires de 123 à 149 millions de francs pour la période 1996–1999. La minorité III va dans le même sens en précisant certaines affectations des montants.

La minorité I (Grossenbacher), que nous vous invitons à soutenir, ne conteste pas le choix des programmes prioritaires confiés au Fonds national, y compris celui intitulé «Demain la Suisse», mais propose d'en rester au montant prévu par le Conseil fédéral, soit 123 millions de francs, toutes assurances nous ayant été données que le montant prévu autorise la poursuite et le démarrage des programmes ainsi inscrits.

En ce qui concerne la minorité II (Fehr), qui souhaite biffer «Demain la Suisse», le groupe radical-démocratique sera plus partagé. Certains – et j'appartiens à ceux-ci – estiment que le programme «Demain la Suisse» présente un nombre d'atouts non négligeables. Parmi ceux-ci, notamment, l'équilibre entre sciences sociales (et humaines) et sciences techniques, dans ces programmes prioritaires de recherche, ainsi que l'équilibre entre régions linguistiques. D'autres estiment par contre que l'aspect prioritaire n'est pas démontré dans le cadre de ce programme.

C'est incontestablement l'article 2 «Programmes prioritaires confiés au Conseil des EPF» de l'arrêté fédéral F qui, aux yeux du groupe radical-démocratique, a paru le plus important, non seulement pour les programmes «Optique» et «Matériaux», mais aussi et peut-être surtout pour le programme Minast, consacré aux techniques des microsystèmes et nanosystèmes.

C'est le projet relatif à ce nouveau programme qui a certainement incité la majorité de la commission à proposer de faire passer le montant prévu de 110 à 146 millions de francs. Nous vous invitons à suivre la proposition ainsi faite. Nous encourageons de manière tangible la collaboration recherche/économie. La participation prévue par les industries est en effet très importante: plus de 90 sociétés suisses, petites et moyennes entreprises en grande majorité, réparties pratiquement dans tout le pays, se sont déjà engagées pour 130 millions de francs, soit pratiquement les deux tiers du montant global prévu pour ce programme. L'engagement de nos industries, de nos industriels témoigne ainsi non seulement de leur soutien à la recherche, mais aussi de leur confiance en nos écoles et instituts de recherche, ainsi que de leur confiance et de leur foi en l'avenir économique de notre pays. Le groupe radical-démocratique tient à relever ce signe et à l'encourager en soutenant la proposition de la majorité de la commission.

C'est donc non seulement l'entrée en matière que nous vous invitons, au nom du groupe radical-démocratique, à accepter, mais aussi le message du Conseil fédéral dans son ensemble, avec la réserve, par rapport à la proposition de la majorité de la commission, de suivre la proposition de la minorité I (Grossenbacher), à l'article 1er de l'arrêté F.

Un dernier mot pour vous inviter à accepter les postulats de la commission sur le flux financier et la statistique ainsi que sur l'efficacité et les structures, dans un souci d'améliorer et d'optimiser les structures de politique scientifique.

**Steiner Rudolf (R, SO):** Erlauben Sie mir, die Ausführungen meines Kollegen Chevallaz noch wie folgt zu ergänzen:

In den Jahren 1996 bis 1999 sollen für die Hochschulförderung rund 2 Milliarden, für die Forschungsförderung rund 3,9 Milliarden, total rund 6 Milliarden Franken aufgewendet werden. Auf den ersten Blick ist das ein grosser Betrag. In der Botschaft des Bundesrates ist aber richtig festgehalten, dass die Forschung und die Bildung in wesentlichem Masse unsere Zukunft bestimmen werden, dass die Forschung dazu beiträgt, die kulturelle Identität zu stärken und soziale, und gesellschaftliche Probleme zu lösen, und dass Investitionen in die Wissenschaft und in die Technologie Investitionen in den Werkplatz Schweiz sind. Diese wissenschaftspolitischen Rahmenbedingungen sind zudem auch wesentlich für die künftige Konkurrenzfähigkeit der Schweiz gegenüber Produktionsstandorten im Ausland.

Unter diesen Aspekten sind die rund 6 Milliarden Franken, verteilt auf vier Jahre, nicht zu viel. Zwischen der Förderung der Forschung und der Förderung der Hochschulen besteht ein enger Zusammenhang. Die FDP-Fraktion begrüsst es deshalb, dass unter dem Titel «Förderung der Wissenschaft in den Jahren 1996 bis 1999» nur eine Vorlage unterbreitet wird. Sie erleichtert den Überblick über die Massnahmen in den Berei-

chen Forschung und Wissenschaft und über das Total der finanziellen Konsequenzen.

Gemäss Botschaft verfolgt die Wissenschaftspolitik drei Ziele: die Stärkung des Forschungs- und Hochschulplatzes Schweiz, die Erfüllung der inhaltlichen Aufgaben von Forschung und Hochschule und – wesentlich – eine verbesserte Effizienz des Einsatzes der Mittel. Die FDP-Fraktion geht mit diesen Zielen einig, sie stimmt der Vorlage mit nur kleinen Nuancen im Beschluss F mehrheitlich zu. Dort unterstützen wir in Artikel 1 die Minderheit I, in Artikel 2 die Kommission. Ich bin auch persönlich der Überzeugung, dass dem Bund damit die formellen und die materiellen Mittel gegeben werden, um die in der Vorlage zitierten Reformen anzugehen und Massnahmen zur Straffung der wissenschaftlichen Strukturen zu vollziehen – Reformen und Straffungen, die in Anbetracht einerseits der rasanten Entwicklung von Forschung und Hochschule, andererseits der immer knapper werdenden finanziellen Mittel dringend nötig sind und mit Nachdruck verfolgt werden müssen. Die kritischen Punkte wurden von Vorrednerinnen und Vorrednern bereits ausgeleuchtet. Ich möchte sie hier nicht wiederholen.

Die Mehrheit der FDP-Fraktion stimmt auch dem Beschluss A zu. Unter Vorbehalt der späteren Kenntnisnahme der Begründung des Antrages Weyeneth ist doch festzuhalten, dass die Zerteilung der Investitionshilfen hochschulpolitisch als richtig erscheint. Aus den in der Botschaft nachzulesenden Gründen dient es der Effizienz der Mittelverwendung, wenn die Klinikbauten der Humanmedizin neu mit einem jährlichen Pauschalbeitrag unterstützt werden, dessen Höhe sich an der universitären Leistung bemisst, und dass allen anderen Beitragsberechtigten wie bisher die Investitionsbeiträge von Fall zu Fall ausgerichtet werden. Eine effiziente Koordination und Kontrolle der Verwendung der Mittel ist zwingende, für uns selbstverständliche Voraussetzung.

So bitte ich Sie im Auftrag der FDP-Fraktion, auf die Vorlage einzutreten, den Beschlüssen A bis I grundsätzlich zuzustimmen und auch die Kommissionspostulate zu unterstützen.

**Schmid Peter (G, TG):** Wir lassen uns die Förderung der Wissenschaft in den Jahren 1996 bis 1999 etwas kosten. 3,9 Milliarden Franken, also rund eine Milliarde Franken pro Jahr, sind kein Pappenstiel. Gemessen am Bruttoinlandprodukt und im Vergleich zum Gesamtbudget des Bundes halten sich die Aufwendungen für Bildung und Forschung anteilmässig etwa auf der gleichen Höhe. Dabei ist allerdings anzumerken, dass die Forschungsausgaben des Bundes nur ein Viertel des gesamten finanziellen Forschungsaufwandes betragen. 75 Prozent werden von der Industrie selbst betrieben und finanziert. Der Forschungsplatz Schweiz stützt sich sehr stark auf entsprechende privatwirtschaftliche Investitionen ab. So steht unser Land hinsichtlich der Forschungsausgaben im Verhältnis zur Bevölkerungszahl weltweit an zehnter Stelle.

Die gesamten Aufwendungen für die Forschung belaufen sich in der Schweiz auf 4,5 Milliarden Franken. Gleichsam im Schlepptau dieser durch die Industrie sehr stark auf praktische Umsetzung bedachten Forschung steht die Hochschulbildung, die mit 2,8 Milliarden Franken veranschlagt ist.

Es ist im übrigen bemerkenswert, wenn auch nicht im Sinne unserer wünschbaren Prioritätenordnung, dass die Botschaft Wissenschaft gleichsam als Oberbegriff verwendet und sowohl Forschung als auch Bildung darunter subsumiert. Nach unserem Dafürhalten sollte die Wissenschaft zwischen Forschung und Bildung figurieren und die Technik auf die Forschung folgen. An oberster Stelle stände schliesslich die Kultur, die bekanntlich in unserer Gesellschaft eine eher untergeordnete Position einnimmt. Nicht dass ich sagen würde, etwas wäre weniger wichtig als das andere; es ist alles gleich wichtig. Aber meines Erachtens ist nicht alles gleich wesentlich. Wenn wir von den Wesentlichkeiten ausgehen, dann stände Kultur an erster Stelle, dann folgen Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technik.

Man kann einwenden, eine solche Rangliste sei etwas Willkürliches und letztlich eine individuelle Ansichtssache. Dass die Prioritätenreihe aber doch etwas für sich hat, zeigt sich darin, dass immer das Nachstehende auf das Vorhergehende ange-

wiesen ist. Die Technik ist auf Forschung angewiesen. Aber die Forschung sollte sich um mehr kümmern, als nur um nützliche Umsetzbarkeit. Die Forschung ist auf Wissenschaft angewiesen, aber die Wissenschaft darf sich nicht einfach darin erschöpfen, bestimmten allein akzeptierten Forschungsmethoden zu Diensten zu sein.

Schliesslich wird Wissenschaft ohne Bildung bald einmal verantwortungslos, wenn sie sich anmassiert, alles und jedes zu erforschen, und dabei unmenschlich und ehrfurchtslos allem zu Leibe rückt, was unter das Messer des logischen Verstandes gerät. Aber auch Bildung degeneriert nur noch zur Ausbildung, wenn sie nicht in die Kultur eingebettet ist, die neben Bildung und Wissenschaft auch Kunst, Literatur, Musik, Philosophie, Erziehung und Lebensgestaltung im weitesten Sinne umfasst.

Jetzt wird deutlich, worauf ich eigentlich mit dieser Prioritätenordnung hinaus will. Wenn wir die Botschaft des Bundesrates betrachten, dann fällt auf, dass sie sehr stark auf Technik, Forschung und Naturwissenschaft ausgerichtet ist. Die grossen Brocken werden in jene Bereiche investiert, in denen es – gewiss zu Recht – Schritt zu halten gilt und man den Anschluss nicht verlieren möchte. Es ist auch viel leichter, jene Bereiche durch ihre vordergründige Nützlichkeit zu rechtfertigen, während jene Wissenschaften, die der Bildung näher stehen als der Forschung und Technik, gemeinhin für brotlos gehalten werden oder – wenn sie gar zu Lebensfragen Stellung nehmen – als gefährlich gelten.

Immerhin dürfen wir dem Bundesrat zugute halten, dass er auch den Geistes- und Sozialwissenschaften ein Daseinsrecht zugesteht. Er ist sogar der Meinung, dass insbesondere dort, wo die Sinnfrage im Leben gestellt wird und all unser geschäftiges Treiben und Forschen hin und wieder dem Nachdenken Platz machen soll, mehr als nur einige Brosamen ausgestreut werden dürfen.

Neben Biotechnologie, Informatik, Mikro- und Nanotechnik gibt es z. B. auch ein Programm «Zukunft Schweiz». Es ist vom Ausbau der Sozialwissenschaften die Rede, und es gibt ein Forschungsprogramm Umwelt – ich weiss, nicht immer zur Freude aller. Aber sollten wir bloss fragen, was machbar ist, sondern des öfters nicht auch, was sinnvoll ist? Ich möchte Sie schon jetzt bitten, im Bundesbeschluss F daran zu denken, auch jene Wissenschaft und Bildung zu unterstützen, die für das Leben wegweisend ist, eine Orientierungshilfe, ohne welche auch das Machbare letztlich nicht zum Wohle des Ganzen eingesetzt werden kann.

Goethe hat einmal gesagt: «Wer Wissenschaft und Kunst besitzt, der hat auch Religion.» Oder Hölderlin sagt z. B.: «Wer das Tiefste gedacht, liebt das Lebendigste.»

Wir sind heute weit davon entfernt, in Wissenschaft und Forschung so tief einzudringen und nachzudenken, dass daraus Ehrfurcht und Respekt vor der Schöpfung erwächst. Wir bleiben oft am äusserlich Zweckmässigen und momentan Nützlichen kleben. In Ergänzung dazu und gleichsam als Anstoss sei hier anempfohlen, sich der Frage nach Ziel und Sinn des Lebens in der Hektik der gegenwärtigen Forschung und Wissenschaft immer wieder zu stellen und jetzt und in Zukunft auch den Geistes- und Sozialwissenschaften die ihr gebührende Förderung angedeihen zu lassen.

Die grüne Fraktion ist für Eintreten auf die neuen Bundesbeschlüsse und stimmt ihnen in der vorliegenden Fassung des Bundesrates zu. Eine Ausnahme bildet lediglich der Beschluss F, bei welchem wir aus den erwähnten Gründen eine gewisse Verschiebung hin zu Umwelt, Sozial- und Geisteswissenschaften wünschen. Es wird sich Gelegenheit geben, beim konkreten Antrag noch Näheres dazu auszuführen.

**Ostermann Roland (G, VD):** Les écologistes ont choisi de s'exprimer par deux porte-parole, un Alémanique de formation littéraire et un Romand de formation scientifique. L'oecuménisme eût été total si l'un d'entre eux avait bien voulu être femme. Mais le propos sera et aurait été le même. Il n'est pas dans notre intention de souligner une évidence: l'importance de la recherche pour notre pays, pour son économie, mais aussi son environnement et surtout son système éducatif et de formation. D'autres ont été ou seront intarissables et élo-

quents sur la question. Contentons-nous d'un bref regard sur le rôle que nous sommes appelés à jouer.

Il est très difficile, si ce n'est téméraire, pour un pouvoir politique de s'immiscer dans le choix des programmes de recherche, choix au cours duquel il risque d'être sous influence. Pourtant, c'est bien à lui, par l'attribution de crédits, qu'il incombe de fixer les grandes lignes. Le choix des programmes prioritaires incombe au Parlement et c'est son jardin réservé. En ce domaine, jouons donc notre rôle. Si, en préambule, j'ai souligné la diversité des intervenants écologistes, c'est que tous deux nous plaçons pour cette diversité.

Certaines recherches sont heureusement accomplies en collaboration avec des entreprises. Elles démontrent par là un caractère plus immédiatement utilitaire qui leur confère à la fois aura et moyens financiers. La tentation est alors grande, et certains y ont succombé en commission, de considérer avec quelque condescendance des programmes aux retombées apparemment moins immédiates et concrètes parce qu'ils touchent aux sciences humaines ou de la terre. Or, ce sont des programmes fragiles, car ils dépendent presque exclusivement des deniers publics. Mais ils sont aussi indispensables puisqu'ils permettent d'analyser notre société, ses réussites et ses dysfonctionnements, avec pour objectif de renforcer notre cohésion sociale, d'améliorer nos relations ou de préserver notre cadre de vie.

C'est vrai, certains d'entre nous, de par leur formation, ne sont pas naturellement enclins à défendre des projets tels que «Demain la Suisse». Nos lacunes doivent justement nous inciter à défendre ce projet au nom de la diversité que les politiciens se doivent de favoriser et des équilibres qu'ils doivent rechercher. C'est sous cet éclairage que les écologistes vous invitent à examiner les propositions qui seront faites d'allouer les moyens financiers adéquats pour que les programmes complets puissent être réellement et efficacement entrepris et accomplis. Les sommes sont importantes et mériteraient une attention et une présence qualifiées de la part de notre Parlement. Mais l'un des rapporteurs a su, en commission, les relativiser en les comparant avec celles consacrées à d'autres champs d'activité. Je l'invite à rappeler, le cas échéant, les termes de sa comparaison à l'intention de qui accepterait d'entendre.

**Maeder** Herbert (U, AR): Die LdU/EVP-Fraktion begrüsst die Botschaft über die Förderung der Wissenschaft in den Jahren 1996–1999, mit welcher der Bundesrat erstmals sämtliche Kredite für den Hochschul- und Forschungsbereich zusammenfasst und damit den Grundsatz der Einheit von Forschung und Lehre unterstreicht.

Die gemeinsame Botschaft bedeutet Kreditanträge im Gesamtbetrag von 3,9 Milliarden Franken. Das ist viel Geld in dieser Zeit der grossen Defizite. Ob es aber genug Geld ist, um Wissenschaft und Forschung in jenem Mass zu fördern, welches der Schweiz einen teilweise verlorengegangenen Spitzenplatz in der Völkergemeinschaft sichern kann, das ist ungewiss. Die Kreditbeschlüsse basieren auf der bescheidenen Wachstumsrate von 2,5 Prozent. Neue Aufgaben stehen an, und solche sind nur zu finanzieren, wenn auch Dringliches weggelassen wird.

Im Zentrum der Debatte um die Forschungsförderung des Bundes stehen die Schwerpunktprogramme, die grossangelegten Forschungsprogramme im Bereich der Schlüsseltechnologien und der Umwelt. Sie wurden 1991 mit dem Ziel gestartet, den Anschluss an die internationale Entwicklung zu sichern. Schwerpunktprogramme an den Hochschulen und überregionale Netzwerke sollten eine neue Dimension in die Schweizer Forschungspolitik bringen.

Der Schweizerische Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung und der ETH-Rat sind für sechs Schwerpunktprogramme in den Schlüsselbereichen Biotechnologie, Informatik, Werkstoffforschung, Leistungselektronik, Optik sowie Umwelttechnologie und Umweltforschung verantwortlich. Die Erwartungen in diese Schwerpunktprogramme waren gross. Haben sie sich in den ersten Jahren erfüllt? Der Schweizerische Wissenschaftsrat hat im Auftrag von Bundesrat und Parlament durch internationale Experten eine Evaluation vornehmen lassen. Deren Resultate sind positiv. Die

Schwerpunktprogramme hätten sich bewährt, die erzielten Resultate seien von hoher Qualität, die Arbeiten seien fortzuführen, heisst es im Expertenbericht. So weit, so gut.

Doch nun drohen die schönsten Programme an mangelnden Finanzen zu serbeln. War in der Botschaft vom Januar 1991 noch vorgesehen, für jedes Schwerpunktprogramm für vier Jahre durchschnittlich 60 Millionen Franken bereitzustellen, so blieben schliesslich 35 Millionen Franken übrig. Für die Jahre 1996–1999 droht dieser Betrag für bestimmte Programme gar auf durchschnittlich 15 Millionen Franken zusammengestrichen zu werden.

Der Bundesrat will in seiner Botschaft für die Jahre 1996–1999 für die Schwerpunktprogramme einen Höchstbetrag von 123 Millionen Franken bewilligen. Dieser Betrag, so hoch er auch scheint, reicht kaum aus, die laufenden Programme fortzuführen, geschweige denn dringliche neue Aufgaben in Angriff zu nehmen.

Wir unterstützen die knapp zustande gekommene Kommissionmehrheit, welche diesen Betrag auf 149 Millionen Franken aufstocken will. Die Schwerpunktprogramme sind für die Zukunft unseres Landes von eminenter Bedeutung. Sie sind bisher technisch-naturwissenschaftlich dominiert. Mit dem sozialwissenschaftlichen Programm «Zukunft Schweiz», das von den Folgen der Globalisierung über die Verarbeitung gesellschaftlicher Ungleichheiten bis zur Wissensproduktion und zur Individualisierung vieles zu behandeln verspricht, würde die vernachlässigte Sozialforschung in der Schweiz wesentlich vorangetrieben.

Staatssekretär Ursprung, seines Zeichens Physiker, betonte vor der Kommission, dass die Schweiz in den naturwissenschaftlichen Disziplinen noch vorne mit dabei sei, hingegen in den Sozialwissenschaften einen grossen Nachholbedarf habe.

Die Minderheit II (Fehr) will das Schwerpunktprogramm «Zukunft Schweiz» streichen. Da kommt wieder einmal diese alte Abneigung zum Vorschein, die gewisse Leute ganz allgemein den Soziologen entgegenbringen, die man samt und sonders irgendwo links einordnet. Man müsste endlich zur Kenntnis nehmen, dass die Sozialwissenschaften z. B. in der ehemaligen Sowjetunion als eine die Gesellschaft in Frage stellende Wissenschaft kaum vorhanden waren, während in den USA die Sozialwissenschaften eine überragende Bedeutung haben und hoch geschätzt sind. Lehnen Sie bitte den Antrag der Minderheit II ab.

Die Minderheit III (Schmid Peter), die wir unterstützen, will sicherstellen, dass das Schwerpunktprogramm Umwelt durch die Module «Umwelt und Gesundheit» sowie «Natur und Landschaft» ergänzt wird. Die Dringlichkeit des Moduls «Natur und Landschaft» ist augenfällig. Die Bedrohung der Diversität von Natur und Landschaft ist äusserst akut. Die roten Listen verschwindender Arten werden immer länger; die Verluste der Natur sind meistens irreversibel. Sie bedeuten einen enormen materiellen und immateriellen Schaden, den die heutige Generation zu verantworten hat. Wie will sie sich künftigen Generationen gegenüber rechtfertigen?

Das Schwerpunktprogramm «Natur und Landschaft» will die Grundlagen zur Erhaltung und Gestaltung der Diversität erarbeiten und hat eine langfristig orientierte, nachhaltige Nutzung der Ressourcen zum Ziel. Im Namen der LdU/EVP-Fraktion bitte ich Sie, in den weiteren Punkten der Mehrheit zu folgen.

Der Bundesrat hat in bezug auf die Schwerpunktprogramme enge Grenzen gesetzt, zu enge Grenzen. Wie kann ein Land, das immer noch Hunderte von Millionen Franken in Käse investiert, wichtigste Forschungsaufgaben dermassen beschneiden, dass laufende Programme gedrosselt werden müssen und das Schwerpunktprogramm «Zukunft Schweiz» gar ins nächste Jahrtausend verschoben werden soll?

**Eggy** Jacques-Simon (L, GE): Est-il nécessaire, ici et aujourd'hui, de souligner et de relever l'importance pour la Suisse de la formation et de la recherche? Nous sommes un pays sans ressources naturelles, notre intelligence, notre matière grise et notre savoir-faire, notre capacité d'innovation et notre capacité de travail, voilà au fond quels sont nos atouts.

Le Conseil fédéral le sait bien, et cette idée, cette évidence parcourt tout son message. Néanmoins, nous avons noté une contradiction entre la volonté politique, si souvent affichée, et une limitation des moyens, surtout pour la recherche. En ce qui concerne la formation, dans notre pays fédéraliste, on peut toujours dire que la formation est en priorité du ressort des cantons, et si une aide de la Confédération, aux universités notamment, est essentielle, on peut imaginer de demander davantage aux cantons. A cela, je répondrai qu'un effort supplémentaire des cantons ne doit pas être un report de charges, et qu'il ne doit et ne peut se concevoir que dans le cadre d'une réflexion sur un renouveau du fédéralisme, avec aussi des ressources fiscales supérieures aux cantons.

On nous dit aussi, notamment sur les bancs de l'Union démocratique du centre, très souvent que la recherche efficace est celle qui est menée par le secteur privé, par les entreprises privées. Nous devons répondre à cela que le secteur privé fait déjà de gros efforts et que les libéraux, pour leur part, n'ont jamais opposé, dans ce domaine, le secteur privé à l'Etat. Nous sommes trop ouverts sur l'évidence du monde qui éclate dans tous les pays pour ne pas nous rendre compte qu'il y a des points, des secteurs, où il faut une conjonction, une harmonisation des efforts du secteur privé et du secteur public. Le dogme, dans cette matière, n'a vraiment pas droit de cité.

Mais cette contradiction, nous l'avons constatée aussi à plusieurs reprises. Le message parle de l'importance, par exemple, des réseaux internationaux. A la page 8, on lit: «La science et la recherche forment désormais des réseaux internationaux auxquels ne participent que ceux qui y apportent une contribution de valeur et qui restent à la pointe du progrès. Si d'aventure la recherche suisse devait devenir moins performante, les entreprises domiciliées dans notre pays finiraient par s'en trouver affaiblies et nos chercheurs se verraient rejetés de ces réseaux internationaux.» A la page 14 du même message, on lit: «Une série d'indices suggèrent que notre pays est en train de céder du terrain et que sa performance en matière de recherche et de technologie se dégrade.» En page 15, on lit: «Face à ces perspectives préoccupantes, il faut constater que les dépenses fédérales dans le domaine de la science (formation et recherche fondamentale) n'ont connu qu'un développement fort modeste au cours des 18 dernières années....»

Nous insistons bien sûr sur la recherche fondamentale, mais nous insistons beaucoup, avec ce message, sur l'importance des programmes prioritaires, en particulier ceux confiés au Conseil des écoles polytechniques fédérales: nous pensons à ce fameux programme prioritaire Minast. Dans ce domaine de la microtechnique, il est évident que le temps est précieux. La concurrence internationale est rude, et la collaboration internationale n'attend pas. On y est ou on n'y est pas. Chaque mois compte, je serais tenté de dire chaque semaine, chaque semaine perdue peut être lourde de conséquences.

Si l'on peut encore, en dépit de tout, accepter une progression aussi faible que celle proposée pour la recherche en général, pour Minast, pour la microtechnique, pour la nanoscience, le groupe libéral demande que l'on garde à la Suisse sa position de pointe: c'est l'objet, notamment, de l'arrêté F. Pensez donc à l'importance des retombées et des prolongements pour l'industrie des machines. La recherche, c'est la condition de la pérennité et de la revitalisation, dont nous parlons, nous les libéraux, si souvent, de notre industrie, donc finalement, c'est une condition de l'emploi.

C'est la meilleure parade aux risques de délocalisations, le meilleur moyen d'épauler toutes les petites et moyennes entreprises qui sont liées à ces programmes de recherche, par exemple le programme prioritaire Minast.

Le groupe libéral approuve en principe l'ouverture faite aux sciences humaines. Vous connaissez la fameuse phrase de Rabelais: «Science sans conscience n'est que ruine de l'âme.» Histoire, réflexion sur l'avenir, élément de vie et de cohésion d'une collectivité nationale, les sciences humaines doivent absolument rester dans l'ordre de nos priorités. Nous soutenons donc le principe du programme prioritaire «Demain la Suisse».

Sur le montant, pour les programmes prioritaires du Fonds national cette fois – pas du Conseil des écoles polytechniques fé-

dérales –, on peut hésiter entre un soutien plus marqué, proposé par la majorité de la commission, et le montant plus resserré figurant dans le projet du Conseil fédéral, compte tenu des circonstances financières. Le groupe libéral est à cet égard partagé.

En conclusion, je dirai ceci: nous sommes attachés, et nous l'avons souvent démontré, à l'idée d'économie dans le ménage de l'Etat. Mais depuis toujours, les libéraux ont insisté sur la différence qu'il faut faire entre les dépenses d'investissement et les dépenses de fonctionnement. Nous sommes pour un Etat plus mesuré. Nous sommes, en ce qui concerne les dépenses qu'on pourrait appeler «de fonctionnement», par exemple dans le domaine de la sécurité sociale, Madame la Conseillère fédérale, pour des dépenses qui soient plus ciblées, pour un Etat social, mais un Etat social qui ne soit pas un Etat arrosoir, un Etat social qui sache différencier les besoins, et qui ne donne pas trop à ceux qui ont déjà.

Nous sommes en revanche pour que les dépenses d'investissement ne soient pas sacrifiées, notamment les dépenses pour la recherche, car nous considérons que c'est là le support, et que c'est la continuité qui offre des chances à l'avenir de ce pays. Les libéraux l'ont toujours dit: de M. Reverdin, qui fut président du Fonds national suisse de la recherche scientifique, à M. Scheurer Rémy, qui s'est beaucoup engagé dans ce domaine, nous croyons que les libéraux ont toujours relevé et souligné cette continuité.

Ce pays court le risque de la facilité, à cause des excès de l'Etat-providence, et à cause de cette habitude des subventions arrosoirs. Nous voulons cibler encore une fois, mais nous considérons que la recherche, c'est le nerf, c'est le ressort de ce pays, avec sa capacité de travail et son savoir-faire. C'est en effet les portes de l'avenir.

A long terme d'ailleurs, les finances fédérales passent aussi par la qualité de la recherche. Contrairement à ce qui se passe quelquefois dans cet hémicycle et de la part du Conseil fédéral en matière de finances fédérales, nous ne séparons pas les finances publiques de l'économie, et nous ne séparons pas l'économie de la recherche. Ces éléments, à nos yeux, participent de notre volonté de transmettre aux générations suivantes un pays adapté et aux chances et aux défis qui l'attendent.

**Jeanprêtre Francine (S, VD):** Si le groupe socialiste entre naturellement en matière sur le message qui nous est soumis, ce n'est cependant pas sans formuler des remarques et des critiques.

Bien sûr, nous aspirons à ce que s'ouvre enfin un large débat dans notre pays sur les objectifs en matière de science et de recherche, au Parlement et dans le public. Tout d'abord en raison des négociations bilatérales avec l'Union européenne, mais surtout parce que le politique ne s'est pas assez impliqué jusqu'ici. En effet, ce sont les milieux scientifiques qui ont élaboré les objectifs de notre politique de la science, le politique s'étant satisfait de diminuer les crédits au niveau des offices, puis des départements, puis du Conseil fédéral.

Est-ce ainsi que, dans une conjoncture économique difficile, face à une concurrence économique aiguë, alors que l'on sait que la matière grise et, donc, la recherche constituent notre principal et quasi-atout, l'on manifeste une volonté politique délibérée de voir des choix se faire, de fixer des priorités? Rien qui n'ait trait à la recherche et à des programmes de recherche n'est superflu, et il est malheureux, voire insoutenable, de voir certains «chipoter» sur des programmes ou des contenus de programme pour des montants de quelques dizaines de millions de francs.

Si nous exerçons la critique, c'est parce que le message du Conseil fédéral nous semble dénué de visions scientifiques et technologiques, d'objectifs précis et ambitieux capables de motiver et d'enthousiasmer les chercheurs, les jeunes, voire la population. Mais nous sommes déçus par le message concernant l'encouragement de la recherche scientifique surtout par le fait suivant.

La création il y a quatre ans du Groupement de la science et de la recherche (GSR), présidée par M. Ursprung, secrétaire d'Etat, avait largement suscité l'espoir de voir s'instaurer une politique scientifique conçue à l'échelle nationale. Il n'en sera

rien. Par ce message, le GSR n'apporte pas une justification de son existence. Certes, on essaie, au premier chapitre, d'esquisser les perspectives d'une politique scientifique nationale, mais d'une manière si abstraite et qui engage si peu qu'il n'en ressort finalement aucune politique concrète.

Par exemple, il n'existe pas de volonté de modifier les structures. Bien que les auteurs déclarent d'entrée qu'une réforme des structures institutionnelles serait prioritaire pour la réalisation d'une politique scientifique nationale cohérente, on nous renvoie une fois de plus à la prochaine législature. Ceci en dépit du fait que le Conseil fédéral avait déjà accepté il y a quatre ans un postulat de la commission allant dans ce sens, lors du traitement du message précédent concernant l'encouragement de la recherche scientifique. Alors, ou bien on a affaire à de l'incompétence, ou alors ce nouveau renvoi traduit une stratégie obscure de sauvegarde des acquis politiques.

L'éducation et la recherche sont des investissements à long terme. Déplacer ses jalons selon les contingences du moment est à la longue coupable. Les raisons d'accorder une haute priorité à la politique fédérale de formation et de recherche sont nombreuses. Les investissements d'avenir effectués dans ce domaine sont d'une grande valeur pour le développement de la société et notamment de l'économie. Bien que la Suisse dans son ensemble occupe une place relativement avantageuse du point de vue des dépenses de recherche et de développement, par comparaison avec d'autres pays industrialisés, la part des fonds publics à ces investissements est extrêmement faible. Or, l'activité privée de recherche et de développement tend depuis des années à diminuer en Suisse, notamment par des transferts à l'étranger.

Dans des domaines technologiques nouveaux et prometteurs, la recherche scientifique suisse est représentée dans une mesure inférieure à la moyenne. Mais il est nouveau et réjouissant d'entendre M. Eggly, au nom du groupe libéral, souhaiter un soutien plus énergique de la part de l'Etat. Nous remercions au Conseil fédéral de ne pas déployer suffisamment d'efforts pour remédier à des structures beaucoup trop compliquées et de tolérer sans réagir le peu de transparence de l'ensemble des flux financiers dans le domaine de la formation, de la recherche et du développement, recherches sectorielles des offices fédéraux comprises. Le crédit proposé ne couvrira qu'un quart de toutes les dépenses dans ce domaine, et il est difficile de se faire une idée globale de la situation du fait que les données statistiques ne sont pas uniformes ni compatibles avec les statistiques internationales.

Certes, nous approuvons le relèvement du crédit, mais nous souhaitons parallèlement une transparence des budgets. On ne peut relever ici, tronquer là, économiser plus loin. Tout ceci se fait au détriment de la cohérence et de l'efficacité. La recherche scientifique est une tâche d'avenir. Elle a un prix et nous devons savoir ici qui est prêt à payer ce prix.

Le groupe socialiste vous prie bien sûr d'entrer en matière, de soutenir les postulats de la commission ainsi que les crédits les plus appropriés présentés par la majorité de la commission dans l'arrêté F.

**Leemann Ursula (S, ZH):** Die vorliegende Botschaft über die Förderung der Wissenschaft in den Jahren 1996–1999 hat uns in einer schwierigen Zeit erreicht, bei knappen Bundesfinanzen und bei verschärftem globalen Wettbewerb auf jeder Ebene. Im Zentrum steht für uns heute deshalb die Prioritätensetzung. Weil wir Bildung und Forschung für die zukunftsweisenden Gebiete halten, wollen wir sie mit aller Priorität behandeln. Wesentlich bei der heutigen Diskussion ist allerdings auch die Kritik an den verkrusteten Strukturen, an den möglichen Verschwendungen und den nicht hinterfragten Privilegien auf diesem Gebiet, die immer wieder in den Budgetdebatten angemerkt worden sind.

Es ist schon ein Fortschritt, wenn heute über die Hochschulförderung und über die verschiedenen Forschungsförderungsinstrumente gemeinsam gesprochen wird. Wir müssen uns aber auch im klaren sein – das ist schon bemerkt worden –, dass es nur um rund ein Viertel der Ausgaben des Bundes für Bildung und Forschung geht. Wir sprechen heute nicht über die ETH-Beiträge im allgemeinen. Wir sprechen nicht über die

Berufsbildung, über die Fachhochschulen. Wir sprechen nicht über die Ressortforschung. Deshalb sind wir noch weit entfernt von einer wirklich kohärenten Wissenschaftspolitik.

Die hier schon vor vier Jahren geäusserte Kritik, dass die Strukturen zu straffen und mehr Transparenz zu schaffen seien, muss wiederholt werden. Entschuldigung kann beigefügt werden: Föderalismus ist uns aus politischen Gründen teuer, er ist aber auch in finanzieller Hinsicht teuer, und das müssen wir akzeptieren.

Immerhin: Wir verlangen mehr Transparenz. Wenn wir heute über diese jährlichen Ausgaben von rund 1 Milliarde Franken sprechen und zusätzlich rund 15 Millionen Franken für die Schwerpunktprogramme fordern, müssen wir auch im Auge behalten, dass wir beispielsweise jährlich rund 200 Millionen Franken für militärische Forschung und Entwicklung ausgeben, worüber wir nie im Detail gesprochen haben.

Der Bundesrat war grundsätzlich bereit, den Bereich Bildung und Forschung finanziell eher etwas besser zu behandeln als die Aufgabenbereiche im Durchschnitt. Das halten wir für positiv. Wir hätten es noch positiver gefunden, wenn die Prioritätensetzung noch ausgeprägter gewesen wäre. Bezeichnend für die Intransparenz und für die Folgen von verschiedenen Kürzungsrunden im Parlament und beim Bundesrat ist die Tatsache, dass in der Botschaft bei den Schwerpunktprogrammen Finanzen und Darstellung der Programme nicht mehr übereinstimmen. Offenbar sind da die kritischen Summen unterschritten worden.

Unsere Fraktion bittet Sie deshalb ausdrücklich, bei der Vorlage über die Schwerpunktprogramme bei beiden Serien, Nationalfonds und ETH, die Gesamtsummen zu erhöhen. Dem Parlament möchte ich sagen, dass es nicht nur heute Beschlüsse in diesem Bereich zu fassen hat, sondern dass diese Beschlüsse auch bei den Voranschlägen zu honorieren sind. Die Stop-and-go-Politik der letzten Jahrzehnte sollte sich nicht wiederholen; sie war viel zu verheerend.

Ich bitte Sie im Namen unserer Fraktion, den Antrag Sandoz, auf den Bundesbeschluss C nicht einzutreten, abzulehnen. Genau das wäre eine Stopp-Politik, die wir uns schlecht leisten können.

Wir bitten Sie, den Antrag Weyeneth zum Bundesbeschluss A, Artikel 4, der die Finanzierung der Universitätsspitäler beeinträchtigen würde, abzulehnen. Es wird im einzelnen noch darüber zu sprechen sein.

Wir bitten Sie, insgesamt den Anträgen der Kommission zu folgen und auch die Postulate der Kommission zu überweisen.

**Haering Binder Barbara (S, ZH),** Berichterstatterin: Diese Eintretensdebatte hat für mich in bezug auf die Einschätzung der wissenschaftspolitischen Situation der Schweiz eine doch erstaunlich grosse Übereinstimmung quer durch alle Fraktionen gezeigt. Die Bedeutung, welche dem Wissenschaftsplatz Schweiz beigemessen wird, wurde von allen Fraktionen unterstrichen.

Erwähnt wurden die Sorge um die Abwanderung dieses Forschungsplatzes ins Ausland und die Zusammenhänge zwischen dem Forschungsplatz Schweiz und dem Arbeitsplatz Schweiz.

Diese Übereinstimmung gab es vor vier Jahren nicht. Damals stand ein Rückweisungsantrag der SVP-Fraktion betreffend die Kredite der Institutionen der Forschungsförderung, insbesondere auch des Nationalfonds, zur Debatte. Auf der anderen Seite stand von seiten der grünen Fraktion ein Rückweisungsantrag betreffend die Schwerpunktprogramme insgesamt – mit der Auflage, die industriennahe Forschung vollständig aus diesen Schwerpunktprogrammen herauszunehmen – zur Debatte.

Obwohl wir heute, vier Jahre später, eine sehr viel angespanntere Finanzsituation des Bundes haben, liegen heute die entsprechenden Rückweisungsanträge nicht vor. Ich denke also, dass in diesen Jahren – gerade in der Zeit der Arbeitsplatzknappheit – die Bedeutung von Wissenschaft, Forschung und Bildung als die einzigen Ressourcen unseres Landes deutlich geworden ist; deshalb also diese breite Übereinstimmung quer durch alle Fraktionen.

Die Übereinstimmung in bezug auf das Eintreten auf diese Vorlage wird allerdings auch gepaart mit einer doch sehr weit-

gehend und durchgehend geübten Kritik an der fehlenden Effizienz, an der fehlenden Transparenz und an der fehlenden Reformstärke und Reformfreudigkeit dieses Wissenschaftssystems Schweiz. Diese Kritik kam ebenfalls in sämtlichen Fraktionsvoten zum Ausdruck.

Das Votum von Herrn Schmid Peter hat an die Diskussion angeknüpft, die wir vor vier Jahren im Rahmen der Schwerpunktprogramme geführt haben, nämlich an die Diskussion über die Frage der inhaltlichen, der thematischen Schwerpunktsetzungen, des Abwägens zwischen Technik und Sozial- und Geisteswissenschaften. Ich denke, wir werden diese Diskussion im Rahmen der Detailberatung fortsetzen.

Ich bitte Sie im Namen der einstimmigen Kommission, auf diese Vorlage einzutreten.

**Scheurer Rémy (L, NE)**, rapporteur: Je constate avec plaisir, au nom de la commission, la concorde qui existe à propos de l'entrée en matière, qui n'est pas discutée. Je vous remercie aussi du soutien que vous apportez aux deux postulats de la commission. En effet, on a souvent fait allusion à la question des flux financiers et à la question des structures dans la formation et dans la recherche.

Sans vouloir résumer le débat, ce qui ne m'appartient pas, je soulignerai deux éléments: l'un concerne les finances, l'autre les programmes prioritaires.

1. M<sup>me</sup> Fehr a dit très justement qu'il fallait distinguer entre ce qui était nécessaire et ce qui était souhaitable. L'exécution du postulat qui demande la clarification, à la fois dans la connaissance des flux financiers et dans les structures, permettra sans aucun doute d'y voir plus clair. Mais, quelles que soient les économies et les améliorations de fonctionnement que nous pouvons apporter, cela ne suffira pas pour que l'on puisse dégager des moyens suffisants pour faire face aux besoins qui s'annoncent, et qui sont des besoins croissants. Il y aura, cela a été dit, beaucoup plus d'étudiants d'ici l'an 2000 que maintenant. Le nombre des étudiants va croissant dans tous les domaines.

On sait que le renouvellement rapide des connaissances suppose un effort aussi dans le domaine de la formation continue. On sait que les exigences en matière de recherche s'accroissent. On sait aussi que, dans le domaine industriel, le vieillissement des produits incite à un effort de renouvellement de la recherche qui est important et auquel l'Etat peut et doit participer. Tout cela fait qu'on ne peut pas s'en tenir à la formule, belle mais vide, qu'il faut faire plus avec moins. Il y aura sans aucun doute besoin de faire avec plus, quoi qu'on en dise.

Sur le plan financier encore, j'aimerais attirer votre attention sur le fait que, dans le meilleur des cas, les accroissements sont de 2,5 pour cent, soit à peu près la compensation du renchérissement qu'on peut attendre cette année. Il n'y a pas de croissance réelle dans ce qui est proposé, alors que les premières propositions demandaient au moins 1 pour cent de croissance réelle. Dans les différences qui existent ici ou là et dans les chiffres qui sont donnés, il ne faut pas oublier que tout doit être divisé par quatre puisqu'il s'agit d'un programme quadriennal.

2. A propos des programmes prioritaires, j'ai été très intéressé par la remarque de M. Kern au nom du Parti de la liberté. M. Kern nous dit qu'il faut mettre l'accent sur les transferts de technologie, sur le passage de la recherche à l'industrie, mais – je le dis à M. Kern ainsi qu'aux autres membres du Parti de la liberté – Minast, par exemple, vous offre exactement ce que vous enviez aux Japonais! Soyez logiques, alors, et donnez un surcroît de moyens à la recherche commune des universités et des entreprises (je comprends très bien que la distraction vaille mieux qu'une tentative de réponse à l'argument).

Quant au partenariat, c'est aussi un des éléments importants dans les programmes prioritaires qui sont indiqués, comme l'a souligné M. Chevallaz entre autres. C'est, au travers des programmes prioritaires, l'importance que l'on accorde à ce mot, magique et qui le reste, et qui doit passer des concepts dans les faits, à savoir la revitalisation: programme en biotechnologie, programme en informatique, appelé maintenant «structures d'information et de communication», programme en optique, programme des matériaux, et le programme sur les microsystèmes.

Mais heureusement que des voix se sont élevées, de divers côtés, pour rappeler qu'il est essentiel que des programmes prioritaires fassent leur place aux sciences humaines, aux sciences sociales. Nous devons avoir des programmes qui se préoccupent de l'environnement, ainsi que de l'avenir de la société en Suisse. Je m'adresserai ici plus particulièrement à mes amis députés du centre ou de droite pour leur rappeler que la sociologie ce n'est pas seulement quelques sociologues que nous connaissons bien et qui ne sont pas très fameux. Les sciences sociales concernent l'ensemble de la société, ça dépasse la sociologie. La préoccupation que l'on doit avoir sur l'avenir des conditions de vie dans un pays est importante.

Il y a eu là des remarques d'un caractère humaniste auxquelles nous sommes sensibles. On a rappelé Rabelais, on peut rappeler aussi que l'homme ne vit pas de pain seulement, il n'y a pas de science sans conscience, il n'y a pas que l'éthique du chercheur scientifique à l'égard de la recherche scientifique, il y a une éthique générale, il y a des sciences sociales, des sciences humaines qui devraient être une réflexion sur l'humanité et qui ont leur place, pleinement, dans des programmes prioritaires.

C'est pourquoi je suis très reconnaissant, à titre personnel, à ceux qui ont fait des remarques dans ce sens.

**Dreifuss Ruth**, conseillère fédérale: Je tiens à remercier les rapporteurs de votre commission pour la clarté et la richesse de leurs rapports. C'est, effectivement, la première fois que le Conseil fédéral soumet au Parlement un message qui réunit les deux domaines de l'aide aux universités et de l'encouragement de la recherche. C'est un progrès qui manifeste, aussi, le souci permanent du Conseil fédéral de ne pas considérer l'éducation sans lien avec la recherche, ni la recherche sans sa responsabilité en termes de formation d'une nouvelle génération de chercheurs.

C'est un premier progrès. Mais il a été également souligné que ce n'est pas tout et que cela ne permet pas de donner une vue d'ensemble de toutes les activités de la Confédération dans le domaine de la recherche, de l'éducation et de la formation professionnelle. Je crois qu'il faut se réjouir de ce premier pas, j'y reviendrai, et voir comment des pas suivants pourront être entrepris.

Je m'associe à la synthèse de vos deux rapporteurs pour souligner à quel point il est réjouissant de voir converger les points de vue exprimés à cette tribune, de voir à quel point la nécessité de notre investissement dans ce domaine est importante et à quel point les exigences que nous donnons à la recherche et à l'éducation sont élevées.

Effectivement, le but de ce crédit, le but de ce plan quadriennal, est bien de maintenir le niveau de qualité de la science suisse, en un moment où la tentation pourrait être trop grande, hélas, d'économiser également dans ce domaine, au-delà de ce qui pourrait paraître raisonnable. Il est vrai qu'en comparaison internationale la qualité de la science suisse est relativement élevée, mais nous ne nous lasserons jamais de répéter que ce niveau est le fruit des efforts déployés au cours des années passées. C'est, effectivement, le résultat d'un investissement important qui a été fait, mais ne nous reposons pas sur ces lauriers. Si nous ne poursuivons pas cet effort, la qualité de la science suisse ne pourra pas être maintenue.

C'est ainsi qu'il faut comprendre les phrases du message citées par M. Eggly, qui sont des avertissements quant au risque que nous courons si nous ne maintenons pas au même niveau les efforts qui ont été faits par le passé. Le Conseil fédéral se rend, hélas, compte qu'il ne peut pas faire plus, mais les projets qu'il vous présente tiennent compte du caractère d'investissement de cet effort.

Si la Suisse perd, malgré tout, actuellement de son attrait, ou si nous avons à le craindre, c'est notamment parce que l'économie suisse délocalise ses activités de recherche à l'étranger. Si nous voulons maintenir notre position, nous devons aussi donner à l'économie, c'est-à-dire à la recherche privée, les conditions-cadres nécessaires pour qu'elle se maintienne en Suisse; c'est-à-dire qu'il nous faut concentrer nos efforts et apprendre à affronter les défis dans les domaines de la recherche et de l'éducation où ils se posent.

Nous sommes également persuadés que la place intellectuelle suisse déterminera la position de la place industrielle suisse, à l'avenir, et que l'engagement que nous prenons, et que nous vous invitons à prendre, est essentiel, également pour l'avenir économique de notre pays. C'est pourquoi nous devons soutenir les universités dans leurs tâches capitales que sont la formation de base, la formation de la relève scientifique et la formation avancée des futurs cadres, de même que la recherche. Nous devons encourager cette formation par des subventions de base annuelles et soutenir la recherche libre et la recherche orientée, notamment par le financement de programmes à moyen et à plus long termes. Nous devons, également, contribuer à l'amélioration des liens de collaboration entre le monde de la recherche et le monde de l'économie. Là encore, des programmes prioritaires jouent un rôle capital.

Mais cette amélioration de la collaboration entre la recherche et l'économie vaut également pour la deuxième ambition que reflète le message, celle de l'ouverture de la recherche suisse au monde. C'est la raison pour laquelle nous négocions actuellement avec l'Union européenne pour obtenir, dans les meilleurs délais, une participation intégrale au 4e programme européen de recherche et de formation, mais également – et je tiens une fois de plus à le répéter ici – à intensifier nos contacts avec les autres pôles de la recherche internationale: le Japon, les Etats-Unis d'Amérique, et pour nous intégrer vraiment dans la structure internationale de recherche.

Nous devons également aller de l'avant dans la réforme des études et la réponse que les universités peuvent apporter à ce défi de la formation souligné par M<sup>me</sup> Grossenbacher. Il y a effectivement accroissement du nombre des étudiants, largement dû, actuellement, à l'évolution démographique; mais il y a aussi simultanément une réduction des moyens. Face à ces mouvements divergents, nous devons, Confédération et cantons, trouver des solutions. C'est d'ailleurs aux cantons qu'il appartient de résoudre toute une série de questions que vous avez soulevées, Madame Grossenbacher, de façon très pertinente, et il appartient à la Confédération de tendre la main aux cantons pour améliorer l'adéquation de cette réponse. Mais ce sont essentiellement les universités cantonales qui se trouvent aujourd'hui confrontées à cette situation difficile et vous avez demandé quelles étaient les réponses. Les réponses sont dans la mise en oeuvre rapide de réformes au niveau des études. Elles sont dans le raccourcissement de la durée des études. Encore une fois, c'est une réforme qu'il appartient aux cantons d'entreprendre.

Vous avez vu à quel point ces idées se développent, y compris dans les cantons réputés pour les durées d'études les plus longues actuellement. Il y a la meilleure structuration des cycles d'études; il y a la réflexion que vous avez amorcée quant aux rapports entre étudiants et enseignants, mais qui demande des réponses, par exemple en réallouant des postes d'enseignement; mais c'est encore de la compétence des cantons. Vous savez que de nombreux postes d'enseignants vont connaître des vacances, des besoins de remplacement. Ce sera l'occasion, certainement pour les cantons aussi, de voir où il y a pléthore d'enseignants. Il y a des facultés où il y a peut-être pléthore d'enseignants ou, au contraire, où il y a manque d'enseignants.

Vous avez souligné le problème des sciences humaines, j'y reviendrai à propos du programme «Demain la Suisse», dont une ambition consiste à apporter une contribution à ce problème.

Il y a aussi toutes les réflexions qui se font sur le rapport au sein même du corps enseignant entre professeurs et corps intermédiaire, de façon à assurer un meilleur encadrement des étudiants. Je crois que le problème est reconnu et les réformes sont amorcées; le rôle de la Confédération est de les rendre possibles.

Il faut renforcer la coopération entre les universités, j'y reviendrai, mais surtout créer, et c'est une autre tâche que nous avons, un système cohérent d'enseignement supérieur qui ne se limite pas à ce qui est couvert par le message actuel.

J'en viens, avec mes deux dernières remarques, à la critique la plus durement formulée, notamment par le groupe socialiste:

les problèmes liés aux structures de coordination de la recherche et de l'éducation. Critique durement formulée et qui m'oblige à prendre tout simplement et très clairement mes distances par rapport à des expressions aussi percutantes, mais à mon avis qui correspondent peu à la réalité, tels le reproche d'incompétence et le reproche de poursuivre d'obscurs desseins dans ce domaine. Il s'agit au contraire de faire évoluer le fédéralisme de l'enseignement et de la recherche, et de trouver des solutions qui soient des solutions applicables dans leur ensemble, avec la communauté scientifique, et non pas contre elle.

En commission, j'ai eu l'occasion de dire très clairement quelles étaient les priorités que nous nous sommes fixées dans le domaine de ces questions de coordination. J'aimerais les répéter ici, parce que la critique a été peut-être trop globale et qu'elle demande une réponse, au contraire, plus affinée.

Les problèmes de structure ne se posent pas avec la même urgence dans les différents domaines touchés par ce message. Permettez-moi de distinguer trois niveaux de coordination.

1. C'est celui qui concerne les activités de la Confédération elle-même. M. Scheurer Rémy a souligné que sept départements, sept sur sept donc, dans la structure de la Confédération, avaient des activités de recherche. Permettez-moi de dire ici très clairement que la priorité numéro un est celle de la coordination au sein même de l'administration fédérale et cette priorité touche également à l'analyse des flux financiers, dont nous aurons l'occasion de parler. Elle se réfère également au postulat de votre commission, qui veut que, dans ce domaine, les moyens mis à disposition des différents départements doivent être analysés comme un ensemble.

Nous avons également dans ce domaine le besoin d'une coordination et d'un développement cohérent de la filière éducation et recherche et de la filière formation professionnelle et hautes écoles spécialisées. Le Conseil fédéral y travaille dans le cadre de la réforme du gouvernement et de l'administration. Il me paraît important de dire que c'est dans le courant de cette année 1995 que nous entendons aborder ces questions et apporter des réponses dans le cadre de cette réflexion plus globale. C'est la priorité des priorités. Je dirais qu'il faut tout simplement commencer par «balayer devant notre propre porte» avant d'aller prêcher la coordination à des partenaires comme le sont nos cantons.

2. Mais j'en viens également à cette relation Confédération et cantons qui est le deuxième niveau de coordination, et, à travers cela, bien sûr à la coordination entre les cantons eux-mêmes. Nous avons la structure de la Conférence universitaire suisse (CUS), mais nous avons également la structure de la Conférence suisse des directeurs cantonaux de l'instruction publique. Nous avons, par ailleurs, concernant l'autre problème, les structures de coordination des hautes écoles spécialisées, et c'est dans ce domaine que le besoin de coordination se révèle être le plus large, puisqu'il concerne plus de partenaires et donc il demande aussi plus de temps. Je dirai que c'est au cours des deux prochaines années que nous arriverons certainement à faire progresser tous ensemble ce besoin de coordination qui touche en premier lieu à l'enseignement, à l'éducation. Un groupe de travail a déjà été constitué au sein de la CUS pour examiner les relations entre la CUS et la Conférence suisse des directeurs cantonaux de l'instruction publique.

Cela ne concerne pas directement la Confédération, sinon que nous nous sommes associés pour fixer très clairement la participation de la Confédération dans cet ensemble, et je pense que le message est clair sur ce plan: nous ne repoussons pas la solution à ces problèmes à la fin de la période quadriennale dont nous parlons aujourd'hui; nous voulons faire progresser durant cette période une solution à ces problèmes, qui pourrait aboutir, si justement le mécanisme de la CUS devait être modifié, à une modification de la loi sur l'aide aux universités qui pourrait être proposée dans le courant des deux prochaines années, au début de la prochaine législature vraisemblablement. C'est donc la deuxième priorité dans le temps.

3. Troisième priorité dans le temps, parce que les besoins dans ce domaine paraissent moins urgents malgré, peut-être,

certaines déclarations qui ont été faites à cette tribune, c'est la coordination de la recherche. Il est clair qu'il y a cette nécessité de coordination de la recherche sur mandat de l'administration fédérale, de la recherche orientée sous ses deux formes et dans le cadre de la Confédération. Mais la recherche en général est une recherche de qualité. La Suisse n'a pas à avoir honte du niveau de sa recherche et elle se soumet à des contrôles internationaux de cette qualité. Nous avons, avec le Fonds national suisse de la recherche scientifique, un instrument de coordination qui a fait ses preuves.

Le besoin de coordination dans le domaine de la recherche, et en particulier de la recherche libre, me paraît donc moins urgent que les deux premiers niveaux dont je vous ai parlé. Mais il est clair que, dans ce domaine, il y a effectivement un certain nombre d'institutions – je pense aux quatre académies scientifiques, au Conseil suisse de la science – qui réfléchissent sur l'amélioration de la contribution qu'elles peuvent apporter à la coordination de la science en Suisse.

Ceci est donc, puisqu'on me demande un calendrier, le travail de la deuxième moitié de la législature ou de la deuxième partie de la période qui est actuellement en discussion. Vous voyez donc que vos critiques largement justifiées – je me suis opposée à leur ton et à leur caractère massif – sont fondamentalement partagées par le Conseil fédéral qui s'engage à résoudre progressivement les problèmes que vous avez mis en évidence.

J'aborde très rapidement les programmes prioritaires. Nous aurons l'occasion d'en parler puisqu'il y a des propositions dans ce domaine. Permettez-moi tout simplement de vous rappeler qu'ils sont placés sous la haute responsabilité du Parlement, qu'ils sont votre premier instrument d'orientation de la recherche. J'ai remarqué avec une très grande satisfaction que, même si la discussion a porté et portera encore sur le choix des programmes prioritaires, l'importance à leur accorder, les moyens mis à leur disposition et l'importance de la recherche libre – je dirais presque en filigrane et en négatif – n'ont été mis en question par personne. On n'envisage pas dans cette enceinte, et je m'en réjouis, de remettre en question la recherche libre au profit de la recherche orientée. On se rend compte au contraire que, sur un socle très solide de recherche libre de haute qualité, il y a une construction supplémentaire qui doit être faite pour assurer qu'il n'y ait pas de lacunes qui s'ouvrent, qu'il n'y ait pas de dommages, en particulier pour notre économie, qui résultent d'un effort insuffisant dans certains domaines. Donc, le caractère complémentaire, je dirais presque subsidiaire, de la recherche orientée a été affirmé dans ce débat et cela me paraît être un poids suffisamment important pour que je le souligne.

Les programmes prioritaires doivent effectivement être des programmes qui assurent à la Suisse une meilleure structure de son potentiel de recherche et qui lui permettent également de ne pas perdre le contact avec des domaines de pointe qui se développent sur le plan international, mais où la Suisse risque de perdre sa compétitivité si cet effort n'est pas consenti. C'est également le moyen que nous avons de permettre à l'industrie et aux applicateurs dans ce domaine de collaborer avec la recherche universitaire pour accélérer le transfert de technologie. C'est enfin pour nous l'instrument nécessaire pour veiller à ce que des domaines qui ne sont pas de la qualité que nous souhaitons, où le rapport enseignants/chercheurs/étudiants est mauvais, soient corrigés parce qu'une communauté de chercheurs trouve tout d'un coup les possibilités de bâtir un avenir et de bâtir un domaine d'activités – je pense là au caractère indispensable des programmes en matière de sciences humaines. Cela a été souligné, les sciences humaines sont d'une qualité et d'une quantité insuffisante dans ce pays, le programme prioritaire «Demain la Suisse» doit permettre de combler cette lacune.

Encore une fois – vos rapporteurs l'ont souligné –, je remarque un consensus profond dans cette salle quant aux grands équilibres et aux grandes relations qui doivent exister entre recherche et éducation, entre recherche libre et recherche orientée. Je ressens aussi un grand consensus quant aux besoins de coordination et d'un fonctionnement amélioré d'un secteur vital pour notre société et notre économie, dont nous pouvons

être encore fiers et dont nous pourrions être fiers demain si nous consentons aujourd'hui les efforts nécessaires.

#### **A. Bundesbeschluss über die Kredite nach dem Hochschulförderungsgesetz in den Jahren 1996–1999 (neunte Beitragsperiode)**

##### **A. Arrêté fédéral relatif aux crédits alloués en vertu de la loi sur l'aide aux universités pour la période 1996–1999 (neuvième période de subventionnement)**

**Haering Binder** Barbara (S, ZH), Berichterstatterin: Die Begründung für diese Kredite bildete bis anhin eine eigene Botschaft: die Botschaft für Hochschulförderung. Im Interesse einer besseren Übersicht über die verschiedenen Bereiche der Wissenschaftspolitik wurden diese Kredite, wie bereits erwähnt, zum ersten Mal mit jenen nach dem Forschungsförderungsgesetz in einer einzigen Botschaft zusammengefasst. Die Höhe dieser Kredite ergibt sich im Prinzip aufgrund des Finanzierungsmodells, wie es im Hochschulförderungsgesetz festgelegt wird, und aufgrund der Mehrjahresplanung der Schweizerischen Hochschulkonferenz.

Die von der Schweizerischen Hochschulkonferenz ursprünglich ersuchten Kredite sahen allerdings für das Jahr 1995/96 ein Wachstum von insgesamt 40 Prozent vor, was angesichts der heutigen Bundesfinanzen doch leicht dadaistisch anmutet und gleichzeitig die Dringlichkeit einer grundsätzlichen Reform des Hochschulförderungsgesetzes und seines Finanzierungsmodells unterstreicht, und zwar sowohl was die Grundbeiträge als auch was die Investitionsbeiträge anbelangt.

Die Kommission beantragt Ihnen einstimmig, auf diesen Bundesbeschluss A einzutreten und ihm zuzustimmen. Auf den Antrag Weyeneth zu Artikel 4 werden wir eingehen, wenn er begründet worden ist.

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen  
L'entrée en matière est décidée sans opposition*

*Detailberatung – Discussion par articles*

#### **Titel und Ingress, Art. 1–3**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

#### **Titre et préambule, art. 1–3**

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

#### **Art. 4**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Antrag Weyeneth*

Streichen

#### **Art. 4**

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Proposition Weyeneth*

Biffer

**Weyeneth** Hermann (V, BE): Nichts gegen Forschung und schon gar nichts gegen Bildung. Mein Antrag wendet sich aber klar gegen die Art und Weise, wie man für die Klinikbauten von Hochschulkantonen 52 Millionen Franken à discrétion zur Verfügung stellen will. Mein Widerstand gegen die Gesetzesrevision richtet sich gegen Artikel 11 d der Vorlage H, wo es wörtlich heisst: «Sie» – die Hochschulkantone – «bestimmen selbst, für welche Bauten die Beiträge verwendet werden.»

Wozu verwenden erfahrungsgemäss die Kantone diese Mittel? Die Universitätskantone mit Hochschulkliniken sind durchaus in der Lage, die zum Betrieb von universitären Kliniken notwendigen Bauten mit eigenen Mitteln zu erstellen. In diesen Kantonen besteht dazu auch ein breiter Wille und politischer Konsens.

Aufgrund meiner Erfahrung aus mehrjähriger Mitwirkung in einem Kanton mit Hochschulkliniken stelle ich fest, dass die vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel nicht zur Finanzierung von Notwendigem herbeigezogen, sondern für den Wunschbedarf und für Luxus eingesetzt wurden.

Wenn es darum geht, Bundesmittel in Anspruch zu nehmen, argumentiert man nicht mehr mit dem Bedürfnis, sondern man kann es beim kantonalen Finanzgeber einzig und allein mit dem Hinweis begründen, das Bedürfnis sei von Bundesseite anerkannt und bejaht worden.

So habe ich in Konkurrenzsituationen zwischen den Hochschulkantonen die überstürzte Anschaffung von Nierensteinerzürmerern, von Computertomographen, von Lasertechnik und NRM erlebt. Ich habe mir sagen lassen, dass die Schweiz dank der Zurverfügungstellung von solchen Mitteln über gleichviel Lebertransplantationsstationen verfügt wie Frankreich.

Wenn wir sagen, wir wollen einen effizienten, wirksamen Mitteleinsatz, dann kann man keine solche Finanzierung unter dem Titel «Vereinfachung des administrativen Verfahrens» beantragen. Wir müssen darauf bestehen, dass ein Bedürfnisnachweis für die Verwendung dieser Bundesmittel erbracht wird. Wir müssen darauf bestehen, dass eine Koordination unter den Sanitäts- und Erziehungsdirektoren der Kantone besteht. Aber mit der beantragten Art der Zurverfügungstellung der Mittel verhindern wir gerade die Koordination. Wir verhindern gerade eine notwendige Zusammenarbeit. Der Bund trägt mit einer solchen Finanzierungsart die Mitverantwortung für eine weitere Zersplitterung der Kräfte, und es resultiert das Gegenteil eines wirksamen Mitteleinsatzes.

Die Folgen dieser Klinikbauten, die mit Bundesmitteln erstellt werden, werden eine weitere Kostenexplosion im Gesundheitswesen und eine Prämienerrhöhung durch die Krankenkassen sein, und erneut wird ein stärkerer Ruf nach vermehrter Subvention von Gesundheitskosten der Krankenkassen erschallen. Man kann dann wieder über diese Situation lamentieren, nachdem man vorher bei der Zurverfügungstellung von Mitteln einen Investitionsschub finanziert hat, der sich nicht bedürfnisgerecht und wirksam abgespielt hat.

Aus diesen Gründen bitte ich Sie, Artikel 4 zu streichen und eine Subvention à discrétion ohne Bedarfsnachweis, ohne Koordination zu verhindern.

Die restlichen Anträge zum Beschluss H möchte ich weiter nicht mehr begründen. Sie sind eine Folge dieses Beschlusses, der hier an dieser Stelle zu fassen ist.

**Leemann Ursula (S, ZH):** Im Namen der sozialdemokratischen Fraktion bitte ich Sie, dem Antrag Weyeneth nicht zu folgen. Ich denke, es geht hier um zwei Gesichtspunkte, zum einen um die finanzpolitische Frage, auf welche Weise Beiträge des Bundes zu konzipieren und auszurichten seien; Herr Weyeneth hat seinen Antrag sehr ausführlich damit begründet. Eine möglichst effiziente Verwendung der Gelder soll garantiert sein, gleichzeitig soll der Bund aber auch die nötige Handhabe für die Steuerung und Koordination haben. Es gibt heute ganz generell Forderungen nach pauschaleren Abgeltungen, und es ist eigentlich klar, dass dort, wo Grundbedürfnisse vorhanden sind, die eigentlich nicht mehr jedesmal im einzelnen ausgewiesen werden müssten, Pauschalen sinnvoll sind. Sie motivieren die untere Ebene, in diesem Fall die Kantone, durchaus zur effizienten Verwendung der Mittel.

Wir halten deshalb die vom Bundesrat vorgeschlagene Änderung des Hochschulförderungsgesetzes in dieser Hinsicht für sinnvoll und begrüßen sie. Wenn Herr Weyeneth diese Änderung ablehnt, so zum einen darum, weil er den Bedürfnisnachweis haben will und zum zweiten befürchtet, dass mögliche Exzesse der Spitzenmedizin, der Transplantationsmedizin usw. durch pauschale Beiträge eher erleichtert würden.

Ich denke nicht, dass dies die Folge sein wird. Die knappen Kantonsfinanzen werden so oder so auf Jahre hinaus Exzesse unwahrscheinlich machen. Wir können auch davon ausgehen, dass die 13 Millionen Franken jährlich, die hier zur Diskussion stehen, nicht dazu dienen können, beliebige Exzesse zu finanzieren. Dazu ist diese Summe im Verhältnis viel zu gering.

Es ist aber auf der anderen Seite klar anzuerkennen, dass es, auch wenn der Betrag nicht riesengross ist, trotzdem um eine Senkung der Beiträge des Bundes an die Hochschulkantone geht, die bereits unter einem sehr massiven finanziellen Druck stehen. Wir beobachten bei den gesamten Hochschulausgaben der Kantone einen seit Jahren sinkenden anteilmässigen Beitrag des Bundes. Auf der anderen Seite haben wir ungebrochen steigende Studentenzahlen; Sie wissen, dass heute vor allem in der Medizin vom Numerus clausus die Rede ist. Wir halten es deshalb – abgesehen vom finanzpolitisch-technischen Aspekt – auch für absolut falsch, wenn jetzt hier diese Kürzung zulasten der Hochschulkantone vorgenommen werden sollte.

Aus diesen Gründen bitte ich Sie im Namen unserer Fraktion, den Antrag Weyeneth abzulehnen.

**Haering Binder Barbara (S, ZH),** Berichterstatterin: Der Antrag Weyeneth betrifft gleichzeitig Artikel 4 von Bundesbeschluss A und auch den Bundesbeschluss H, Änderung des Bundesgesetzes über die Hochschulförderung.

Die Höhe der Investitionsbeiträge insgesamt, d. h. sowohl jene unter Artikel 3 als auch jene unter Artikel 4, die jetzt bestritten werden, weisen gegenüber der letzten Botschaft vor vier Jahren kein Wachstum auf; das entspricht, wie bereits erwähnt, in keiner Art und Weise den Eingaben der Hochschulkonferenz. Die Hochschulkonferenz hatte hier 600 Millionen Franken beantragt; erhalten soll sie 340 Millionen Franken. Neu werden die Investitionsbeiträge aufgeteilt: Jene für Hochschulklinikbauten der Humanmedizin werden pauschaliert und auf insgesamt 52 Millionen Franken beschränkt. Umgerechnet bedeutet dies eine Reduktion dieser Bundessubvention von bisher 30 Prozent auf neu 15 Prozent, also alles andere als eine Kostenexplosion, eher eine Kostenimplosion. Die Pauschalierung dieser Beiträge entspricht im übrigen einem alten Anliegen auch aus unserem Rat und dem Wunsch, die personalaufwendigen Überprüfungsarbeiten, die sich aus dem alten System der anteilmässigen und projektbezogenen Finanzierung ergaben, zu reduzieren.

Nicht im Namen, aber im Sinne der Kommission bitte ich Sie deshalb, den Antrag Weyeneth abzulehnen.

**Le président:** Les groupes démocrate-chrétien, radical-démocratique, AdI/PEP et écologiste communiquent qu'ils rejeteront la proposition Weyeneth.

**Scheurer Rémy (L, NE),** rapporteur: La Conférence universitaire suisse avait demandé un crédit de 2,216 milliards de francs pour les subventions de base et les subventions aux investissements. Cette somme a été ramenée à 1,656 milliard de francs, cela dit pour vous montrer la pression exercée déjà par le Conseil fédéral sur les subventions aux hautes écoles.

En ce qui concerne plus particulièrement la subvention aux investissements et la proposition Weyeneth, je remarque tout d'abord un élément formel, c'est que la proposition aurait dû toucher aussi l'article 3 qui fait allusion à ces subventions forfaitaires pour les travaux de construction de cliniques universitaires.

Sur le fond, je vous demande de repousser cette proposition. Je peux le faire au nom de la commission, qui a accepté le projet à l'unanimité, et parce que la commission a souligné l'intérêt qu'il y avait à introduire des subventions forfaitaires dans un certain nombre de domaines. Elle a même souhaité que l'exemple des subventions forfaitaires aux travaux de construction de cliniques universitaires de médecine humaine ne reste pas un cas isolé, mais que l'on aille plutôt vers la généralisation de ce système, et cela pour des raisons de simplification administrative à plusieurs niveaux: d'une part, parce qu'il

est très difficile de déterminer dans les constructions universitaires ce qui est véritablement du domaine universitaire et ce qui est du domaine hospitalier et, d'autre part, parce que l'octroi de ces subventions de contrôle des opérations demande un travail administratif considérable. D'ailleurs, et M<sup>me</sup> le rapporteur de langue allemande l'a dit, avec le système proposé de subventions forfaitaires, l'engagement financier de la Confédération sera inférieur à ce qu'il était jusqu'à présent.

Notre Commission des finances et la Commission de gestion avaient elles aussi fait en son temps des propositions qui allaient dans le même sens. C'est donc un système plus souple, moins paperassier qui nous est proposé.

Je vous demande de repousser la proposition Weyeneth.

**Dreifuss Ruth**, conseillère fédérale: Dans son intervention, M. Weyeneth a souligné que c'était la subvention elle-même qu'il mettait en cause et, subsidiairement, le caractère forfaitaire de cette subvention.

Vous avez vu qu'il y a une tendance à la réduire, il y a effectivement des investissements importants qui ont été faits dans le passé. Nous devons en tenir compte, mais cela ne signifie pas qu'il n'y ait plus de besoins dans le domaine de la construction de cliniques universitaires, et j'aimerais très clairement dire ici que le système forfaitaire ne signifie pas que cette question du besoin est évacuée. Ce sont bien sûr des investissements qui doivent correspondre à des améliorations des infrastructures nécessaires, notamment à cause des progrès de la médecine, des nouvelles installations qui demandent, elles aussi, dans ce cas, d'avoir de nouveaux bâtiments où les abriter.

Il est très important, surtout maintenant, que nous restions les partenaires fiables des cantons que nous avons été dans le passé; que nous ne changions pas d'attitude et que nous ne refusions pas de reconnaître que les cliniques universitaires ont un caractère mixte, qu'elles sont à la fois lieu de soins et lieu de formation et de recherche. Que nous ne changions pas d'attitude au moment même où, par la loi sur l'assurance-maladie, nous voulons imposer aux cantons plus de transparence, plus de clarté, par rapport à l'effort qu'ils font et à l'effort que doivent faire les patients et les assurés.

Il est très important que nous essayions de faire la part des soins, d'un côté, qui doivent être à la charge des cantons, et, de l'autre, des assurances-maladie, et de l'éducation et de la recherche, qui peuvent être portées conjointement par les cantons et la Confédération, mais pour un volume plus faible que ce n'était le cas dans le passé.

Quant au caractère forfaitaire que nous souhaitons introduire, voyez-y le souci très réel de ne pas multiplier des démarches administratives ou bureaucratiques inutiles. Actuellement, les offices concernés sont, en plus des autorités cantonales, le Bureau des constructions universitaires de la Conférence universitaire suisse, le Conseil de la Conférence universitaire suisse, l'Office des constructions fédérales, l'Office fédéral de l'éducation et de la science, éventuellement le Conseil suisse de la science et le Contrôle fédéral des finances. Il serait sensé de mettre de l'ordre là-dedans et, une fois que la preuve du besoin a été établie, de confier à un seul office le soin de prendre cette décision et donc de procéder à une subvention forfaitaire. Nous sommes là en harmonie avec les demandes du Parlement, mais également avec la nouvelle loi sur les subventions.

Je vous prie donc de repousser la proposition Weyeneth.

#### Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission	113 Stimmen
Für den Antrag Weyeneth	24 Stimmen

#### Art. 5

##### Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

##### Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

#### Namentliche Gesamtabstimmung

Vote sur l'ensemble, par appel nominal

(Ref.: 1386)

#### Für Annahme des Entwurfes stimmen – Acceptent le projet:

Allenspach, Bär, Baumann Ruedi, Baumann Stephanie, Bäumlín, Béguelin, Bezzola, Binder, Bircher Peter, Bischof, Bodenmann, Bonny, Borel François, Borradori, Brügger Cyrill, Bugnon, Bühlmann, Bundi, Bürgi, Camponovo, Carobbio, Caspar-Hutter, Chevallaz, Cincera, Columberg, Comby, Cornaz, Couchepin, Darbellay, de Dardel, Dettling, Dormann, Ducret, Duvoisin, Eggenberger, Eggly, Engler, Epiney, Fankhauser, Fasel, Fehr, Fischer-Hägglingen, Fischer-Seengen, Friderici Charles, Gadiant, Giezendanner, Giger, Goll, Gonseth, Graber, Grendelmeier, Gros Jean-Michel, Grossenbacher, Gysin, Haering Binder, Hafner Ursula, Hämmerle, Hari, Hegetschweiler, Hess Otto, Hildbrand, Hollenstein, Jäggi Paul, Jeanprêtre, Jöri, Kern, Kühne, Leemann, Leu Josef, Leuba, Leuenberger Ernst, Leuenberger Moritz, Loeb François, Maeder, Mamie, Matthey, Mauch Ursula, Maurer, Meier Samuel, Meyer Theo, Misteli, Moser, Mühlemann, Müller, Narbel, Neuenschwander, Ostermann, Philipona, Pini, Raggenbass, Reimann Maximilian, Ruckstuhl, Ruf, Ruffy, Rutishauser, Sandoz, Savary, Schenk, Scherrer Jürg, Scheurer Rémy, Schmid Peter, Schmidhalter, Schmied Walter, Schnider, Schweingruber, Segmüller, Singeisen, Spoerry, Stalder, Stamm Judith, Steffen, Steiger Hans, Steiner Rudolf, Theubet, Tschopp, Tschuppert Karl, Vollmer, Wanner, Weder Hansjürg, Wiederkehr, Wittenwiler, Wyss William, Zisyadis, Zwahlen, Zwygart (125)

#### Der Stimme enthalten sich – S'abstiennent:

Rychen, Scherrer Werner, Weyeneth (3)

#### Stimmen nicht – Ne votent pas:

Aguet, Aregger, Aubry, Baumberger, Berger, Blatter, Blocher, Borer Roland, Bortoluzzi, Brunner Christiane, Bühler Gerold, Caccia, Cavadini Adriano, Danuser, David, Deiss, Diener, Dreher, Dünki, Eymann Christoph, von Felten, Fischer-Sursee, Frey Walter, Fritschi Oscar, Früh, Gobet, Gross Andreas, Heberlein, Herczog, Hess Peter, Hubacher, Iten Joseph, Jaeger, Jenni Peter, Keller Anton, Keller Rudolf, Ledergerber, Lepori Bonetti, Maître, Marti Werner, Maspoli, Mauch Rolf, Meier Hans, Miesch, Nabholz, Nebiker, Oehler, Perey, Pidoux, Poncet, Rechsteiner, Robert, Rohrbasser, Schmid Samuel, Seiler Hanspeter, Seiler Rolf, Sieber, Spielmann, Stamm Luzi, Steinegger, Steinemann, Strahm Rudolf, Stucky, Suter, Thür, Tschäppät Alexander, Vetterli, Wick, Zbinden, Ziegler Jean, Züger (71)

#### Präsident, stimmt nicht – Président, ne vote pas:

Frey Claude (1)

#### B. Bundesbeschluss über Sondermassnahmen zur Förderung des akademischen Nachwuchses in den Jahren 1992–1995

#### B. Arrêté fédéral relatif à des mesures spéciales visant à encourager la relève universitaire durant les années 1992–1995

**Haering Binder Barbara** (S, ZH), Berichterstatterin: Die Kommission beantragt Ihnen einstimmig, auf den Bundesbeschluss über Sondermassnahmen zur Förderung des akademischen Nachwuchses in den Jahren 1992–1995 einzutreten und ihm zuzustimmen.

Ziel dieser Sondermassnahmen ist es, einen Beitrag zur Lösung eines der vordringlichsten Probleme der aktuellen Hochschulpolitik zu leisten, nämlich einen kompetenten professoralen Nachwuchs aufzubauen, was angesichts der anstehenden Emeritierungswelle von grosser Bedeutung ist.

Diese Sondermassnahmen haben sich in den letzten vier Jahren bewährt, und der geforderte Frauenanteil von einem Drittel konnte erfreulicherweise von Anfang an übertroffen werden. Ein Beispiel, dass Quoten effiziente Frauenförderungsmassnahmen sein können. Die Forderung «cherchez la femme» kann durchaus zum Ziele führen.

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen*  
*L'entrée en matière est décidée sans opposition*

*Detailberatung – Discussion par articles*

#### **Titel und Ingress, Ziff. I, II**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

#### **Titre et préambule, ch. I, II**

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

*Namentliche Gesamtabstimmung*

*Vote sur l'ensemble, par appel nominal*

(Ref.: 1387)

*Für Annahme des Entwurfes stimmen – Acceptent le projet:*

Aguet, Baumann Ruedi, Baumann Stephanie, Bäumlün, Béguelin, Berger, Binder, Bircher Peter, Borel François, Bortoluzzi, Brügger Cyrill, Bugnon, Bühlmann, Bundi, Bürgi, Campovovo, Carobbio, Caspar-Hutter, Chevallaz, Columberg, Comby, Cornaz, Darbellay, de Dardel, Deiss, Dettling, Dormann, Ducret, Duvoisin, Eggenberger, Eggly, Engler, Eymann Christoph, Fankhauser, Fehr, Fischer-Häggingen, Fischer-Seengen, Gadiet, Gonseth, Graber, Grendelmeier, Gros Jean-Michel, Grossenbacher, Gysin, Haering Binder, Hafner Ursula, Hämmerle, Hari, Hess Otto, Jäggi Paul, Jeanprêtre, Jöri, Kern, Kühne, Leemann, Leu Josef, Leuba, Leuenberger Ernst, Leuenberger Moritz, Loeb François, Maeder, Mamie, Matthey, Mauch Rolf, Mauch Ursula, Maurer, Meier Samuel, Meyer Theo, Misteli, Müller, Narbel, Nebiker, Neuenschwander, Ostermann, Perey, Philipona, Pini, Raggenbass, Reimann Maximilian, Ruckstuhl, Ruf, Rychen, Sandoz, Savary, Schenk, Scherrer Jürg, Scherrer Werner, Scheurer Rémy, Schmid Peter, Schmidhalter, Schmied Walter, Schneider, Schweingruber, Singeisen, Spoerry, Stamm Judith, Steffen, Steiger Hans, Theubet, Thür, Tschopp, Tschuppert Karl, Vetterli, Vollmer, Wanner, Weder Hansjürg, Weyeneth, Wittenwiler, Wyss William, Zwygart (110)

*Stimmen nicht – Ne votent pas:*

Allenspach, Aregger, Aubry, Bär, Baumberger, Bezzola, Bischof, Blatter, Blocher, Bodenmann, Bonny, Borer Roland, Borradori, Brunner Christiane, Bühler Gerold, Caccia, Cavadini Adriano, Cincera, Couchepin, Danuser, David, Diener, Dreher, Dünki, Epiney, Fasel, von Felten, Fischer-Sursee, Frey Walter, Friderici Charles, Fritschi Oscar, Früh, Giezendanner, Giger, Gobet, Goll, Gross Andreas, Heberlein, Hegetschweiler, Herczog, Hess Peter, Hildbrand, Hollenstein, Hubacher, Iten Joseph, Jaeger, Jenni Peter, Keller Anton, Keller Rudolf, Ledergerber, Lepori Bonetti, Maitre, Marti Werner, Maspoli, Meier Hans, Miesch, Moser, Mühlemann, Nabholz, Oehler, Pidoux, Poncet, Rechsteiner, Robert, Rohrbasser, Ruffy, Rutishauser, Schmid Samuel, Segmüller, Seiler Hanspeter, Seiler Rolf, Sieber, Spielmann, Stalder, Stamm Luzi, Steinegger, Steinemann, Steiner Rudolf, Strahm Rudolf, Stucky, Suter, Tschäppät Alexander, Wick, Wiederkehr, Zbinden, Ziegler Jean, Zisyadis, Züger, Zwahlen (89)

*Präsident, stimmt nicht – Président, ne vote pas:*

Frey Claude

(1)

#### **C. Bundesbeschluss über Sondermassnahmen zugunsten der universitären Weiterbildung**

#### **C. Arrêté fédéral relatif à des mesures spéciales en faveur de la formation continue au niveau universitaire**

*Antrag der Kommission*

Eintreten

*Antrag Sandoz*

Nichteintreten

*Proposition de la commission*

Entrer en matière

*Proposition Sandoz*

Ne pas entrer en matière

**Sandoz Suzette (L, VD):** Ma proposition de non-entrée en matière ne marque aucune opposition ni aux universités, vous le pensez bien, ni à la formation, vous le devinez, ni même d'ailleurs à la formation continue bien qu'elle ne soit pas, à mon avis et contrairement à des avis exprimés que l'on trouve dans le message, la tâche prioritaire des universités. Ma proposition n'est pas non plus une opposition à la recherche, bien au contraire, et je soutiendrai tout à l'heure la majorité en ce qui concerne l'arrêté F.

Si j'ai déposé une proposition de ne pas entrer en matière, c'est parce qu'il y a en réalité, en rapport avec cet arrêté, une question de cohérence du Parlement qui se pose. L'arrêté que l'on vous propose de prolonger comporte, actuellement, un article 3 lettre c qui prévoit que les fonds qui ont été accordés jusqu'à présent, et qui doivent l'être d'ailleurs jusqu'à la fin de l'année prochaine, – nous ne sommes donc pas du tout en train de couper quoi que ce soit de promis – ne le sont que s'il y a une garantie, fournie par les universités, qu'à l'expiration dudit arrêté, c'est-à-dire au-delà du 31 décembre 1996, ce sont les subventions ordinaires fondées sur la loi sur l'aide aux universités et sur la loi sur la recherche qui continueront à assurer les tâches de formation entreprises.

Si vous lisez le message de 1989 commentant cet article 3 lettre c, vous verrez qu'on y insistait sur le fait qu'un plan financier doit être fourni par les universités, montrant de quelle manière seront utilisées les subventions pendant les six ans, de façon qu'à l'expiration de l'arrêté, il n'y ait pas de subventions nécessaires, encore une fois, autres que celles que l'on peut recevoir par le biais de la loi sur l'aide aux universités ou de la loi sur la recherche.

Or, ce que l'on nous propose en ce moment, c'est en réalité de corriger indirectement, en prolongeant l'arrêté, les mesures d'assainissement qui ont été prises et qui représentent une diminution – diminution prévue, annoncée et planifiée – des montants accordés aux universités ou aux hautes écoles. Mais en l'occurrence, les hautes écoles ne sont pas concernées par cette prolongation.

Autrement dit, il y a une sorte de «truc» qui est lié à cette prolongation: ce qui, parce que nous avons décidé des mesures d'assainissement, ne peut pas passer par d'autres lois, va être réintroduit par la prolongation d'un arrêté que nous nous étions en un sens engagés à ne pas prolonger, et ceci en pleine connaissance des intéressés.

Refuser donc de prolonger l'arrêté ne serait pas reporter sur les universités une tâche que la Confédération se serait engagée à accomplir, puisque, précisément, elle s'était engagée, par nous, à ne pas aller au-delà de ces six ans. Cela équivaudrait simplement, je le répète, à corriger, par une sorte de «truc», des décisions d'assainissement que nous avons prises.

Cette manière de procéder n'est pas rigoureuse, ne correspond pas à la démarche d'un Parlement que le peuple et les cantons viennent d'ailleurs d'encourager expressément à être rigoureux lorsqu'il s'agit de décider des dépenses.

C'est au nom d'une rigueur, d'une logique – puisque nous nous étions engagés à imposer, après les six ans, la reprise de certaines charges par la loi sur l'aide aux universités et par la loi sur la recherche – que je vous invite à ne pas prolonger l'ar-

rête et, par conséquent, à ne pas voter non plus l'arrêté D qui lui est lié.

**Grossenbacher Ruth (C, SO):** Ich bin fest davon überzeugt, dass in allen Bereichen der Bildung und der Ausbildung eine Weiterbildung zwingend ist. In unserer schnelllebigen Zeit kann niemand mehr, in welchem Beruf er auch steht, auf dem einst Gelernten ausruhen, weder Handwerker noch Akademiker.

Mit dem Bundesbeschluss vom 23. März 1990 hat deshalb eine bedeutende Entwicklung der Weiterbildung an den schweizerischen Hochschulen einen Anfang gefunden. Seit her haben 7000 Personen an Weiterbildungsstudien, die von den Universitäten veranstaltet wurden, teilgenommen. Es ist richtig, dass die Massnahmen bis 1996 begrenzt waren. Der Bundesrat sieht nur vor, die Beiträge für die Weiterbildungsstellen, die an den Universitäten eingerichtet worden sind, bis längstens 1999, also um drei Jahre, und dazu noch degressiv, weiterzuführen. Diese Weiterbildungsstellen sind verantwortlich für die Organisation und die Durchführung aller Weiterbildungsmassnahmen an den Universitäten. Sie haben sich insgesamt sehr gut bewährt. Sie wurden von einer internationalen Expertengruppe im Hinblick auf diese Botschaft evaluiert. Diese Evaluation hat ergeben, dass eine Verlängerung der Bundeshilfe bis längstens 1999 wichtig ist, weil sie erlaubt, die Weiterbildung an unseren Hochschulen endgültig zu etablieren. Zugegeben: Die Einrichtung dieser Weiterbildungsstellen hat etwas mehr Zeit beansprucht als ursprünglich vorgesehen war. Es war schwierig, geeignetes Personal zu finden. Auch mussten Konzepte für die Arbeit dieser Stellen, die ja neu waren, in Zusammenarbeit mit vielen interessierten Kreisen der Hochschulen, der Wirtschaft und anderer Interessenten erst entwickelt werden. Es ist aber zu beachten, dass keine Beiträge mehr für Weiterbildungskurse und für Studiengänge gewährt werden. Diese sollen in Zukunft selbsttragend sein.

Die CVP-Fraktion beantragt Ihnen deshalb Ablehnung des Antrages Sandoz auf Nichteintreten.

**Schmid Peter (G, TG):** Frau Sandoz, ich unterstelle Ihnen nicht, dass Sie etwas gegen Weiterbildung haben, aber Ihr Antrag kann natürlich in dem Sinne verstanden werden.

Ich finde es sehr wichtig, dass wir immer wieder darauf hinweisen, dass Weiterbildung kein Luxus, sondern das Selbstverständlichste der Welt ist. Man ist schliesslich nie fertig ausgebildet. Bildung ist ein dauernder Prozess.

Ich denke, es ist darum wichtig, dass wir jetzt diese Unterstützung der Weiterbildung noch verlängern. Offenbar gibt es da in bestimmten Bereichen Schwierigkeiten. Die Weiterbildung wird ja dann zu einem späteren Zeitpunkt ohnehin von den Hochschulen selber finanziert. Gerade wenn wir dieser Weiterbildung ihren richtigen Stellenwert geben wollen, sollten wir, glaube ich, diese Überbrückung jetzt noch einmal leisten, damit dies dann im breiten Mass zum Tragen kommt.

**Haering Binder Barbara (S, ZH),** Berichterstatterin: Die gesamte Entwicklung von Ausbildung und Bildung zeigt einen deutlichen Trend hin zu kürzeren und modulartig aufgebauten Ausbildungsgängen; dies ist mit der Forderung nach rekurrenter Bildung, d. h. nach Weiterbildung bis ins Seniorenalter, verbunden. Diese Forderungen gelten insbesondere auch für die Ebene der Universitäten. Kürzere Grundstudien werden überall gefordert, aber sie müssen mit einem vielfältigen Weiterbildungsangebot verbunden sein.

Lassen Sie mich drei weitere Argumente zugunsten der Fortführung der universitären Weiterbildung anführen.

1. Es gibt Weiterbildungsbereiche, in welchen private Anbieterinnen und Anbieter nicht aktiv sein können, weil das Thema zwar gesellschaftlich oder wirtschaftlich wichtig, die Gruppe der anzusprechenden Personen jedoch zu klein ist, um den Entwicklungsaufwand für diese Kurse zu amortisieren. Die Beispiele liegen hier im Bereich des Bildungsmanagements, des Gesundheitswesens oder – um ein ganz anderes Beispiel zu nennen – der Museologie. Aus betriebswirtschaftlichen Gründen können in diesen Bereichen keine Weiterbildungskurse auf privatwirtschaftlicher Basis angeboten werden.

2. Weiterbildungsangebote im Rahmen dieser Sondermassnahmen sind nachfrageorientiert, sie sind transparent sowie projektbezogen finanziert. Dies sind Strukturelemente, von denen ich hoffe, dass sie innerhalb der Hochschulen, innerhalb der Fakultäten ausstrahlen und Nachahmung finden werden.

3. Weiterbildungswillige erwarten von diesen Kursen mehr als Studierende im Grundstudium. Die Fakultäten benötigen deshalb eine Unterstützung, eine fachspezifische, fachdidaktische Unterstützung durch die Koordinationsstellen der universitären Weiterbildung.

Der Kostendeckungsgrad dieser Weiterbildungskurse ist von Universität zu Universität sehr verschieden. In Bern ist der Kostendeckungsgrad etwa so hoch, dass die Kosten für die Lehrverpflichtungen gedeckt werden. Die Universität Lausanne, die Sie, Madame Sandoz, natürlich am besten kennen, ist in dieser Beziehung leider kein Musterbeispiel. Ich danke, Madame Sandoz, allein die Tatsache, dass ein Beschluss einmal befristet wurde, spricht noch nicht gegen seine Verlängerung, sonst hätten Sie allenfalls auch bei der Verlängerung des Bundesbeschlusses B über Sondermassnahmen zur Förderung des akademischen Nachwuchses in den Jahren 1992 bis 1995 den gleichen Antrag stellen müssen.

Im Namen der Kommission bitte ich Sie deshalb, den Antrag Sandoz abzulehnen.

**Scheurer Rémy (L, NE),** rapporteur: Avec la proposition Sandoz, la formation continue serait touchée, mais il est vrai qu'elle n'est pas visée par cette proposition.

Le Parlement avait voté un arrêté fédéral qui, du 1er octobre 1990 au 31 décembre 1996, instituait un subventionnement pour les cours de formation continue et pour leur administration. L'arrêté, qui arrivera à expiration à la fin de 1996, permettait donc, d'une part, de subventionner les cours de formation continue et, d'autre part, de mettre en place les services de formation continue dans les universités. Il est vrai que l'arrêté devait se terminer à cette date et qu'il devait y avoir reprise de l'ensemble par les universités. Cela n'a pas pu être fait, non pas par mauvaise volonté, mais pour des raisons financières évidentes.

Ce n'est pas par un truc ni par une entourloupe qu'on en est arrivé à la solution qui vous est proposée. Il y a réduction, maintenant, de l'engagement de la Confédération. Les cours de formation complémentaire devront, en principe, être autofinancés, et ce qui dépassera sera à la charge des universités, donc des cantons. Ce sont les services de formation qui continueront à être subventionnés de manière décroissante: 11,5 millions de francs pour la période de trois ans; 4,5 millions de francs en 1997; 4 millions de francs en 1998; 3 millions de francs en 1999. A ce moment-là, il y aura cessation de l'appui de la Confédération.

Quelles que soient les réserves faites par M<sup>me</sup> Sandoz, je pense qu'il est de la compétence du Parlement de prolonger un arrêté qu'il avait décidé, même dans d'autres conditions, en 1990, et que nous pouvons prendre maintenant cette décision jusqu'à la fin de 1999. De toute manière, c'est à l'unanimité que la commission avait accepté l'arrêté fédéral C et l'arrêté fédéral D qui dépend de lui.

Je vous invite donc à repousser la proposition Sandoz.

**Le président:** Le groupe du Parti de la liberté soutient la proposition de non-entrée en matière Sandoz.

**Sandoz Suzette (L, VD):** Je ne comprends pas pourquoi M<sup>me</sup> Haering Binder, tout à l'heure, s'est permis une attaque dirigée contre l'Université de Lausanne alors que nous sommes en train de parler simplement d'une procédure parlementaire de décision de prolongation ou non d'un arrêté fédéral dont nous avions prévu à l'origine qu'il ne se prolongeait pas. Je trouve la remarque de M<sup>me</sup> Haering Binder parfaitement déplacée et parfaitement déloyale.

**Dreifuss Ruth,** conseillère fédérale: J'ai peu de choses à ajouter à l'appui du rejet de la proposition Sandoz, sinon ceci. Nous avons procédé à une évaluation du travail des services

de formation continue dans les hautes écoles cantonales de Suisse. Nous avons évalué le rôle des services qui avaient été mis en place. Les experts arrivent à la conclusion qu'il est absolument nécessaire de soutenir les services de coordination des universités après 1996. Ils ont mis, très clairement, en valeur le rôle de ces services de formation continue qui, j'en suis persuadée, correspondent aussi à la volonté politique du Parlement. Ils permettent non seulement de cerner les besoins des publics, d'évaluer les manifestations de formation continue, de conseiller les producteurs et les consommateurs d'enseignement de formation continue, mais ils représentent, aussi, un élément de liaison important entre le monde professionnel, tourné vers la pratique, et le monde de la science, plus proche de la théorie. Ils créent donc des points de contact pour rendre possible et favoriser le transfert de savoir de l'université vers la pratique et inversement.

Nous pensons donc qu'en interrompant ce financement de façon abrupte, réduit cette fois-ci aux services de coordination, nous mettrions en danger des investissements du passé qui se retrouveraient dépourvus de sens. Certaines universités abandonneraient cette tâche, qui est reconnue de plus en plus comme une tâche fondamentale, mais qui, au fond, s'établit à un moment où les moyens cantonaux à disposition pour cet enrancement sont trop faibles. Nous agissons ainsi dans le respect d'une autre fiabilité que celle que vous avez évoquée à la tribune, celle de ce partenariat Confédération/cantons, pour la mise en place et la capacité d'assumer les tâches fondamentales dans ce domaine.

Je vous invite à nous autoriser à poursuivre ce financement; il est limité dans le temps, il est dégressif et il se concentre uniquement sur ces services centraux et non plus sur les cours qui, eux, sont autofinancés.

#### *Abstimmung – Vote*

Für den Antrag der Kommission	80 Stimmen
Für den Antrag Sandoz	28 Stimmen

**Le président:** Ce vote sera également valable pour l'arrêté D.

#### *Detailberatung – Discussion par articles*

#### **Titel und Ingress, Ziff. I, II**

*Antrag der Kommission*  
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

#### **Titre et préambule, ch. I, II**

*Proposition de la commission*  
Adhérer au projet du Conseil fédéral

#### *Angenommen – Adoptés*

#### *Namentliche Gesamtabstimmung*

*Vote sur l'ensemble, par appel nominal*  
(Ref.: 1388)

#### *Für Annahme des Entwurfes stimmen – Acceptent le projet:*

Allenspach, Aregger, Bär, Baumann Ruedi, Baumann Stephanie, Bäumlín, Béguelin, Berger, Bezzola, Binder, Bircher Peter, Borel François, Brügger Cyrill, Bugnon, Bühlmann, Bundi, Bürgi, Carobbio, Caspar-Hutter, Chevallaz, Cincera, Cumberg, Comby, Cornaz, Couchepin, Danuser, Darbellay, Dettling, Dormann, Ducret, Duvoisin, Eggenberger, Eymann Christoph, Fankhauser, Fasel, Fehr, Fischer-Hägglingen, Fischer-Seengen, Gadiant, Goll, Gonseth, Graber, Grendelmeier, Grossenbacher, Haering Binder, Hafner Ursula, Hämmerle, Hari, Hegetschweiler, Hess Otto, Hildbrand, Hollenstein, Iten Joseph, Jeanprêtre, Jöri, Leemann, Leuenberger Ernst, Loeb François, Maeder, Mamie, Matthey, Meyer Theo, Misteli, Nebiker, Neuschwander, Ostermann, Perey, Philippina, Pini, Ruckstuhl, Ruffy, Rychen, Savary, Schenk, Scheurer Rémy, Schmid Peter, Schmidhalter, Schnider, Schweingruber, Segmüller, Steiger Hans, Steinegger, Steiner Rudolf, Tschopp, Vetterli, Vollmer, Wanner, Weder Hansjürg, Wiederkehr, Wittenwiler, Wyss William, Züger, Zwahlen, Zwyzgart (94)

#### *Dagegen stimmen – Rejetent le projet:*

Bortoluzzi, Dreher, Frey Walter, Friderici Charles, Gysin, Kern, Leuba, Mauch Rolf, Maurer, Müller, Reimann Maximilian, Sandoz, Scherrer Jürg (13)

#### *Der Stimme enthalten sich – S'abstiennent:*

Eggly, Fritschi Oscar, Narbel (3)

#### *Stimmen nicht – Ne votent pas:*

Aguet, Aubry, Baumberger, Bischof, Blatter, Blocher, Bodenmann, Bonny, Borer Roland, Borradori, Brunner Christiane, Bühler Gerold, Caccia, Camponovo, Cavadini Adriano, de Dardel, David, Deiss, Diener, Dünki, Engler, Epiney, von Felten, Fischer-Sursee, Früh, Giezendanner, Giger, Gobet, Gros Jean-Michel, Gross Andreas, Heberlein, Herczog, Hess Peter, Hubacher, Jaeger, Jäggi Paul, Jenni Peter, Keller Anton, Keller Rudolf, Kühne, Ledergerber, Lepori Bonetti, Leu Josef, Leuenberger Moritz, Maître, Marti Werner, Maspoli, Mauch Ursula, Meier Hans, Meier Samuel, Miesch, Moser, Mühlemann, Nabholz, Oehler, Pidoux, Poncet, Ragenbass, Rechsteiner, Robert, Rohrbasser, Ruf, Rutishauser, Scherrer Werner, Schmid Samuel, Schmied Walter, Seiler Hanspeter, Seiler Rolf, Sieber, Singeisen, Spielmann, Spoerry, Stalder, Stamm Judith, Stamm Luzi, Steffen, Steinemann, Strahm Rudolf, Stucky, Suter, Theubet, Thür, Tschäppät Alexander, Tschuppert Karl, Weyeneth, Wick, Zbinden, Ziegler Jean, Zisyadis (89)

#### *Präsident, stimmt nicht – Président, ne vote pas:*

Frey Claude (1)

#### **D. Bundesbeschluss über die Finanzierung der Sondermassnahmen zugunsten der universitären Weiterbildung D. Arrêté fédéral relatif au financement des mesures spéciales en faveur de la formation continue au niveau universitaire**

*Antrag der Kommission*  
Eintreten

*Antrag Sandoz*  
Nichteintreten

*Proposition de la commission*  
Entrer en matière

*Proposition Sandoz*  
Ne pas entrer en matière

**Le président:** L'entrée en matière est adoptée à la suite du rejet de la proposition Sandoz à l'arrêté C.

*Angenommen gemäss Antrag der Kommission*  
*Adopté selon la proposition de la commission*

#### *Detailberatung – Discussion par articles*

#### **Titel und Ingress, Art. 1–3**

*Antrag der Kommission*  
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

#### **Titre et préambule, art. 1–3**

*Proposition de la commission*  
Adhérer au projet du Conseil fédéral

#### *Angenommen – Adopté*

#### *Namentliche Gesamtabstimmung*

*Vote sur l'ensemble, par appel nominal*  
(Ref.: 1389)

#### *Für Annahme des Entwurfes stimmen – Acceptent le projet:*

Allenspach, Aregger, Bär, Baumann Ruedi, Baumann Stephanie, Bäumlín, Béguelin, Berger, Bezzola, Binder, Bircher Peter, Borel François, Brügger Cyrill, Bugnon, Bühlmann, Bundi,

Bürgi, Carobbio, Chevallaz, Cincera, Columberg, Comby, Cornaz, Couchepin, Danuser, Darbellay, Dettling, Dormann, Ducret, Duvoisin, Eggenberger, Eymann Christoph, Fankhauser, Fasel, Fehr, Fischer-Hägglingsen, Fischer-Seengen, Fritschi Oscar, Gadiant, Goll, Gonseth, Graber, Grendelmeier, Grossenbacher, Gysin, Haering Binder, Hafner Ursula, Hämmerle, Hari, Hegetschweiler, Hess Otto, Hildbrand, Hollenstein, Iten Joseph, Jeanprêtre, Leemann, Leuenberger Ernst, Loeb François, Maeder, Mamie, Matthey, Meyer Theo, Misteli, Nebiker, Ostermann, Perey, Philipona, Pini, Reimann Maximilian, Ruckstuhl, Ruffy, Rythen, Savary, Scheurer Rémy, Schmid Peter, Schmidhalter, Schnider, Schweingruber, Segmüller, Stamm Luzi, Steiger Hans, Steinegger, Steiner Rudolf, Stucky, Tschopp, Tschuppert Karl, Vetterli, Vollmer, Wanner, Weder Hansjürg, Wittenwiler, Wyss William, Züger, Zwahlen, Zwygart (95)

*Dagegen stimmen – Rejetent le projet:*

Bortoluzzi, Dreher, Frey Walter, Friderici Charles, Kern, Mauch Rolf, Maurer, Sandoz, Scherrer Jürg (9)

*Der Stimme enthalten sich – S'abstiennent:*

Eggly, Leuba, Narbel (3)

*Stimmen nicht – Ne votent pas:*

Aguet, Aubry, Baumberger, Bischof, Blatter, Blocher, Bodenmann, Bonny, Borer Roland, Borradori, Brunner Christiane, Bühler Gerold, Caccia, Camponovo, Caspar-Hutter, Cavadini Adriano, de Dardel, David, Deiss, Diener, Dünki, Engler, Epiney, von Felten, Fischer-Sursee, Früh, Giezendanner, Giger, Gobet, Gros Jean-Michel, Gross Andreas, Heberlein, Herczog, Hess Peter, Hubacher, Jaeger, Jäggi Paul, Jenni Peter, Jöri, Keller Anton, Keller Rudolf, Kühne, Ledergerber, Lepori Bonetti, Leu Josef, Leuenberger Moritz, Maitre, Marti Werner, Maspoli, Mauch Ursula, Meier Hans, Meier Samuel, Miesch, Moser, Mühlemann, Müller, Nabholz, Neuenschwander, Oehler, Pidoux, Poncet, Raggenbass, Rechsteiner, Robert, Rohrbasser, Ruf, Rutishauser, Schenk, Scherrer Werner, Schmid Samuel, Schmied Walter, Seiler Hanspeter, Seiler Rolf, Sieber, Singeisen, Spielmann, Spoerry, Stalder, Stamm Judith, Steffen, Steinemann, Strahm Rudolf, Suter, Theubet, Thür, Tschäppät Alexander, Weyeneth, Wick, Wiederkehr, Zbinden, Ziegler Jean, Zisyadis (92)

*Präsident, stimmt nicht – Président, ne vote pas:*

Frey Claude (1)

**E. Bundesbeschluss über die Kredite für die Institutionen der Forschungsförderung in den Jahren 1996–1999**

**E. Arrêté fédéral relatif aux crédits alloués pendant la période 1996–1999 aux institutions chargées d'encourager la recherche**

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen  
L'entrée en matière est décidée sans opposition*

*Detailberatung – Discussion par articles*

**Titel und Ingress, Art. 1–4**

*Antrag der Kommission  
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates*

**Titre et préambule, art. 1–4**

*Proposition de la commission  
Adhérer au projet du Conseil fédéral*

*Angenommen – Adopté*

*Namentliche Gesamtabstimmung*

*Vote sur l'ensemble, par appel nominal  
(Ref.: 1390)*

*Für Annahme des Entwurfes stimmen – Acceptent le projet:*

Aguet, Allenspach, Bär, Baumann Ruedi, Baumann Stephanie, Bäumlín, Berger, Bezzola, Binder, Bircher Peter, Borel François, Bortoluzzi, Brügger Cyrill, Bugnon, Bühlmann, Bundi, Bürgi, Carobbio, Chevallaz, Cincera, Columberg, Comby, Cornaz, Couchepin, Danuser, Darbellay, Deiss, Dettling, Dormann, Ducret, Duvoisin, Eggenberger, Eggly, Epiney, Eymann Christoph, Fankhauser, Fasel, Fehr, Fischer-Hägglingsen, Fischer-Seengen, Frey Walter, Friderici Charles, Fritschi Oscar, Gadiant, Goll, Gonseth, Graber, Grendelmeier, Grossenbacher, Haering Binder, Hafner Ursula, Hämmerle, Hari, Hegetschweiler, Hess Otto, Hildbrand, Hollenstein, Iten Joseph, Jeanprêtre, Kern, Leemann, Leuba, Leuenberger Ernst, Loeb François, Maeder, Mamie, Matthey, Mauch Rolf, Maurer, Meyer Theo, Misteli, Narbel, Nebiker, Ostermann, Perey, Philipona, Pini, Reimann Maximilian, Ruckstuhl, Ruffy, Rythen, Sandoz, Savary, Schenk, Scherrer Jürg, Scheurer Rémy, Schmid Peter, Schmidhalter, Schnider, Schweingruber, Segmüller, Spoerry, Stamm Luzi, Steiger Hans, Steinegger, Steiner Rudolf, Stucky, Tschopp, Tschuppert Karl, Vetterli, Vollmer, Weder Hansjürg, Wick, Wittenwiler, Wyss William, Zbinden, Züger, Zwahlen, Zwygart (109)

*Dagegen stimmen – Rejetent le projet:*

Dreher (1)

*Stimmen nicht – Ne votent pas:*

Aregger, Aubry, Baumberger, Béguelin, Bischof, Blatter, Blocher, Bodenmann, Bonny, Borer Roland, Borradori, Brunner Christiane, Bühler Gerold, Caccia, Camponovo, Caspar-Hutter, Cavadini Adriano, de Dardel, David, Diener, Dünki, Engler, von Felten, Fischer-Sursee, Früh, Giezendanner, Giger, Gobet, Gros Jean-Michel, Gross Andreas, Gysin, Heberlein, Herczog, Hess Peter, Hubacher, Jaeger, Jäggi Paul, Jenni Peter, Jöri, Keller Anton, Keller Rudolf, Kühne, Ledergerber, Lepori Bonetti, Leu Josef, Leuenberger Moritz, Maitre, Marti Werner, Maspoli, Mauch Ursula, Meier Hans, Meier Samuel, Miesch, Moser, Mühlemann, Müller, Nabholz, Neuenschwander, Oehler, Pidoux, Poncet, Raggenbass, Rechsteiner, Robert, Rohrbasser, Ruf, Rutishauser, Scherrer Werner, Schmid Samuel, Schmied Walter, Seiler Hanspeter, Seiler Rolf, Sieber, Singeisen, Spielmann, Stalder, Stamm Judith, Steffen, Steinemann, Strahm Rudolf, Suter, Theubet, Thür, Tschäppät Alexander, Wanner, Weyeneth, Wiederkehr, Ziegler Jean, Zisyadis (89)

*Präsident, stimmt nicht – Président, ne vote pas:*

Frey Claude (1)

**F. Bundesbeschluss über die Kredite für die Schwerpunktprogramme der Forschung in den Jahren 1996–1999**  
**F. Arrêté fédéral relatif aux crédits alloués pour les programmes prioritaires de recherche pendant la période 1996–1999**

**Haering Binder** Barbara (S, ZH), Berichterstatterin: Der Bundesbeschluss F bildete den klaren Schwerpunkt unserer Detailberatung.

Wie ich Ihnen bereits im Rahmen der Eintretensdebatte erklärt habe, wurden die Schwerpunktprogramme vor vier Jahren neu als Instrument der Förderung der orientierten Forschung eingeführt. In seinem Zusatzbericht zur Botschaft definiert das EDI die Zielsetzungen der Schwerpunktprogramme abstrakt wie folgt:

1. Stärkung des Forschungsplatzes Schweiz zur Förderung von Forschungsgebieten, die für die wirtschaftliche, industrielle oder gesellschaftliche Entwicklung des Landes von besonderer Bedeutung sind;
2. nachhaltige Wirkung auf Strukturen von Lehre und Forschung an den Hochschulen;

3. Vorbereitung, Unterstützung und Begleitung der Schweizer Forscher und Forscherinnen bei ihrer Teilnahme an den europäischen Forschungsprogrammen.

Die laufenden Schwerpunktprogramme sind technologischen Schlüsselthemen und der Umwelt gewidmet. Ihre Titel lauten: Leistungselektronik, Systemtechnik und Informationstechnologie; optische Wissenschaften, Anwendungen und Technologien; Werkstoffforschung; Umwelttechnologie und Umweltforschung; Biotechnologie; Informatik. Die ersten drei dieser Schwerpunktprogramme werden durch den ETH-Rat, die anderen drei durch den Schweizerischen Nationalfonds geleitet. Sie mögen sich erinnern – das Votum von Herrn Schmid Peter in der Eintretensdebatte hat daran angeknüpft –: Als wir vor vier Jahren die Schwerpunktprogramme neu einführten, standen zwei Fragen im Zentrum der Diskussion. Zum einen kürzte der Ständerat die vorgesehenen Mittel für das Schwerpunktprogramm Biotechnologie und stockte beim Programm Umwelttechnologie und Umweltforschung auf, und der Nationalrat folgte ihm in dieser Prioritätensetzung; zum anderen wurde sowohl im Ständerat wie auch im Nationalrat kritisiert, dass sich diese Schwerpunktprogramme ausschliesslich auf technologische und naturwissenschaftliche Fragestellungen beschränkten. Die Sozial- und Geisteswissenschaften gingen leer aus. Entsprechende Umverteilungsanträge wurden aber abgelehnt; dies nicht zuletzt, weil die Sozial- und Geisteswissenschaften zu jenem Zeitpunkt selber keinen konkreten Programmvorschlag vorlegen konnten.

Diese Parlamentsdebatte löste jedoch intensive Diskussionen innerhalb der Sozial- und Geisteswissenschaften aus. Es folgte die internationale Evaluation der Sozialwissenschaften, initiiert durch den Wissenschaftsrat und mit einem deplorablem Ergebnis für den Stand der Sozialwissenschaften in der Schweiz.

Die Situation heute: Mit dieser Botschaft wird uns mitgeteilt, dass das Schwerpunktprogramm Lesit seine Ziele erreicht habe. Gleichzeitig werden uns zwei neue Schwerpunktprogramme vorgeschlagen: Zum einen eine Art Fortsetzung von Lesit im Rahmen des neuen Schwerpunktprogramms Mikro- und Nanosystemtechnik – den Kurznamen haben Sie bereits in der Eintretensdebatte erfahren; er lautet Minast –; zum anderen das sozialwissenschaftliche Schwerpunktprogramm mit dem breitgefassten Titel «Zukunft Schweiz». Beide Programme entsprechen ausgewiesenen Bedürfnissen des Forschungs- und Arbeitsplatzes Schweiz. Spitzentechnologie zum einen, und zum anderen endlich auch eine Prioritätensetzung bei den Sozialwissenschaften.

Wir können nicht nur Spitzentechnologien entwickeln. Wir müssen als Gesellschaft auch wissen, wie wir mit ihnen umgehen, wie wir sie zum Nutzen aller einsetzen, wo die Grenzen ihrer Anwendung liegen – zusammengefasst: wie wir die Zukunft unseres Landes sehen. Soweit, so gut. Die Crux dieser Vorlage liegt in der Diskrepanz zwischen den Buchstaben und den Zahlen. Sowohl der ETH-Rat wie auch der Nationalfonds haben mit Nachdruck darauf hingewiesen, dass die vom Bundesrat in letzter Minute durchgeführten Kürzungen die Durchführung der Schwerpunktprogramme in der Form und in dem Sinn, wie dies in der Botschaft vorgeschlagen wird, verunmöglichen.

Die Mehrheit der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur beantragt Ihnen deshalb, diese Kredite wieder auf den ursprünglichen vom EDI beantragten Beitrag zu erhöhen, das heisst 149 Millionen Franken für die Schwerpunktprogramme, die vom Nationalfonds koordiniert werden, 146 Millionen Franken für die Schwerpunktprogramme, die unter dem ETH-Rat laufen, abzüglich unseres Beitrages an die EU-Forschungsprogramme.

Diese Anträge kamen allerdings mit unterschiedlichen Abstimmungsergebnissen zustande. Ich denke, die Tatsache, dass die Erhöhung der Kredite für die Schwerpunktprogramme des Nationalfonds lediglich mit meinem Stichentscheid beantragt wird, ist ein Indiz dafür, dass der Nutzen der Sozialwissenschaft für die Zukunft der Schweiz als weniger hoch eingeschätzt wird als derjenige der Spitzentechnologie. Ich bedaure dies ausserordentlich, denn ich denke, wir können uns nicht beklagen, dass die schweizerischen Sozialwissenschaften

nicht den notwendigen und relevanten Beitrag zum gesellschaftlichen Diskurs leisten und ihnen gleichzeitig die dazu notwendigen Mittel immer wieder vorenthalten.

Ich bitte Sie deshalb eindringlich und im Namen einer klaren Kommissionsmehrheit, den Antrag der Minderheit II (Fehr) auf Streichung des Schwerpunktprogramms «Zukunft Schweiz» abzulehnen. Ich möchte präzisieren: Selbst wenn Sie – oder einige von Ihnen – der von der Kommission beantragten Erhöhung der Kredite für die vom Nationalfonds geführten Schwerpunktprogramme nicht zustimmen können, ist es ausserordentlich wichtig, dass wir hier gemeinsam die Bedeutung der Schwerpunktförderung im Bereich der Sozialwissenschaften unterstreichen.

**Scheurer Rémy (L, NE), rapporteur:** Les programmes prioritaires ont été lancés en 1991 «pour soutenir de manière ciblée les domaines de recherche qui revêtent une importance stratégique pour le développement de l'économie, de la société et de l'industrie.»

A la différence des programmes nationaux de recherche, dont les thèmes sont choisis par le Conseil fédéral et dont le montant correspond à 12 pour cent des crédits du Fonds national suisse de la recherche scientifique, les thèmes des programmes prioritaires sont soumis à l'approbation du Parlement, qui décide ainsi plus souplement des montants qui leur sont affectés. Et c'est sur les programmes prioritaires que l'influence du Parlement est la plus grande. Les programmes prioritaires sont en quelque sorte les enfants du Parlement.

C'est ainsi que la proposition d'une vaste recherche en sciences sociales a été demandée à plusieurs reprises, et que nous est en conséquence soumis un programme prioritaire nouveau intitulé «Demain la Suisse», un programme qui s'ajoutera aux programmes prioritaires gérés par le Fonds national. Un autre programme, appelons-le Minast, viendra s'ajouter aux programmes gérés par le Conseil des écoles polytechniques fédérales. Le but de ce programme est de réunir dans un grand effort commun les laboratoires de recherche des écoles polytechniques, des universités, d'une école d'ingénieurs et des industries, généralement de l'industrie des machines, afin de conserver l'avance scientifique et technologique acquise dans le domaine des microtechniques, et afin de progresser dans la maîtrise d'autres profondeurs des subdivisions du millimètre.

Comme vous le savez, les programmes prioritaires acceptés par le Parlement lors de la précédente période de quatre ans ont subi au fil des budgets des réductions sensibles. Nous avons soumis les chercheurs à un régime que l'on appelle quelquefois de «stop-and-go», mais qui, dans les faits, est un régime de «go-and-stop», un régime fort peu stimulant! On ne saurait restreindre davantage les dotations des programmes prioritaires en cours.

De même, les deux nouveaux programmes «Demain la Suisse» et microtechnique et nanoscience (Minast) ont connu, entre l'achèvement des plans d'exécution et la fin de l'année dernière, des réductions sensibles: au niveau du Département fédéral de l'intérieur d'abord, puis manifestation trop profonde au niveau du Conseil fédéral, ce dernier ayant ramené de 149 à 123 millions de francs l'ensemble des programmes prioritaires relevant du Fonds national, y compris «Demain la Suisse», et de 146 à 110 millions de francs l'ensemble des programmes prioritaires relevant du Conseil des écoles polytechniques fédérales, y compris Minast.

Alors, avisés de ces nouvelles coupes dans des programmes qui n'auraient plus alors de prioritaire que le nom, ni le Fonds national ni le Conseil des écoles polytechniques fédérales n'ont pu encore trouver une adaptation satisfaisante des programmes envisagés aux crédits proposés. Je vous rappelle que, selon le Conseil fédéral lui-même, les programmes prioritaires revêtent une importance stratégique pour le développement de l'économie de la société et de l'industrie. Or, nous sommes de toute évidence ici dans une situation où les moyens accordés ne permettent plus la réalisation des buts assignés.

Dans les textes que nous avons déjà examinés et dans ceux qu'il nous reste à étudier, il existe certes une certaine contra-

diction entre les buts et les moyens, une contradiction gênante pour la logique de la pensée, mais en toute dernière analyse tolérable, parce qu'il faut tout de même accepter des sacrifices au nom des économies à réaliser et parce qu'il existe parfois d'autres sources de financement que celles données par la Confédération.

Mais ici, dans le cas particulier de l'arrêté F, pour la majorité de la commission, la contradiction est excessive parce qu'elle empêche la réalisation au niveau stratégique des programmes prioritaires. Il est vrai que c'est du bout des lèvres que la majorité de la commission vous demande, à l'article 1er alinéa 1er, de revenir au montant déjà réduit de 149 millions de francs, mais c'est d'une voix ferme qu'elle vous demande de revenir, à l'article 2, au montant de 146 millions de francs, puisque cette proposition a été acceptée par 13 voix contre 4 en commission.

En effet, le programme Minast est de première importance pour le maintien de la Suisse dans le peloton de tête de la recherche et de l'industrie dans divers champs de la microtechnique. Pratiquement, Minast est un programme exemplaire au plan de la coopération entre les hautes écoles et l'industrie. Toutes les universités de Suisse, les deux écoles polytechniques et certaines de leurs «Annexanstalten», d'autres établissements suisses et étrangers vont travailler avec 93 entreprises suisses et quelques entreprises étrangères. C'est, à ma connaissance, le programme de collaboration entre universités et entreprises le plus vaste qui ait été mis sur pied en Suisse et un programme qui promet un transfert de technologies dans toute la mesure souhaitée.

A un apport financier de la Confédération qui sera de l'ordre de 70 millions de francs pour quatre ans sur un crédit total de 146 millions de francs correspond pour la même durée – cela a déjà été dit par des orateurs, en particulier par M. Chevallaz – un apport industriel de 139 millions de francs. Cela veut dire que le programme Minast n'est pas une construction issue de l'élucubration d'une discussion entre le professeur Tournesol et le docteur Cosinus. C'est un projet auquel les chefs d'entreprises croient, dans lequel ils ont confiance au point d'y mettre pratiquement deux fois plus d'argent que la Confédération. Plusieurs d'entre nous ont déploré le manque de collaboration entre les universités et les entreprises. Nous sommes devant un exemple de collaboration remarquable, et il serait grave de décourager à la fois des chercheurs de renommée mondiale et, souvent, nos entrepreneurs les plus dynamiques.

Enfin, Minast est élaboré jusque dans les détails du plan d'exécution. Il faut voir le plan d'exécution: c'est un volume qui montre dans le détail que les équipes de recherche – universités, écoles polytechniques, industries – sont aujourd'hui dans les starting-blocks, et que si elles devaient démarrer dans 10 jours, elles partiraient dans 10 jours, si elles doivent démarrer dans 6 mois, eh bien, c'est fini.

Retrancher quelques dizaine de millions de francs, ce serait porter atteinte à la confiance, mais ce serait aussi retarder de plusieurs mois la mise en place d'un nouveau programme qui n'aurait plus rien de stratégique, car plusieurs mois c'est beaucoup, c'est beaucoup trop dans un secteur qui évolue aussi vite que celui des microtechniques et de la nanoscience.

Il a été question souvent et beaucoup de revitalisation dans cet hémicycle. Or, Minast est un élément privilégié de la revitalisation. La recherche et l'industrie des microtechniques ne doivent pas être ralenties au moment où la concurrence les oblige au contraire à accélérer.

Je reprendrai la parole au sujet des propositions de minorité, mais au nom de la majorité de la commission, je vous recommande de voter 149 millions de francs à l'article 1er alinéa 1er pour les programmes qui dépendent du Fonds national suisse de la recherche scientifique, et, au nom de la majorité de la commission, je vous invite à vous rallier à la proposition d'un crédit de 146 millions de francs à l'article 2, non pas à vous rallier à la majorité de la commission contre le Conseil fédéral, mais au-delà du Conseil fédéral, à faire un geste qui, après un soutien étale aux universités et à la recherche en général, soit un geste politique marquant une priorité raisonnable.

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen  
L'entrée en matière est décidée sans opposition*

*Detailberatung – Discussion par articles*

#### **Titel und Ingress**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

#### **Titre et préambule**

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

#### **Art. 1**

*Antrag der Kommission*

*Abs. 1*

*Mehrheit*

.... 149 Millionen ....

*Minderheit I*

(Grossenbacher, Chevallaz, Cornaz, Fehr, Gadiant, Hildbrand, Kern, Mühlemann, Schnider, Wittenwiler)

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Minderheit II*

(Fehr, Cornaz, Kern, Wittenwiler)

.... Informations- und Kommunikationsstrukturen, deren Durchführung dem Schweizerischen Nationalfonds .... («Zukunft Schweiz» streichen)

*Minderheit III*

(Schmid Peter, Brügger Cyrill, Fasel, Haering Binder, Maeder, Ostermann, Steiger Hans)

.... wird für die Jahre 1996–1999 ein Höchstbetrag von 149 Millionen Franken bewilligt, wovon 53 Millionen Franken auf das SPP Umwelt (eingeschlossen die Module «Umwelt und Gesundheit» und «Natur und Landschaft») und 35 Millionen Franken auf das SPP «Zukunft Schweiz» entfallen.

*Abs. 2*

*Mehrheit*

.... auf 130 Millionen Franken.

*Minderheit*

(Grossenbacher, Chevallaz, Cornaz, Fehr, Gadiant, Hildbrand, Kern, Mühlemann, Schnider, Wittenwiler)

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

#### **Art. 1**

*Proposition de la commission*

*Al. 1*

*Majorité*

.... 149 millions ....

*Minorité I*

(Grossenbacher, Chevallaz, Cornaz, Fehr, Gadiant, Hildbrand, Kern, Mühlemann, Schnider, Wittenwiler)

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Minorité II*

(Fehr, Cornaz, Kern, Wittenwiler)

.... et de communication, dont la réalisation est confiée au Fonds national .... (Biffer «Demain la Suisse»)

*Minorité III*

(Schmid Peter, Brügger Cyrill, Fasel, Haering Binder, Maeder, Ostermann, Steiger Hans)

.... la recherche scientifique. 53 millions de francs sont consacrés au PP Environnement (y compris les modules «Environnement et Santé» et «Nature et Paysage») et 35 millions de francs au PP «Demain la Suisse».

*Al. 2*

*Majorité*

.... à 130 millions ....

*Minorité*

(Grossenbacher, Chevallaz, Cornaz, Fehr, Gadiant, Hildbrand, Kern, Mühlemann, Schnider, Wittenwiler)

Adhérer au projet du Conseil fédéral

**Grossenbacher Ruth (C, SO), Sprecherin der Minderheit I:**  
So wünschenswert eine Aufstockung für die Forschung wäre, so müssen wir doch als Parlament auch hier auf die – gelinde

gesagt – schlechte Finanzlage des Bundes Rücksicht nehmen. Jede Kommission in unserem Rat hat in bezug auf Finanzfragen Verantwortung zu übernehmen und einen Beitrag zur Finanzlage des Bundes zu leisten. Wir dürfen die Finanzfrage nicht einfach der Finanzkommission und Herrn Bundesrat Stich überlassen.

Deshalb unterstützen wir den Antrag der Minderheit I und des Bundesrates und bewilligen einen Höchstbeitrag von 123 Millionen Franken für die Jahre 1996 bis 1999. Wir verzichten auf die Erhöhung um 26 Millionen Franken, wie sie die Mehrheit der Kommission will.

Wir meinen, obwohl wir die Bedeutung der Schwerpunktprogramme anerkennen, dass 6,5 Millionen Franken im Jahr verkraftbar sind. Denn wir sind überzeugt, dass alle Programme, die in der Botschaft aufgeführt sind, trotzdem durchgeführt werden können, wenn auch vielleicht in etwas reduzierter Form. Zudem könnte durch eine Zusammenarbeit zwischen Schwerpunktprogrammen und verwandten Programmen des Nationalfonds Synergien gewonnen werden. Ich denke da an das Schwerpunktprogramm «Zukunft Schweiz» und das Forschungsprogramm des Nationalfonds «Grundlagen der schweizerischen Aussenpolitik», für das immerhin 16 Millionen Franken zur Verfügung stehen.

Ich will in der heutigen Finanzsituation lieber eine realistische finanzielle Planung vornehmen, als eine Situation herbeiführen, in der im Budget die jetzt gesprochenen Mittel gestrichen würden. Es hat keinen Sinn, und wir leisten niemandem einen Dienst, wenn wir falsche Hoffnungen wecken, die später zu Frustrationen führen. Es gibt in der Forschung nichts Schlimmeres, als mit grossem Einsatz Angefangenes plötzlich abbrechen zu müssen. Bleiben wir deshalb auf dem Boden der Realität.

Ich bitte Sie deshalb, betreffend Artikel 1 Absatz 1 und Absatz 2 den Antrag des Bundesrates und der Minderheit I (Grossenbacher) bzw. der Minderheit (Grossenbacher) anzunehmen. Die CVP-Fraktion wird dies auch tun.

Zum Schwerpunktprogramm «Zukunft Schweiz»: Was will «Zukunft Schweiz»? Dieses Projekt will eine Analyse zur Lage unseres Landes, zur Befindlichkeit unseres demokratischen Systems vornehmen. Es soll untersucht werden, ob und wie sich z. B. unsere Werte geändert haben. Kurz: Es wird der Frage nachgegangen, wer wir sind und was wir wollen.

Ich bin fest überzeugt, dass diese Standortbestimmung nötig und wichtig ist. Es geht ja wesentlich darum, wie wir künftig mit unseren Veränderungsprozessen gesellschaftlich und sozialpolitisch umgehen. Auch Industrielle betonen, dass rein technisches Know-how für die Produktion nicht genügt, sondern dass es auch wichtig ist, wie man Produkte herstellt; also die sozialpolitische Dimension in der Produktion.

Ich muss darauf hinweisen, dass drei Viertel der Forschungsgelder durch die private Wirtschaft aufgebracht werden. Davon erhalten die Sozialwissenschaften nichts. Diese sind auf öffentliche und staatliche Unterstützung angewiesen. Wenn wir die Forschung nicht unterstützen, ist auch die Ausbildung gefährdet.

Das «Unternehmen Schweiz» braucht – wie jedes seriös geführte Privatunternehmen – eine professionelle Zukunftsplanung. Denn ein Land, ein Volk ohne Vision hat wenig Zukunft. Die CVP-Fraktion wird aus diesen Gründen den Streichungsantrag der Minderheit II (Fehr) und den Antrag der Minderheit III (Schmid Peter) ablehnen. Ich bitte Sie, das auch zu tun. Wir meinen, dass der Bundesrat innerhalb der Schwerpunktprogramme bestimmen soll, wo die Schwerpunkte zu setzen sind.

Noch zu Artikel 2, wo die Kommission ebenfalls eine Aufstockung verlangt: Es geht dabei um das Schwerpunktprogramm Mikro- und Nanosystemtechnik (SPP Minast). Kollege Scheurer Rémy hat dies sehr gut dargestellt. Wir müssen auch hier beifügen, dass gerade die kleinen und mittleren Unternehmen, die in unserem Land so wichtig sind und drei Viertel unserer Unternehmen ausmachen, von diesem Projekt sehr profitieren können. In der Schweiz haben wir im Bereich der Mikro- und Nanotechnik eine sehr gute, im Bereich der Nanotechnik sogar eine weltweit führende Stellung. Das gilt aber nur für die Wissenschaft, leider nicht für die Industrie. Mit diesem SPP Minast

könnte die Industrie eine Aufwertung erfahren. Deshalb braucht die Schweiz den Einstieg in die Nanotechnologie. Wenn sie dies verpasst, wäre dies, um mit den Worten von Staatssekretär Ursprung zu sprechen, für unser Land eine «Megapanne».

Ich bitte Sie deshalb, bei Artikel 2 der von der Kommission beantragten Aufstockung zuzustimmen.

**Fehr Lisbeth (V, ZH), Sprecherin der Minderheit II:** Was will die Minderheit II? Wir möchten das neue Schwerpunktprogramm «Demain la Suisse» streichen oder bis zu einem späteren Zeitpunkt sistieren, bis wir es uns finanziell leisten können. Interpretieren Sie das bitte nicht so, dass wir uns einem solch hehren Gedanken einer «Zukunft Schweiz» verschliessen würden! Ich habe, Herr Scheurer Rémy, nicht die Soziologen im Visier, beileibe nicht! Unsere Überlegungen gehen in eine ganz andere Richtung.

Bekanntlich hat der Bundesrat angesichts dringend notwendiger Sparanstrengungen den Finanzrahmen für diese Programme in einer weiteren Runde nochmals gekürzt. Wir haben vermehrte Kürzungen von ihm verlangt, und da sind sie nun. Nach dieser Decke sollten wir uns strecken. Es sind sieben Programme vorgesehen, fünf davon laufen bereits, und diese werden als ausgezeichnet taxiert. Der Wissenschaftsrat hat eine Evaluationsgruppe, bestehend aus internationalen Experten, eingesetzt, die ebenfalls bestätigen, dass die bisher erzielten Resultate von hoher Qualität seien.

Mit Blick auf die nochmalige Kürzungsrunde weist nun aber der Nationalfonds auf negative Konsequenzen hin: Die Durchführung aller sieben Schwerpunktprogramme sei bei diesem Finanzrahmen schlicht nicht in befriedigendem Masse möglich. Die bisherigen Programme würden vor grosse Schwierigkeiten gestellt. Ein eventueller Abbruch laufender Programme wäre zudem auch mit hohen wissenschaftlichen Kosten verbunden, und die bereits getätigten Investitionen würden zum Teil zunichte gemacht, kurz: Wir werden vor die Wahl gestellt, ob wir sieben Projekte unbefriedigend durchführen oder zugunsten der bisherigen auf ein oder zwei der zusätzlichen Programme verzichten wollen.

Es scheint mir eine einfache Milchbüchleinrechnung: Qualität vor Quantität. Ich wiederhole: Auch der Nationalfonds empfindet im Falle eines Verzichts auf Aufstockung, lieber nur drei der vier Nationalfondsprogramme durchzuführen, damit die wissenschaftliche Qualität weiterhin erhalten bleibt. Wir müssen uns vermutlich in den kommenden Jahren auf eine weitere Verknappung der Mittel einstellen, und wir sollten dabei zwei Punkte berücksichtigen:

1. Ich habe es schon beim Eintreten gesagt: Wir sind gezwungen, Nötiges von Wünschbarem zu trennen.

2. Wir sollten uns endlich von dieser Stop-and-go-Politik lösen. Sie sei die ineffizienteste Art der Forschungsförderung, teilt uns der Nationalfonds übrigens mit Recht mit. Ohne minimale finanzielle Garantie im Sinne unumstösslicher, mehrjähriger Verpflichtungskredite mache ein Programm keinen Sinn. Das Ziel werde verfehlt, und es blieben Dutzende von Schweizer Wissenschaftlern auf der Strecke, die sich mit Elan einem Projekt verpflichtet hätten und trotz positivem Programmverlauf nun feststellen müssten, dass sie in eine Sackgasse geraten seien.

«Demain la Suisse» ist nun ein neues Programm, leider ein sozialwissenschaftliches Programm. Es wird gesagt, es sei unverzichtbar, weil es das Forschungspotential der Sozialwissenschaften verbessere und institutionell absichere. Geplant sind sechs sicherlich interessante Module, von der Schweiz im internationalen Umfeld bis hin zum Wertewandel zur Individualisierung unserer Gesellschaft.

Man stellt jetzt in Aussicht, allenfalls nur drei Module durchzuführen. Aber dieselben Instanzen weisen auf die Interdisziplinarität als besonders gewichtiges Charakteristikum hin. Das Programm, das in der ersten Periode auf 35 Millionen Franken zu stehen kommt, ist auf eine Gesamtdauer von acht bis maximal zwölf Jahre angelegt. Demzufolge geht es heute um eine Verpflichtung, die uns über Jahre hinaus in die Verantwortung nimmt. Auch ohne Programm bestünde durchaus die Möglichkeit, den gesamten Fragenkomplex rund um dieses

Thema weiterhin im Rahmen bestehender Forschungstraditionen und bereits vorhandenem Wissen aufzubauen. Zu bedeutsamen Ergebnissen würde man auch so gelangen.

Im Gegensatz dazu würde ich auf das zweite neue Programm in der ETH-Reihe, das Programm Minast, nicht verzichten. Auch in bezug auf unsere finanzielle Krise nicht. Warum? Es ist für den Wirtschaftsstandort Schweiz im allgemeinen und für die Zusammenarbeit mit den in der ganzen Schweiz verteilten etwa hundert Klein- und Mittelbetrieben im besonderen sehr bedeutsam. Minast ist Teil des geforderten und längst fälligen Revitalisierungsprogramms und deshalb unverzichtbar.

Der vom Bundesrat gekürzte Kreditrahmen reicht nicht dafür aus, alle sieben Programme mit der nötigen Sorgfalt durchzuführen. Zugunsten der bereits laufenden, qualitativ hochstehenden Programme und dem speziell für die Wirtschaft und deren Arbeitsplätze interessanten Minast-Programm sollte auf «Demain la Suisse» verzichtet werden. Nochmals: Qualität vor Quantität. Einer Aufstockung darf aus finanzpolitischen Gründen nicht zugestimmt werden. Der Antrag der Minderheit II dient lediglich dazu, die übrigen Programme mit dem gekürzten Kredit auf einem notwendigen Niveau verantwortungsvoll weiterführen zu können.

In diesem Sinn bitte ich Sie, dem Antrag der Minderheit II zuzustimmen.

**Schmid Peter (G, TG), Sprecher der Minderheit III:** Der Antrag der Minderheit III ist die logische Konsequenz aus den Prioritäten, von denen ich im Eintretensvotum gesprochen habe.

Bei den vorliegenden Krediten für die Hochschul- und Forschungsförderung haben wir ein eindeutiges Schwergewicht im naturwissenschaftlichen Bereich. Das rührt daher, dass Wissenschaft und Forschung gleichsam von unten her, von der Technologie, dem Wunsch nach technischer Umsetzung von Erkenntnissen, bestimmt werden. Die angewandte Forschung überwiegt daher immer wieder die Grundlagenforschung. Die Wissenschaft konzentriert sich auf das, was greif- und messbar ist, und die Bildung wird insbesondere in jenen Sparten unterstützt, die den Nachwuchs für diese Art von Verfügbarmachen der Wissenschaft und Forschung sicherstellt.

Für die sogenannten exakten Wissenschaften, welche physikalische, chemische oder biologische Prozesse untersuchen, ist es nicht die Regel, dass man die Frage nach dem Sinn und den Konsequenzen des Erforschten stellt. Vielmehr trachtet man danach, die neuen Erkenntnisse sofort umzusetzen und für irgendwelche Zwecke nutzbar zu machen.

Leider stelle ich fest, dass offenbar auch Politikerinnen und Politiker nur das für förderungswürdig halten, was sich irgendwann später in klingender Münze auszahlen wird, oft zum Nachteil des Ganzen, statt die Forschungsaktivität auch aus kritischer Distanz und von der Sinnfrage her zu würdigen. Derweil müssten uns gerade auch jene Zweige der Wissenschaft ein Anliegen sein, in denen man nicht nur darauf aus ist, zu machen, was machbar ist, sondern sich fragt, was wünschbar und was zu verantworten ist.

Es kann in der Wissenschaft nicht nur darum gehen, geschickte Überlegungen anzustellen, wie wir die Natur noch besser zu unserem Vorteil verfügbar machen können. Ebenso wichtig ist es, zu fragen, was der menschlichen Natur gemäss ist, wessen der Mensch wirklich bedarf. Was hilft es uns Menschen eigentlich, wenn wir das Leben mit allen Raffinessen der medizinischen Wissenschaft verlängern und uns nicht darüber Gedanken machen, was denn dieses Leben wirklich lebenswert macht? Ist es denn nicht Leichtsinns, sich nur darauf zu konzentrieren, was wir mit den Mitteln des scharfen Intellekts alles auszurichten vermögen, und dabei nicht mehr zu bemerken, was wir damit anrichten?

Sehen Sie, um solche zentralen Fragen und Anliegen geht es im Schwerpunktprogramm «Umwelt» und im Schwerpunktprogramm «Zukunft Schweiz», die wir neben den stark bevorzugten naturwissenschaftlichen und technischen Disziplinen auch vermehrt zum Zuge kommen lassen wollen.

Dabei ist es nicht so, dass wir in den anderen Bereichen Abstriche vornehmen. Deshalb unterstützen wir ja gleichzeitig den Antrag der Kommissionsmehrheit auf eine Aufstockung auf 149 Millionen Franken, womit wir lediglich eine mittlere

Grösse zwischen den Anträgen des Nationalfonds (von 177,2 Millionen) und des Bundesrates (von 123 Millionen) wählen.

Wir dürfen zudem nicht vergessen, dass in der Beitragsperiode 1992 bis 1995 für die Schwerpunktprogramme einmal 357 Millionen bewilligt worden waren, der Betrag aber schon damals um 60 Prozent gekürzt wurde. Zudem wird auch jetzt der Gesamtbetrag im Falle einer Beteiligung am EU-Forschungsprogramm gesamthaft noch einmal gekürzt, wovon alle Schwerpunktprogramme betroffen sind. Allerdings trifft es unsere favorisierten Anliegen etwas weniger stark als die Anliegen des Bundesrates.

Ich erwähne noch kurz diese beiden Beträge. Sie sehen, wir haben 53 Millionen beim Schwerpunktprogramm «Umwelt» eingesetzt. Das ist der Vorschlag der zuständigen Expertenkommission des Nationalfonds. Dieses Geld ist nötig, um allen ausgewiesenen Bedürfnissen wenigstens in einem minimalen Umfang Rechnung zu tragen, auch den beiden neuen Modulen «Umwelt und Gesundheit» und «Natur und Landschaft».

Dann die 35 Millionen Franken für das Projekt «Zukunft Schweiz»: Auch das ist ein Kreditbegehren des Schweizerischen Nationalfonds und betrifft die Zeit zwischen 1996 und 1999. Ich glaube, es ist wichtig – da möchte ich Frau Grossenbacher entgegenen, die gesagt hat, dass wir das dem Bundesrat überlassen sollen, der das verteilen soll –: Gerade hier haben wir die Möglichkeit, Prioritäten zu setzen, hier ist das Parlament gefragt, und diese Verantwortung sollen wir auch wahrnehmen.

Zu Frau Fehr: Ich glaube, etwas wird jetzt klar geworden sein: Es ist meines Erachtens nicht gut, wenn wir diese Bereiche der Geistes- und Sozialwissenschaften immer hintanstellen, sobald das Geld etwas knapp wird. Die Frage nach dem Sinn und Ziel, das Wozu und das Wohin, ist etwas sehr Grundlegendes, das eigentlich den gesamten Forschungsbetrieb immer begleiten sollte.

Von mir aus meine ich, man könnte dann in spezifischen Forschungsbereichen noch kürzen, bevor wir uns davon dispensieren, immer wieder die Sinnfrage zu stellen. Das wäre sonst gerade so, als ob wir bei den Wegweisern sparen und dafür die Um- und Irrwege in Kauf nehmen würden, die sich daraus ergeben.

Ich möchte Sie im Namen der Minderheit III bitten, dem Schwerpunktprogramm «Umwelt» und dem Projekt «Zukunft Schweiz» das ihnen gebührende Gewicht zu geben.

Unterstützen Sie deshalb den Antrag der Minderheit III.

**Jeanprêtre Francine (S, VD):** Le groupe socialiste soutient les montants tels que prévus par la majorité de la commission, à savoir 149 millions de francs consacrés aux programmes prioritaires confiés au Fonds national suisse de la recherche scientifique, et 146 millions de francs pour les programmes confiés au Conseil des EPF. L'argumentation est la même pour les articles 1er et 2.

Il s'agit ici de dépenses d'investissements pour notre avenir. Certes, le Conseil fédéral a pris la décision de réduire les crédits au seul endroit où il en avait la possibilité, mais ce choix reste malheureux. Il faut savoir qu'il n'est pas possible de transférer au plan financier et comptable des moyens d'autres rubriques budgétaires vers les programmes prioritaires pour assurer la réalisation de toute la série.

Des explications que nous avons reçues en commission par les responsables des hautes écoles, il ressort que des compressions maximales ont été faites sur les programmes prioritaires, au-delà desquels il n'est plus possible d'aller sans perdre de la crédibilité. Pour prendre des exemples, il est prévu de diminuer de 50 pour cent le programme «Optique», de 30 pour cent le programme «Matériaux» et de 30 à 35 pour cent le programme Minast.

Le programme «Optique» qui a démarré en 1993 et qui a déjà porté ses fruits ne supporterait éventuellement qu'une diminution d'une année, soit jusqu'en 1999. En reportant le programme «Matériaux» qui devrait démarrer maintenant, on violerait le critère de la continuité et on favoriserait le stop-and-go qui est critiqué et critiquable. Si Minast est reporté de deux ou

trois ans, cela représente la mort du programme parce que, dans ce domaine, la Suisse a encore une avance de deux à trois ans. Si ce programme est repoussé les industriels vont se désintéresser, les chercheurs répondront à d'autres offres. Suivre le projet du Conseil fédéral correspond dans tous les cas soit à un gaspillage de moyens et des efforts préalablement consentis, soit à une perte de crédibilité de l'Etat en tant que partenaire des milieux industriels dans le contexte de l'encouragement à la recherche.

Quant au programme «Demain la Suisse», pour prendre un exemple qui va à l'inverse de la technicité des autres programmes, pourquoi n'aurait-il pas sa raison d'être dans un temps où les mutations sociales importantes que nous vivons, où les approches fines des données sociopolitiques que nous devons avoir sur l'état de notre pays pour mieux en appréhender l'évolution ne pourraient que nous aider dans la prise de décision? Nous avons pris un retard important en sciences humaines qu'il faut combler et l'on voit mal qui d'autre que l'Etat en ce moment, même s'il est aussi à l'aise financièrement que l'industrie chimique, investirait dans ce programme d'intérêt public.

Dans les décisions que nous devons prendre, nous ne pouvons opposer la société à la technologie au travers de deux nouveaux programmes hautement intéressants. La question essentielle que nous devons nous poser est celle-ci: voulons-nous pratiquer la cohérence entre notre discours politique, qui tient la recherche en haute estime, et la modicité de nos actes? S'il existe une inadéquation dans le message du Conseil fédéral entre les buts économiques et sociaux assimilés à la recherche et les moyens qui lui sont octroyés, c'est à nous de rétablir l'équilibre.

Certes, l'état des finances fédérales est source de préoccupations et les dépenses de fonctionnement doivent être soumises à la critique, mais ici nous sommes en présence de dépenses d'investissements pour l'avenir, pour notre avenir, et même de dépenses susceptibles de nous octroyer des retours de paiements puisque, avec les programmes prioritaires, nous sommes devant des investissements directement productifs puisque des entreprises privées sont prêtes à consacrer, pour le programme Minast, 139 millions de francs pour assurer le bénéfice de l'entreprise et développer l'emploi. La revitalisation, dont nous parlons souvent, dépend aussi de la collaboration étroite entre les laboratoires de recherche et les entreprises. Avec Minast, il y aura un soutien direct aux petites et moyennes entreprises qui représentent le tissu industriel du pays. A moins que l'on ait des vues à très court terme et très partielles, il n'est pas possible de parler, dans le cas d'une réduction des montants accordés aux programmes prioritaires, de mesures d'économies.

Avant de conclure et en vous priant de soutenir les deux crédits rétablis à leur montant maximum, je citerai une remarque faite en commission par M. le rapporteur de langue française. Il a déclaré qu'il ne voulait en rien polémiquer et que l'on peut partager, c'est-à-dire que «quel que soit l'état de ses finances, un pays qui peut dépenser 2 milliards de francs pour son fromage, pourrait aussi dépenser 300 millions de francs pour sa recherche de pointe.»

**Mühlemann Ernst (R, TG):** Angesichts von drei Minderheitsanträgen haben Sie jetzt zu entscheiden.

Der Antrag der Minderheit I (Grossenbacher) ist ein klares Bekenntnis zum Sparwillen des Bundesrates auch im Bereich der Forschung. Ich habe jahrelang für Investitionen in der Forschung gekämpft und betrachte das nach wie vor als wichtiges Ziel. Wir haben in den letzten zehn Jahren in diesem Lande für den Denkplatz Schweiz sehr viel erreicht. Wir haben es auch fertiggebracht, trotz des Widerstandes, die Mitwirkung an den europäischen Forschungsprogrammen aufzunehmen. Aber bitte, übertreiben Sie nicht; denn jedes System – das hat schon Perikles gesagt – geht an seiner Übertreibung zugrunde. Es ist möglich, wenn wir jedes Jahr 6 bis 7 Millionen Franken weniger haben, mit diesen Forschungsprogrammen auszukommen. Deswegen geht wahrhaftig die Welt nicht unter, und dieses kleine Zeichen des Sparwillens auch in diesem Bereich muss erbracht werden.

Ich bin deshalb der Meinung, dass man dem Antrag der Minderheit I (Grossenbacher) zustimmen soll.

Etwas anderes sind die Schwerpunktprogramme. Es ist auch ein Verdienst, nicht zuletzt von Herrn Staatssekretär Ursprung, dass wir endlich Prioritäten in den Forschungsprogrammen gefunden haben. Aber es liegt im Zeichen der Zeit, dass die Forschung dort stärker wird, wo eben dieses 20. Jahrhundert stark ist, nämlich im Materialismus, im Bereich der mathematisch-naturwissenschaftlichen Denkformen. Ich bedaure das sehr, und wir haben dagegen anzuerkennen, dass nur eine technologisch orientierte Gesellschaft die Zukunft bestimmt.

Die Geisteswissenschaften sind auch noch da, und zum ersten Mal ist ein Schwerpunktprogramm – unter diesen sieben – geisteswissenschaftlich orientiert. Ich vermeide hier bewusst den Ausdruck «sozialwissenschaftlich». Es geht bei diesem Programm um nichts anderes als um Erforschungen, die im Zusammenhang mit diesem Staat Schweiz stehen, um sein Verhältnis zu seinen Nachbarn, um Probleme, die im Zusammenhang mit den hohen Qualitäten der direkten Demokratie, der föderalistischen Struktur und meinetwegen auch der permanenten Neutralität stehen – wesentliche Forschungsgebiete auch für die politische Zukunft unseres Landes.

Ich hoffe nur, dass dieses Schwerpunktprogramm – dafür sind Sie, Frau Bundesrätin, verantwortlich – politisch neutral behandelt wird, damit es keine Angriffsflächen bietet. Und dann, Frau Fehr, bin ich der Meinung, dass wir unter den sieben Programmen nicht ausgerechnet dieses einzige streichen müssen, das eine andere Richtung als Ergänzung angibt – das neben eine mathematisch orientierte Technologiegesellschaft auch eine Kulturgesellschaft stellt.

Ich bitte Sie, darauf zu verzichten, Programmschwerpunkte als Ganzes zu streichen. Man kann innerhalb der Schwerpunktprogramme Module zurückstecken, diese Programme sind ja modular aufgebaut. Wenn weniger Geld vorhanden ist, muss man automatisch einzelne Module streichen. Hier ist eine sehr gescheite Beweglichkeit eingebaut worden. Ich bitte Sie deshalb, bei diesem einzigen geisteswissenschaftlichen Programm zu bleiben und den Antrag der Minderheit II (Fehr) abzulehnen.

Was die Minderheit III (Schmid Peter) will, geht auch mir natürlich zu weit. Das Parlament soll nicht im einzelnen bestimmen, wo die Schwerpunktprogramme ihre Schwerpunkte haben. Natürlich ist das Hobby von Herrn Schmid seit langem bekannt, es ist die Ökologie. Dass er dafür kämpft, ist sein gutes Recht. Aber überlassen wir es doch den Forschern, die Schwerpunkte ihrer Forschungstätigkeit zu entdecken.

Was wir sehr viel mehr beachten müssen, Herr Schmid, ist die Kontrolle dieser Schwerpunktprogramme. Wir haben in diesem Haus einmal in grosser Eintracht eine neue Forschungsstelle in Würenlingen geschaffen und glaubten, das würde jetzt die nationale Forschungsstätte. Wir haben es versäumt, durch Kontrolle rechtzeitig einzugreifen und dort Weichenstellungen vorzunehmen.

Ich empfehle Ihnen, auch den Antrag der Minderheit III (Schmid Peter) abzulehnen, aber dabei nicht zu vergessen, dass wir die Verantwortung der Kontrolle über alle sieben Schwerpunktprogramme haben – darüber, dass der finanzielle Rahmen eingehalten wird, dass sie politisch neutral durchgeführt werden und dass sie der Zukunft unseres Landes dienen.

**Scheurer Rémy (L, NE), rapporteur:** Je vous invite, au nom de la majorité de la commission, à rejeter aussi bien la proposition de la minorité II (Fehr) que celle de la minorité III (Schmid Peter).

Il faut maintenir un équilibre, cela a été dit souvent ce matin, entre les sciences humaines et les sciences techniques. «Demain la Suisse» est un élément important pour la promotion des sciences humaines. Nous ne pouvons pas prendre la responsabilité, pour des raisons purement financières, de déséquilibrer à ce point l'intérêt que nous manifestons à l'égard de la recherche.

De même, la proposition de minorité III (Schmid Peter) est outrancière dans l'autre sens, dans la mesure où elle protège excessivement, en cas de coupures rendues nécessaires, des

programmes qui touchent aux sciences humaines et à l'environnement.

Pour l'équilibre général de la recherche, je vous demande de repousser les propositions des minorités II et III et, quant à la somme, une fois encore, de voter à l'alinéa 1er comme la majorité, soit 149 millions de francs.

**Dreifuss Ruth**, conseillère fédérale: Je remarque à l'issue de cette discussion qu'il y fondamentalement un accord sur les sujets proposés en termes de programmes prioritaires de recherche, et cela me réjouit.

Dans un premier round de discussions, nous avons entendu des critiques quant aux critères ou à l'absence de transparence des critères pour les choix en matière de recherche orientée. Je constate avec satisfaction qu'ils représentent des besoins essentiels pour notre pays et que la plupart ont exprimé leur soutien ou la reconnaissance au moins de l'importance des choix qui vous sont proposés.

J'ai aussi ressenti, au cours de cette discussion, un certain malaise qui ressort d'un décalage entre les moyens que vous propose le Conseil fédéral à mettre à disposition des programmes prioritaires, et les objectifs tels qu'ils sont formulés dans le message.

C'est vrai qu'il y a un certain décalage. C'est vrai que le message fait état d'ambitions, de possibilités qui ne correspondent pas exactement aux sommes proposées. Pourquoi? Parce que, tout simplement, des épisodes successifs ou divers actes ont eu lieu quant à la détermination de l'enveloppe financière qui doit être consacrée aux programmes prioritaires. Après un premier tour qui a laissé les chercheurs eux-mêmes formuler leurs objectifs, qui a ensuite vu l'appréciation par les organes consultatifs puis des propositions formulées au sein du Département fédéral de l'intérieur, chacune de ces étapes consistant à diminuer les crédits, le Conseil fédéral, finalement, a réalisé encore des coupures.

Cela explique qu'entre les prises de position du Fonds national suisse de la recherche scientifique, du Conseil des écoles polytechniques fédérales, ainsi que le message et l'enveloppe budgétaire, il y a un certain nombre de décalages. Cependant, le Conseil fédéral est persuadé que si toutes les ambitions du message ne peuvent pas être réalisées, les sept programmes doivent pouvoir trouver une réalisation, et que la décision qu'il a prise est une contribution à l'équilibre des finances publiques, contribution qui lui tient à coeur et qui lui est demandée également avec insistance.

C'est pourquoi, au nom du Conseil fédéral, j'aimerais remercier la minorité I (Grossenbacher) du soutien qu'elle apporte à son projet, un soutien quant au contenu des programmes de recherche, quant à leur libellé et quant à l'enveloppe budgétaire qui leur est consacrée. Le Conseil fédéral, bien sûr conscient de ce décalage que je viens d'évoquer, devra prendre des mesures dans le cadre restrictif qu'il s'est lui-même fixé et qu'il vous propose.

Cela signifie, d'une part, une réduction pour certains de ces programmes, et en particulier les programmes nouveaux, avec des réductions qui peuvent toucher l'un ou l'autre des modules qui les composent. Cela signifie, d'autre part, que des synergies seront trouvées entre le programme «Demain la Suisse» et le programme national de recherche «Fondements et potentialités de la politique extérieure suisse». Ces synergies seront réalisées – si vous me permettez l'expression – dans le sens où des questions actuellement posées au titre des programmes prioritaires pourront être transférées dans l'ensemble des questions auxquelles le programme national de recherche est censé répondre.

Donc, le Conseil fédéral, heureux du soutien de la minorité I, vous recommande de la suivre.

En ce qui concerne la minorité II (Fehr), le Conseil fédéral s'oppose fermement à l'idée de supprimer le programme prioritaire «Demain la Suisse», et cela essentiellement pour les trois raisons suivantes:

1. La part des moyens attribués aux sciences sociales par l'économie privée est extrêmement faible, contrairement à d'autres secteurs de la recherche. C'est donc bien à l'Etat qu'il importe d'identifier les lacunes existantes et de prendre en

charge le financement de la recherche dans ce domaine. Il n'y a pas, dans ce domaine, d'autres organes, d'autres instances, d'autres secteurs qui puissent prendre le relais. C'est notre responsabilité, et, j'ai déjà eu l'occasion de le dire tout à l'heure, c'est une responsabilité d'autant plus grande que les lacunes ont été mises en évidence.

2. Dans la plupart des domaines scientifiques, des activités de recherche peuvent avoir lieu également indépendamment des programmes prioritaires, mais cela n'est pas non plus le cas dans le domaine des sciences sociales – c'est la raison d'ailleurs de leur faiblesse –, qui se font uniquement et exclusivement dans les hautes écoles avec peu d'actions parallèles ou de financements qui ne reposent pas sur de telles recherches orientées.

3. Cela est tout aussi important, le nombre toujours grandissant d'étudiants crée un besoin d'encadrement toujours plus intense. M<sup>me</sup> Grossenbacher, dans la première partie de la discussion, a mis en évidence, justement pour les sciences humaines, la dégradation du rapport entre enseignants et enseignés.

Or, la qualité de l'enseignement passe aussi par la qualité de la recherche. Mais il y a un cercle vicieux: les enseignants mobilisés principalement par l'enseignement n'ont pas les moyens de faire cette recherche. Nous devons donc bien créer ici les moyens pour un développement de la recherche qui, à terme, permettra une amélioration de l'enseignement, et non pas par la rareté des ressources, créer une situation où ceux qui devraient être les chercheurs s'épuisent uniquement dans des activités d'enseignement, des activités de qualité moindre parce qu'elle ne sont pas branchées sur la recherche de pointe. Donc, pour que la garantie puisse être donnée d'un enseignement de qualité, il faut entreprendre maintenant, tout de suite, des activités de recherche qui comblent les lacunes de la Suisse dans ce domaine.

Il est clair qu'il s'agit de lacunes quantitatives, de lacunes qualitatives également, et que l'équilibre et l'honnêteté scientifique de la recherche dans ce domaine dépendent aussi de l'accent que nous y mettons et des moyens mis à disposition de ces chercheurs.

*Abs. 1 – Al. 1*

*Erste Eventualabstimmung – Premier vote préliminaire*

Für den Antrag der Minderheit I	107 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit II	35 Stimmen

*Zweite Eventualabstimmung – Deuxième vote préliminaire*

Für den Antrag der Mehrheit	90 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit III	53 Stimmen

*Definitive, namentliche Abstimmung*

*Vote définitif, par appel nominal*

(Ref.: 1435)

*Für den Antrag der Mehrheit stimmen:*

*Voteur pour la proposition de la majorité:*

Aguet, Bär, Baumann Ruedi, Baumann Stephanie, Bäumlín, Béguelin, Bodenmann, Borel François, Brügger Cyrill, Brunner Christiane, Bugnon, Bühlmann, Bundi, Carobbio, Caspar-Hutter, Cavadini Adriano, Comby, Couchepin, Danuser, Darbellay, de Dardel, David, Diener, Duvoisin, Eggenberger, Eggly, Eymann Christoph, Fankhauser, Fasel, Goll, Gonseth, Graber, Grendelmeier, Haering Binder, Hafner Ursula, Hämmerle, Hollenstein, Hubacher, Jaeger, Jeanprêtre, Jöri, Lœmann, Leuenberger Ernst, Leuenberger Moritz, Maeder, Marti Werner, Matthey, Mauch Rolf, Mauch Ursula, Meier Samuel, Meyer Theo, Misteli, Ostermann, Pidoux, Rechsteiner, Ruffy, Sandoz, Scheurer Rémy, Schmid Peter, Schmied Walter, Singeisen, Steiger Hans, Strahm Rudolf, Stucky, Thür, Tschopp, Vollmer, Weder Hansjürg, Wiederkehr, Zbinden, Züger, Zwygart (72)

*Für den Antrag der Minderheit I stimmen:**Votent pour la proposition minorité I:*

Allenspach, Bezzola, Bircher Peter, Bonny, Borradori, Bürgi, Camponovo, Chevallaz, Cincera, Columberg, Cornaz, Deiss, Dettling, Dormann, Ducret, Engler, Epiney, Fehr, Fischer-Hägglingen, Frey Walter, Fritschi Oscar, Gadiant, Giger, Gros Jean-Michel, Grossenbacher, Gysin, Hari, Hegetschweiler, Hess Otto, Hess Peter, Hildbrand, Jenni Peter, Kern, Kühne, Leu Josef, Leuba, Loeb François, Mamie, Maurer, Miesch, Moser, Mühlemann, Müller, Narbel, Neuenschwander, Oehler, Raggenbass, Reimann Maximilian, Ruckstuhl, Rutishauser, Savary, Schenk, Scherrer Jürg, Scherrer Werner, Schmid Samuel, Schmidhalter, Schnider, Schweingruber, Segmüller, Stamm Judith, Stamm Luzi, Steinegger, Steinemann, Steiner Rudolf, Theubet, Tschuppert Karl, Vetterli, Weyeneth, Wick, Wittenwiler, Wyss William, Zwahlen (72)

*Der Stimme enthalten sich – S'abstiennent:*

Fischer-Seengen, Pini, Spoerry (3)

*Stimmen nicht – Ne votent pas:*

Aregger, Aubry, Baumberger, Berger, Binder, Bischof, Blatter, Blocher, Borer Roland, Bortoluzzi, Bühler Gerold, Caccia, Dreher, Dünki, von Felten, Fischer-Sursee, Friderici Charles, Früh, Giezendanner, Gobet, Gross Andreas, Heberlein, Herczog, Iten Joseph, Jäggi Paul, Keller Anton, Keller Rudolf, Ledergerber, Lepori Bonetti, Maitre, Maspoli, Meier Hans, Nabholz, Nebiker, Perey, Philipona, Poncet, Robert, Rohrbasser, Ruf, Rychen, Seiler Hanspeter, Seiler Rolf, Sieber, Spielmann, Stalder, Steffen, Suter, Tschäppät Alexander, Wanner, Ziegler Jean, Zisyadis (52)

*Mit Stichentscheid des Präsidenten**wird der Antrag der Mehrheit angenommen**Avec la voix prépondérante du président**la proposition de la majorité est adoptée**Abs. 2 – Al. 2**Abstimmung – Vote*

Für den Antrag der Mehrheit 72 Stimmen  
Für den Antrag der Minderheit 68 Stimmen

**Art. 2***Antrag der Kommission**Abs. 1*

.... von 146 Millionen Franken bewilligt.

*Abs. 2*

.... auf 79,4 Millionen Franken.

**Art. 2***Proposition de la commission**Al. 1*

.... 146 millions ....

*Al. 2*

.... à 79,4 millions ....

*Angenommen – Adopté***Art. 3***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté**Namentliche Gesamtabstimmung*

*Vote sur l'ensemble, par appel nominal*

(Ref.: 1391)

*Für Annahme des Entwurfes stimmen – Acceptent le projet:*

Aguet, Bär, Baumann Ruedi, Baumann Stephanie, Bäumlín, Béguelin, Bircher Peter, Bodenmann, Bonny, Borel François, Borradori, Brügger Cyrill, Brunner Christiane, Bugnon, Bühl-

mann, Bundi, Bürgi, Carobbio, Cavadini Adriano, Chevallaz, Cincera, Comby, Couchepin, Danuser, Darbellay, de Dardel, David, Deiss, Diener, Dormann, Ducret, Duvoisin, Eggenberger, Eggly, Engler, Epiney, Eymann Christoph, Fankhauser, Fasel, Fehr, Fischer-Seengen, Gadiant, Giger, Goll, Gonseth, Graber, Grendelmeier, Gros Jean-Michel, Grossenbacher, Gysin, Haering Binder, Hafner Ursula, Hämmerle, Hegetschweiler, Hess Peter, Hollenstein, Hubacher, Jaeger, Jeanprêtre, Jöri, Kühne, Leemann, Leu Josef, Leuba, Leuenberger Ernst, Leuenberger Moritz, Loeb François, Maeder, Marti Werner, Matthey, Mauch Ursula, Meier Samuel, Meyer Theo, Misteli, Mühlemann, Narbel, Oehler, Ostermann, Pidoux, Pini, Rechsteiner, Ruffy, Rutishauser, Sandoz, Savary, Scheurer Rémy, Schmid Peter, Schmidhalter, Schmied Walter, Schweingruber, Segmüller, Singeisen, Spoerry, Stamm Judith, Steiger Hans, Steinegger, Steiner Rudolf, Strahm Rudolf, Stucky, Theubet, Thür, Tschopp, Tschuppert Karl, Vollmer, Wanner, Weder Hansjürg, Wick, Wiederkehr, Wittenwiler, Wyss William, Zbinden, Züger, Zwahlen (113)

*Dagegen stimmen – Rejetent le projet:*

Allenspach, Columberg, Cornaz, Dettling, Dreher, Fischer-Hägglingen, Frey Walter, Fritschi Oscar, Hess Otto, Jenni Peter, Kern, Maurer, Miesch, Moser, Müller, Neuenschwander, Reimann Maximilian, Ruckstuhl, Scherrer Jürg, Scherrer Werner, Schmid Samuel, Schnider, Stamm Luzi, Steinemann, Vetterli, Weyeneth (26)

*Der Stimme enthalten sich – S'abstiennent:*

Camponovo, Hari, Hildbrand, Mamie, Mauch Rolf, Raggenbass, Schenk (7)

*Stimmen nicht – Ne votent pas:*

Aregger, Aubry, Baumberger, Berger, Bezzola, Binder, Bischof, Blatter, Blocher, Borer Roland, Bortoluzzi, Bühler Gerold, Caccia, Caspar-Hütter, Dünki, von Felten, Fischer-Sursee, Friderici Charles, Früh, Giezendanner, Gobet, Gross Andreas, Heberlein, Herczog, Iten Joseph, Jäggi Paul, Keller Anton, Keller Rudolf, Ledergerber, Lepori Bonetti, Maitre, Maspoli, Meier Hans, Nabholz, Nebiker, Perey, Philipona, Poncet, Robert, Rohrbasser, Ruf, Rychen, Seiler Hanspeter, Seiler Rolf, Sieber, Spielmann, Stalder, Steffen, Suter, Tschäppät Alexander, Ziegler Jean, Zisyadis, Zwygart (53)

*Präsident, stimmt nicht – Président, ne vote pas:*

Frey Claude (1)

**G. Bundesbeschluss über die Kredite des Bundes nach Artikel 16 des Forschungsgesetzes für die Jahre 1996–1999**

**G. Arrêté fédéral allouant des crédits en vertu de l'article 16 de la loi sur la recherche pour la période 1996–1999**

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen*

*L'entrée en matière est décidée sans opposition*

*Detailberatung – Discussion par articles***Titel und Ingress, Art. 1–7***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

**Titre et préambule, art. 1–7***Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

**Namentliche Gesamtabstimmung**  
Vote sur l'ensemble, par appel nominal  
(Ref.: 1392)

**Für Annahme des Entwurfes stimmen – Acceptent le projet:**  
Bär, Baumann Ruedi, Baumann Stephanie, Bäuml, Bircher Peter, Bodenmann, Bonny, Bugnon, Bundi, Bürgi, Carobbio, Caspar-Hutter, Chevallaz, Columberg, Comby, Cornaz, Danuser, Darbellay, de Dardel, David, Deiss, Dettling, Diener, Dormann, Dreher, Eggenberger, Engler, Epiney, Fankhauser, Fasel, Fehr, Fischer-Hägglingen, Fischer-Seengen, Fritschi Oscar, Gadiant, Goll, Gonseth, Graber, Grendelmeier, Gros Jean-Michel, Grossenbacher, Gysin, Haering Binder, Hafner Ursula, Hämmerle, Hari, Hess Otto, Hess Peter, Hildbrand, Hollenstein, Hubacher, Jaeger, Jenni Peter, Jöri, Kühne, Lee-mann, Leu Josef, Leuba, Leuenberger Ernst, Leuenberger Moritz, Loeb François, Maeder, Mamie, Marti Werner, Matthey, Mauch Rolf, Mauch Ursula, Maurer, Meier Samuel, Miesch, Misteli, Müller, Narbel, Neuenschwander, Ostermann, Pidoux, Pini, Raggenbass, Rechsteiner, Ruckstuhl, Rutishauser, Sandoz, Scherrer Jürg, Scherrer Werner, Scheurer Rémy, Schmid Peter, Schmid Samuel, Schmidhalter, Schmied Walter, Schneider, Schweingruber, Segmüller, Singeisen, Spoerry, Stamm Judith, Stamm Luzi, Steiger Hans, Steinegger, Strahm Rudolf, Stucky, Theubet, Thür, Tschopp, Tschuppert Karl, Vetterli, Vollmer, Wanner, Weder Hansjürg, Weyeneth, Wick, Wiederkehr, Wittenwiler, Wyss William, Zbinden, Züger, Zwahlen  
(116)

**Dagegen stimmen – Rejetent le projet:**  
Kern, Steinemann  
(2)

**Stimmen nicht – Ne votent pas:**  
Aguet, Allenspach, Aregger, Aubry, Baumberger, Béguelin, Berger, Bezzola, Binder, Bischof, Blatter, Blocher, Borel François, Borer Roland, Borradori, Bortoluzzi, Brügger Cyrill, Brunner Christiane, Bühlmann, Bühler Gerold, Caccia, Campionovo, Cavadini Adriano, Cincera, Couchepin, Ducret, Dünki, Duvoisin, Eggly, Eymann Christoph, von Felten, Fischer-Sursee, Frey Walter, Friderici Charles, Früh, Giezendanner, Giger, Gobet, Gross Andreas, Heberlein, Hegetschweiler, Herczog, Iten Joseph, Jäggi Paul, Jeanprêtre, Keller Anton, Keller Rudolf, Ledergerber, Lepori Bonetti, Maître, Maspoli, Meier Hans, Meyer Theo, Moser, Mühlemann, Nabholz, Nebiker, Oehler, Perey, Philipona, Poncet, Reimann Maximilian, Robert, Rohrbasser, Ruf, Ruffy, Rychen, Savary, Schenk, Seiler Hanspeter, Seiler Rolf, Sieber, Spielmann, Stalder, Steffen, Steiner Rudolf, Suter, Tschäppät Alexander, Ziegler Jean, Zisyadis, Zwygart  
(81)

**Präsident, stimmt nicht – Président, ne vote pas:**  
Frey Claude  
(1)

## **H. Bundesgesetz über die Hochschulförderung** **H. Loi fédérale sur l'aide aux universités**

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen*  
*L'entrée en matière est décidée sans opposition*

*Detailberatung – Discussion par articles*

**Titel und Ingress, Ziff. I Einleitung**  
*Antrag der Kommission*  
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

**Titre et préambule, ch. 1 introduction**  
*Proposition de la commission*  
Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

**Art. 4**  
*Antrag der Kommission*  
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Antrag Weyeneth*  
**Abs. 1**  
.... Grundbeiträge und Investitionsbeiträge.  
(Rest des Absatzes streichen)

**Abs. 2**  
.... für die Grundbeiträge sowie den Verpflichtungskredit für die Investitionsbeiträge.  
(Rest des Absatzes streichen)

**Abs. 3**  
.... Grundbeiträgen und Investitionsbeiträgen ausserordentliche Beiträge gewähren.  
(Rest des Absatzes streichen)

**Art. 4**  
*Proposition de la commission*  
Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Proposition Weyeneth*  
**Al. 1**  
.... et des subventions forfaitaires.  
(Biffer le reste de l'alinéa)

**Al. 2**  
.... de base et le crédit d'engagement pour les subventions aux investissements.  
(Biffer le reste de l'alinéa)

**Al. 3**  
.... et des subventions aux investissements.  
(Biffer le reste de l'alinéa)

**Le président:** Aux articles 4, 7 et 11 les propositions de M. Weyeneth tombent. C'est une conséquence du vote intervenu à l'arrêté A.

*Angenommen gemäss Antrag der Kommission*  
*Adopté selon la proposition de la commission*

**Art. 5 Abs. 5**  
*Antrag der Kommission*  
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

**Art. 5 al. 5**  
*Proposition de la commission*  
Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

**Art. 7 Abs. 1, 2 Bst. d**  
*Antrag der Kommission*  
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Antrag Weyeneth*  
**Abs. 1**  
.... bleibt vorbehalten. Bauten für Hochschulkliniken der Humanmedizin sind nicht beitragsberechtigt.  
**Abs. 2 Bst. d**  
d. .... Hochschulkliniken der Zahnmedizin und der Veterinärmedizin und für Mehrzweckanlagen ....

**Art. 7 al. 1, 2 let. d**  
*Proposition de la commission*  
Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Proposition Weyeneth*  
**Al. 1**  
.... demeurent réservés. Les constructions en faveur de cliniques universitaires et de médecine humaines ne sont pas subventionnables.  
**Al. 2 let. d**  
d. .... universitaires dentaires et vétérinaires ainsi que d'autres bâtiments ....

*Angenommen gemäss Antrag der Kommission*  
*Adopté selon la proposition de la commission*

**Art. 8 Abs. 2***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

**Art. 8 al. 2***Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté***Art. 11a–11d***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Antrag Weyeneth*

Streichen

**Art. 11a–11d***Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Proposition Weyeneth*

Biffer

*Angenommen gemäss Antrag der Kommission**Adopté selon la proposition de la commission***Gliederungstitel vor Art. 13; Art. 13; 13a; Ziff. II***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

**Titre précédant l'art. 13; art. 13; 13a; ch. II***Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté**Namentliche Gesamtabstimmung**Vote sur l'ensemble, par appel nominal*

(Ref.: 1396)

*Für Annahme des Entwurfes stimmen – Acceptent le projet:*

Bär, Baumann Ruedi, Baumann Stephanie, Bäumlín, Bircher Peter, Bodenmann, Bonny, Bugnon, Bundi, Bürgi, Carobbio, Caspar-Hutter, Chevallaz, Cincera, Columberg, Comby, Cornaz, Danuser, Darbellay, de Dardel, Dormann, Eggenberger, Engler, Epiney, Fankhauser, Fasel, Fehr, Fischer-Häggingen, Fischer-Seengen, Fischer-Sursee, Fritschi Oscar, Gadiant, Giezendanner, Goll, Gonseth, Graber, Grendelmeier, Gros Jean-Michel, Grossenbacher, Gysin, Haering Binder, Hämmerle, Hari, Hess Otto, Hess Peter, Hildbrand, Hollenstein, Hubacher, Jaeger, Jenni Peter, Jöri, Kern, Kühne, Leemann, Leu Josef, Leuba, Leuenberger Ernst, Leuenberger Moritz, Loeb François, Maeder, Mamie, Marti Werner, Matthey, Mauch Rolf, Meier Samuel, Miesch, Misteli, Mühlemann, Narbel, Neuenchwander, Oehler, Ostermann, Pidoux, Pini, Raggenbass, Rechsteiner, Ruckstuhl, Rutishauser, Rychen, Sandoz, Schenk, Scherrer Jürg, Scherrer Werner, Scheurer Rémy, Schmid Peter, Schmid Samuel, Schmidhalter, Schmied Walter, Schnider, Schneider, Schweingruber, Segmüller, Singeisen, Spoerry, Stamm Judith, Stamm Luzi, Steiger Hans, Steinegger, Steiner Rudolf, Strahm Rudolf, Stucky, Theubet, Tschopp, Tschuppert Karl, Vetterli, Vollmer, Wannier, Weder Hansjürg, Weyeneth, Wick, Wiederkehr, Wittenwiler, Wyss William, Zbinden, Züger, Zwahlen, Zwygart (116)

*Der Stimme enthalten sich – S'abstiennent:*

Steinemann

(1)

*Stimmen nicht – Ne votent pas:*

Aguet, Allenspach, Aregger, Aubry, Baumberger, Béguelin, Berger, Bezzola, Binder, Bischof, Blatter, Blocher, Borel François, Borer Roland, Borradori, Bortoluzzi, Brügger Cyrill, Brunner Christiane, Bühlmann, Bühler Gerold, Caccia, Campovino, Cavadini Adriano, Couchepin, David, Deiss, Dettling,

Diener, Dreher, Ducret, Dünki, Duvoisin, Eggly, Eymann Christoph, von Felten, Frey Walter, Friderici Charles, Früh, Giger, Gobet, Gross Andreas, Hafner Ursula, Heberlein, Hegetschweiler, Herczog, Iten Joseph, Jäggi Paul, Jeanprêtre, Keller Anton, Keller Rudolf, Ledergerber, Lepori Bonetti, Maitre, Maspoli, Mauch Ursula, Maurer, Meier Hans, Meyer Theo, Moser, Müller, Nabholz, Nebiker, Perey, Philipona, Poncet, Reimann Maximilian, Robert, Rohrbasser, Ruf, Ruffy, Savary, Seiler Hanspeter, Seiler Rolf, Sieber, Spielmann, Stalder, Steffen, Suter, Thür, Tschäppät Alexander, Ziegler Jean, Zisyadis (82)

*Präsident, stimmt nicht – Président, ne vote pas:*

Frey Claude

(1)

**I. Bundesgesetz über die Forschung****I. Loi fédérale sur la recherche***Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen**L'entrée en matière est décidée sans opposition**Detailberatung – Discussion par articles***Titel und Ingress, Ziff. I, II***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

**Titre et préambule, ch. I, II***Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté**Namentliche Gesamtabstimmung**Vote sur l'ensemble, par appel nominal*

(Ref.: 1397)

*Für Annahme des Entwurfes stimmen – Acceptent le projet:*

Bär, Baumann Ruedi, Baumann Stephanie, Bäumlín, Bircher Peter, Bodenmann, Bonny, Bugnon, Bundi, Bürgi, Carobbio, Chevallaz, Cincera, Columberg, Comby, Cornaz, Danuser, Darbellay, de Dardel, David, Deiss, Dormann, Dreher, Eggenberger, Engler, Epiney, Fankhauser, Fasel, Fehr, Fischer-Häggingen, Fischer-Seengen, Fischer-Sursee, Fritschi Oscar, Gadiant, Giezendanner, Goll, Gonseth, Graber, Grendelmeier, Gros Jean-Michel, Grossenbacher, Haering Binder, Hafner Ursula, Hämmerle, Hari, Hess Otto, Hess Peter, Hildbrand, Hollenstein, Hubacher, Jaeger, Jenni Peter, Jöri, Kern, Kühne, Leemann, Leu Josef, Leuba, Leuenberger Ernst, Leuenberger Moritz, Loeb François, Maeder, Mamie, Matthey, Meier Samuel, Meyer Theo, Miesch, Misteli, Mühlemann, Narbel, Neuenchwander, Oehler, Ostermann, Pidoux, Pini, Raggenbass, Rechsteiner, Ruckstuhl, Rutishauser, Rychen, Scherrer Jürg, Scherrer Werner, Scheurer Rémy, Schmid Peter, Schmid Samuel, Schmidhalter, Schmied Walter, Schnider, Schweingruber, Segmüller, Singeisen, Spoerry, Stamm Judith, Stamm Luzi, Steiger Hans, Steiner Rudolf, Strahm Rudolf, Stucky, Theubet, Tschopp, Vetterli, Vollmer, Weder Hansjürg, Weyeneth, Wick, Wittenwiler, Wyss William, Zbinden, Züger, Zwahlen, Zwygart (111)

*Dagegen stimmen – Rejetten le projet:*

Maurer, Müller, Sandoz

(3)

*Der Stimme enthalten sich – S'abstiennent:*

Steinemann

(1)

*Stimmen nicht – Ne votent pas:*

Aguet, Allenspach, Aregger, Aubry, Baumberger, Béguelin, Berger, Bezzola, Binder, Bischof, Blatter, Blocher, Borel François, Borer Roland, Borradori, Bortoluzzi, Brügger Cyrill, Brunner Christiane, Bühlmann, Bühler Gerold, Caccia, Campovino, Caspar-Hutter, Cavadini Adriano, Couchepin, Dettling, Diener, Ducret, Dünki, Duvoisin, Eggly, Eymann Christoph, von Felten, Frey Walter, Friderici Charles, Früh, Giger, Gobet,

Gross Andreas, Gysin, Heberlein, Hegetschweiler, Herczog, Iten Joseph, Jäggi Paul, Jeanprêtre, Keller Anton, Keller Rudolf, Ledergerber, Lepori Bonetti, Maitre, Marti Werner, Maspoli, Mauch Rolf, Mauch Ursula, Meier Hans, Moser, Nebholz, Nebiker, Perey, Philipona, Poncet, Reimann Maximilian, Robert, Rohrbasser, Ruf, Ruffy, Savary, Schenk, Seiler Hanspeter, Seiler Rolf, Sieber, Spielmann, Stalder, Steffen, Steingger, Suter, Thür, Tschäppät Alexander, Tschuppert Karl, Waner, Wiederkehr, Ziegler Jean, Zisyadis (84)

*Präsident, stimmt nicht – Président, ne vote pas:*  
Frey Claude (1)

*Abschreibung – Classement*

*Antrag des Bundesrates*  
Abschreiben der parlamentarischen Vorstösse  
gemäss Brief an die eidgenössischen Räte  
*Proposition du Conseil fédéral*  
Classer les interventions parlementaires  
selon lettre aux Chambres fédérales

*Angenommen – Adopté*

*An den Ständerat – Au Conseil des Etats*

95.3075

**Postulat WBK-NR (94.102)**  
**Finanzströme und Statistik**  
**Postulat Csec-CN (94.102)**  
**Flux financier et statistique**

*Wortlaut des Postulates vom 10. Februar 1995*

Der Bundesrat wird eingeladen, dem Parlament innert Jahresfrist Bericht zu erstatten über:

- sämtliche Finanzströme im Bereich der Bildungs- und Wissenschaftsförderung (einschliesslich Ressortforschung) des Bundes, so dass ein umfassender und detaillierter Überblick erhalten wird;
- die notwendigen Anpassungen der jährlich mit Voranschlag und Rechnung publizierten Statistiken und allenfalls der Kreditruhrisierungen, so dass der Überblick während der jährlichen Vorschlagsbehandlung gewährleistet bleibt und internationale Vergleiche (OECD-Statistiken) erleichtert werden.

*Texte du postulat du 10 février 1995*

Le Conseil fédéral est prié, dans le délai d'un an, de présenter un rapport sur:

- l'ensemble du flux financier versé par la Confédération dans le domaine de la promotion de la science et de la formation, en vue de fournir un tour d'horizon complet et détaillé;
- l'adaptation nécessaire des statistiques annuelles publiées conjointement au budget et au compte d'Etat et, le cas échéant, des rubriques des crédits, de manière à garantir une vue d'ensemble lors de l'examen annuel du budget et de faciliter les comparaisons sur le plan international (statistiques de l'OCDE).

*Schriftliche Begründung*

Die Urheber verzichten auf eine Begründung und wünschen eine schriftliche Antwort.

*Développement par écrit*

Les auteurs renoncent au développement et demandent une réponse écrite.

*Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 13. März 1995*

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich das Postulat auf die Hochschul- und Forschungspolitik, nicht aber auf die Berufsbildung bezieht. Obwohl zur Verwirklichung der Transparenz der Finanzströme und einer einheitlichen Statistik bereits erste Schritte unternommen wurden, ist die im Kommissionspostulat festgesetzte Frist bis zur Berichterstattung zu kurz. Dies aus folgenden Gründen:

- Die Finanzströme sind sehr schwierig zu ermitteln, insbesondere auf Stufe der Kantone und wenn eine thematische Aufteilung erfolgen soll, da Subventionen des Bundes über die Hochschulförderung und die Forschungsförderung fließen.
- Statistiken sind sehr arbeitsaufwendig – bestehende nützliche Informationen sollten daher im Interesse der jahrelangen Vergleichbarkeit nicht leichtfertig geändert werden. Wichtiger als detaillierte Statistiken sind vergleichbare Zeitreihen.
- Das Problem inkompatibler Statistiken in der Bundesverwaltung ist erkannt: Erste Schritte zu einer Verbesserung der Situation wurden aufgenommen. Gemäss Beschluss des Interdepartementalen Ausschusses für Wissenschaft und Forschung (IDA-WI) werden vorerst die Finanzverwaltung und das Bundesamt für Statistik ihre Forschungserhebungen harmonisieren. Diese Harmonisierung wird jedoch erst 1996 abgeschlossen.
- Eine verlässliche Darstellung der Finanzflüsse muss sich auf eine neu konzipierte Statistik stützen, welche, wie oben ausgeführt, Mitte 1996 noch nicht vorliegen wird. Innert Jahresfrist könnte also höchstens ein Statusbericht über den Fortschritt der Arbeiten vorgelegt werden – dieser würde aber mehr technische als inhaltliche Informationen enthalten, so dass eine Abgabe an das Parlament wenig sinnvoll wäre. Der Bericht könnte aber der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur vorgelegt werden.

*Rapport écrit du Conseil fédéral du 13 mars 1995*

Le Conseil fédéral suppose que le postulat se réfère au secteur des universités et de la recherche scientifique, à l'exclusion de la formation professionnelle. Bien que les travaux soient déjà engagés pour rendre plus transparents les flux financiers et dresser une statistique homogène, le délai fixé par la commission est trop court pour rendre un rapport, et ce pour les raisons suivantes:

- Il est très difficile de mesurer les flux financiers, notamment à l'échelon des cantons, et plus encore d'en analyser la distribution fonctionnelle, étant donné que les subventions fédérales sont allouées aux deux titres de l'aide aux universités et de l'encouragement de la recherche.
- L'établissement de statistiques est une entreprise qui demande beaucoup de travail. Aussi, il paraît peu opportun de remanier des sources d'information existantes, car tout changement rendrait aléatoire la comparabilité des données sur une longue période. Or, les séries chronologiques comparables sont autrement plus parlantes que les statistiques isolées, aussi détaillées qu'elles soient.
- Le problème des incompatibilités statistiques au sein de l'administration fédérale est identifié et des travaux sont amorcés pour y remédier. Conformément à la décision du Comité interdépartemental de la science (IDA-WI), une première concertation des relevés de données concernant la recherche scientifique doit intervenir entre l'Administration fédérale des finances et l'Office fédéral de la statistique. Toutefois, cette harmonisation ne sera pas acquise avant 1996.
- Pour être fiable, un tableau des flux financiers doit se fonder sur une statistique de nouvelle conception. Or, ces données, comme on vient de le dire, ne seront pas disponibles avant le milieu de l'année 1996.

Dans le délai d'une année, seul un rapport sur l'état d'avancement des travaux pourrait être fourni. Toutefois, ce rapport comprendrait des renseignements techniques plutôt que des informations de fond, de sorte qu'une large diffusion à tous les parlementaires ne serait pas forcément utile. On pourrait se contenter de le rendre à la Commission de la science, de l'éducation et de la culture.

94.102

## Förderung der Wissenschaft in den Jahren 1996–1999.

### Kredite

### Promotion de la science dans les années 1996–1999. Crédits

Botschaft, Gesetz- und Beschlusssentwürfe vom 28. November 1994  
(BBl 1995 I 845)  
Message, projets de loi et d'arrêté du 28 novembre 1994  
(FF 1995 I 821)

Beschluss des Nationalrates vom 23. März 1995  
Décision du Conseil national du 23 mars 1995

#### Antrag der Kommission

Eintreten

#### Proposition de la commission

Entrer en matière

**Iten** Andreas (R, ZG), Berichterstatter: Wir behandeln die Botschaft über die Förderung der Wissenschaft in den Jahren 1996–1999 als Zweitrat. Mit dieser Botschaft werden rund 20 Prozent der wissenschaftspolitischen Aufgaben des Bundes beantragt. Vier Fünftel der Gelder werden also in anderen Erlassen gesprochen. Erstmals werden in einer Botschaft Forschung und Hochschulförderung zusammengefasst. Diese Zusammenfassung beider Bereiche in eine einzige Botschaft ist ein Fortschritt und erlaubt, die Wissenschaftspolitik des Bundes in grösserem Zusammenhang darzustellen und daraus Ziele und Massnahmen abzuleiten. Alles, was im Bereich von Bildung und Forschung die Gesamtschau verbessert und erlaubt, die die einzelnen Bereiche übergreifenden Probleme darzustellen, verdient Anerkennung. Dennoch wurde im Nationalrat heftige Kritik an der Botschaft geäussert. Es wurde gesagt, es fehle an Transparenz und es manifestierten sich ein bildungspolitischer Immobilismus und ein fehlender Reformwille.

Auch in unserer Kommission wurde die Botschaft kritisch geprüft. Es wurden zahlreiche Fragen gestellt und Feststellungen gemacht. Die Diskussionen mit Frau Bundesrätin Dreifuss, Staatssekretär Ursprung, Direktor Schuway, der Präsidentin des Schweizerischen Wissenschaftsrates, Frau Professor Meyer, dem Präsidenten der Schweizerischen Hochschulkonferenz, Herrn Regierungsrat Striebel, und weiteren Fachleuten haben gezeigt, dass die Vorwürfe zum Teil zu global sind. Vieles konnte geklärt werden. Ich gestatte mir deshalb einleitend einige Überlegungen allgemeiner Art:

1. Die Entwicklung von Wissenschaft und Forschung ist ein Prozess; es darf in diesem Bereich nicht überstürzt und aus tagespolitischen Überlegungen gehandelt werden. Die Grundkonstante des Prozesses ist die Kontinuität. Der Bundesrat folgt dem Gesetz der Kontinuität, ohne sich Anpassungen, Neuerungen und Reformen zu verschliessen. Noch selten in der Bildungsgeschichte unseres Landes ist auf dem tertiären Sektor so viel in Bewegung gewesen. Der pragmatische Weg, Schritt für Schritt, scheint mir angesichts der zum Teil revolutionären Änderungen in unserer Gesellschaft richtig. Gesamtkonzeptionelle Vorgaben können nur um den Preis der schnellen «Veraltung» gemacht werden. Die Erwartungshaltung gegenüber der Wissenschaftspolitik scheint mir vielerorts zu hoch.

2. Es ist sehr schwierig, in der hier zur Diskussion stehenden Thematik die Übersicht zu behaften. Zu Recht wurde in der Kommission auf die Komplexität der Materie, aber auch der Organe, die sich mit ihr beschäftigen, hingewiesen; Herr Jagmetti hat vorhin beim Geschäftsbericht auch auf diese Komplexität hingewiesen. Wir diskutierten diese Frage ja auch in unserer Kommission. Transparenz im ganzen ist kaum zu erreichen, das hat uns Staatssekretär Ursprung an Forschungsbeispielen erläutert. Generell wird heute an den

Hochschulen, vorbildlich an der ETH, Forschung evaluiert, das ist ein Fortschritt. Bei Demission der Inhaber stehen «auslaufende» Lehrstühle zur Disposition; es gab noch nie eine Zeit, die so viel evaluiert hat und zugleich so sehr auf Vertrauen angewiesen war.

Die Wirklichkeit der Staatsverwaltung ist viel zu komplex, als dass die Parlamentarier dies überblicken und bewerten könnten. Wir kommen ohne Vertrauen in die persönliche Aufmerksamkeit der die Details beherrschenden Verwaltungsangehörigen – und hier vor allem der Professoren – nicht aus, auch auf diesen Umstand hat Herr Jagmetti vorhin beim Geschäftsbericht hingewiesen. Unsere Beratung der Vorlage und die Kontrolle beziehen sich daher weniger auf die Fakten im Detail als vielmehr auf das Vertrauen, das die einzelnen Persönlichkeiten einflössen. In dieser Zwangslage reagieren wir auf das leiseste Zeichen einer Unredlichkeit mit emotionaler Schärfe, mit Vertrauensentzug und anderen Sanktionen. Globale Kritik ist nur ein Zeichen unserer Ohnmacht und der Versuch, einen Hund hinter dem Ofen hervorzulocken. Die Mitglieder der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur haben in den Besprechungen mit den Exponenten von Forschung und Bildung das Gefühl erhalten, dass Vertrauen gerechtfertigt sei. Das führte zur einstimmigen Bejahung der Botschaft.

3. Wir haben erfahren, dass sowohl beim Bundesrat als auch bei weiteren in die Beratung einbezogenen Persönlichkeiten ein Problembewusstsein für alle von uns exponierten Themen und Fragen besteht. So weiss man, dass die Koordination zwischen den Hochschulträgern, den Behörden, anderen involvierten Instanzen und den Wissenschaftlern noch ungenügend ist. Die Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen und der Wirtschaft bedarf der Verbesserung. Das Auseinanderklaffen von Zielen und Mitteln wird bedauert. Man ist sich bewusst, dass eine hochschulpolitische Auseinandersetzung und Konsensfindung über Prioritäten und Posterioritäten äusserst schwierig ist. Und trotzdem versuchen alle, voranzukommen und im Sinne des Parlamentes Fortschritte zu erzielen.

Statt uns in parlamentarisch schicker Art und Weise mit Kritik hervorzutun, können wir durch Hervorheben der positiven Bestrebungen wahrscheinlich mehr bewirken. Wir geben damit auch zu erkennen, dass wir nicht realitätsblind sind. Globale Kritik täuscht oft Wissen vor, das im Detail nicht erprobt ist. Wir leben in einer Welt der Erwartungskrise. Wir leben nicht mehr durch Erfahrung, sondern durch Mangel an Erfahrung mit einem Erfahrungsverlust. Dieser manifestiert sich nirgends schöner als angesichts einer komplexen «4-Milliarden-Botschaft».

4. Zustimmung schliesst Skepsis nicht aus. Gegenüber einer so schwierigen Materie wie der Grundlagenforschung und der Lehre auf Hochschulebene ist Skepsis durchaus angebracht. Um so mehr müssen wir Parlamentarier an das Vertrauen appellieren. Wir müssen erwarten, dass die Wissenschaftler selbst eine Evaluations- und Forschungskultur mit Technikfolgenabschätzung etablieren. Sie nämlich müssen wissen, was sie tun. Sie tragen Verantwortung für ihr Handeln. Die Notwendigkeit einer Wertung von Wissenschaft wird um so wichtiger, je mehr sie sich vom Wissen zum Machen verlagert. Im heutigen Wissenschaftsbetrieb kommt sich der Politiker vor wie Odysseus. Das Wissen und das, was die einzelnen Wissenschaftler tun, sind nicht mehr erfassbar und überschaubar. Der Politiker irrt umher und ist dem Sirengesang ebenso ausgesetzt wie den Zyklopen. Mit dieser allgemeinen Einleitung habe ich versucht, die Grundstimmung in unserer Kommission zusammenzufassen.

Der Schweizerische Wissenschaftsrat als beratendes Gremium des Bundesrates stellt an sich hohe Ansprüche, wenn er – ich zitiere aus seinen «Zielvorstellungen für die Entwicklung der schweizerischen Hochschulen: Horizont 2000» (vgl. Botschaft, Seite 22, Ziff. 115.3) – schreibt: «Für wichtige Einzelprobleme des tertiären Bildungsbereiches bestehen heute Lösungsansätze. Insgesamt sind diese jedoch unzureichend. Insbesondere fehlt es an einem bildungspolitischen Gesamtkonzept.» Der Wissenschaftsrat verlangt von sich

selbst also mehr, als was ich fordern würde. Diese Selbstkritik flösst ebenfalls Vertrauen ein. Er weiss, dass ihm noch viel Arbeit bevorsteht. Es ist ihm auch bewusst, dass die Ziele der Wissenschaftspolitik des Bundes, wie sie in der Vorlage skizziert sind, Ideale darstellen, die man nicht in einer Forschungsperiode erreichen kann. Die Wirklichkeit hinkt schon aufgrund der fehlenden Finanzmittel – aber nicht allein deswegen – hinter den Idealen her.

Die Kommission stellt sich hinter die Wissenschaftsziele des Bundes. Sie sind auf Seite 17ff. in der Botschaft aufgeführt. Als besonders erwähnenswert betrachte ich das Ziel 2, Erfüllung gesellschaftlicher Aufgaben. Besonders hervorzuheben sind bei den Teilzielen die gezielte Förderung gesellschaftlich relevanter Forschungsbereiche durch den Ausbau der Sozialwissenschaften und die Umwelt- und Energieforschung mit Neuorientierung auf nachhaltige Entwicklung und Ressourcennutzung. Frauenförderung ist eine permanente Aufgabe. Wir werden uns in der Detailberatung noch mit dem Schwerpunktprogramm «Zukunft Schweiz» befassen können.

Im Nationalrat wurde der Botschaft über die Förderung der Wissenschaft in den Jahren 1996–1999 vorgeworfen, sie sei zu technik- und wirtschaftsfreundlich. Ich schliesse mich dieser Kritik nicht an. Die moderne Gesellschaft kommt nicht aus ohne eine positive Einschätzung der technischen Wissenschaften. Aber ebenso wichtig sind die Humanwissenschaften, denn wenn Technik nicht in ein humanes Umfeld eingebettet ist, wendet sie sich gegen den Menschen. Schon jetzt erleben wir ein Auseinanderklaffen von Gesellschaft und Wissenschaft, und ich gebe der Präsidentin der nationalrätlichen WBK recht, wenn sie sagt, das Fehlen der Debatte über wissenschafts- und bildungspolitische Perspektiven sei markant. Die Protagonisten dieser Debatte sollten meines Erachtens Wissenschaftler und Wirtschaftsführer sein.

Ich muss nicht ausführlich darauf hinweisen, dass die Anträge des Bundesrates in finanzieller Hinsicht weit hinter den Wünschen und Forderungen der Bildungs- und Forschungsträger zurückliegen. So erwarteten die Hochschulen eine Zuwachsrate von 4 Prozent, der Bundesrat gestand ihnen eine solche von 2,5 Prozent zu. Die Schulen rechneten mit einem Investitionsbeitrag von 600 Millionen Franken. Der Bundesrat beantragt 340 Millionen Franken. In den nächsten Jahren werden 900 Professoren zurücktreten; für die Nachwuchsförderung wären 135 Millionen Franken nötig. Der Bundesrat beantragt 69,5 Millionen Franken. Wie wichtig gerade diese Massnahme ist, bestätigte Regierungsrat Striebel, der uns berichtete, dass an der Basler Universität 65 Prozent der Hochschullehrer aus dem Ausland und 35 Prozent aus dem Inland kommen.

Die Kommission stellt sich hinter die Anträge des Bundesrates; mit einer Ausnahme: Beim Beschlussentwurf F sollen gemäss Kommissionsmehrheit keine Abstriche gemacht werden, damit die Schwerpunktprogramme nicht gefährdet sind. Darauf werde ich in der Detailberatung zurückkommen. Der Forschung und Bildung kommt für ein rohstoffarmes Land wie die Schweiz ohne Zweifel grosse Bedeutung zu. Alle Voten in der Kommission haben dies bestätigt. Die Schweiz stand mit Forschungsgeldern in der Höhe von ungefähr 3 Prozent des Bruttoinlandprodukts mit den USA und Japan zusammen an der Spitze. Japan und die Schweiz haben den grössten Anteil an privaten Forschungsmitteln zur Verfügung. Noch vor einigen Jahren betrug er 75 Prozent; bei den staatlichen Aufwendungen jedoch befindet sich die Schweiz im Hintertreffen. In Europa steht sie an siebter Stelle, hinter Italien. Nun zeigt die private Forschung die Tendenz, ins Ausland abzuwandern. 1993 hat die schweizerische Industrie zum ersten Mal mehr für Forschung im Ausland investiert als für Forschung im Inland. Dies muss zu denken geben. Die Gründe, warum das so ist, sind nicht klar. Es gibt darüber keine Untersuchung. Dies ist aber ein Hinweis dafür, dass der Staat vermehrt Forschung und Entwicklung unterstützen muss. Nur so kann eine gute Ausbildung garantiert werden. Die Anforderungen der Arbeitswelt steigen fortwährend. Insbesondere das technische Umfeld nimmt an Komplexität und Unübersichtlichkeit zu. Neben den höheren Anforderungen an die technische Ausbildung werden auch

mehr soziale Kompetenz und sprachliche Kenntnisse verlangt. Der Anteil an höher Ausgebildeten ist in allen Industriezweigen gewachsen. Die Arbeitslosigkeit trifft mehr die nicht gut Ausgebildeten. Es werden generell auch mehr Akademiker gesucht.

Im Bereich der Informationstechnik und der Kommunikation schreitet die Technologie rasch voran. Frau Professor Meyer sprach von einer eigentlichen Revolution, die sich vollziehe. Das stellt für moderne Volkswirtschaften enorme Herausforderungen dar. Der Einsatz von Forschungs- und Bildungsmitteln gehört deshalb zur Strategie des Überlebens.

Nun wird von seiten der Wirtschaft immer wieder beklagt, dass in der Schweiz eine generelle Technik- und Wirtschaftsfeindlichkeit herrsche. Es müsse, so wird gefordert, eine zuversichtliche Stimmung aufkommen. Der Staat müsse dafür sorgen, dass die junge Generation mit mehr Zuversicht in eine noch offene Zukunft blicke. Hier stellt sich die Frage, ob dies den Staat nicht überfordert. Der Staat kann keine Zuversicht garantieren. Das ist Aufgabe der gesellschaftlichen Kräfte. Zuversicht hat mit der Erfahrung von Lebenssinn zu tun. Es müsste in Wissenschaft und Wirtschaft ein Wille bemerkbar werden, die Zukunft im Einklang mit der Natur zu gestalten. Das ist der Grund, warum umweltbezogene Forschung, aber auch der Beitrag der Sozialwissenschaften enorm wichtig sind. Wissenschaftspolitik ist nicht Industriepolitik.

Ich habe schon im Zusammenhang mit der Behandlung der KWF-Botschaft (94.103) auf das Gutachten des Fraunhofer-Instituts hingewiesen, das den Titel «Ziele einer Technologiepolitik des Bundes. Standortvoraussetzungen und technologische Trends» trägt. Dieses Gutachten enthält die Elemente einer schweizerischen Industriepolitik der Zukunft. Unter ordnungspolitischen Gesichtspunkten hat der Staat vor allem die Aufgabe, gute Leute auszubilden, und die Wirtschaft hätte zu entscheiden, wie sie im Markt und im internationalen Wettbewerb bestehen will. Wir stehen heute offensichtlich an einer Schwelle, wo auch der Staat sich vermehrt der Technologiepolitik annehmen muss. Wissenschaft und Wirtschaft müssen besser zusammenarbeiten. Die Bundesbeschlüsse, die zu fassen sind, sollten mithelfen, diese Zusammenarbeit zu fördern. Die Botschaft strahlt meines Erachtens Zuversicht aus. Sie gibt auch klare Ziele vor.

Ich will noch auf ein Nebenproblem zu sprechen kommen, das allerdings in der Art, wie es in der Botschaft erwähnt ist, auch grundsätzliche Dimensionen hat. Auf Seite 26 der Botschaft (Ziff. 115.6) wird ausgeführt, dass u. a. die Forstwirtschaft im Sinne der Posterioritäten einen Abbau erfahren soll. Wenn den Umweltwissenschaften hohe Priorität zugemessen wird, so ist es unverständlich, warum die Waldforschung darin nicht eine zentrale Stellung einnehmen soll. Die Portfolio-Analyse des ETH-Rates weist ihr eine Posteriorität zu. Nun hat diese Portfolio-Analyse schwerwiegende Mängel. Wer eine solche durchführt, muss zuerst eine lange Diskussion über die Werte führen. Er muss in einem demokratischen Diskurs die Kriterien artikulieren und kommunizieren. Zentralistische und hierarchische Formen strategischer Entscheide führen zu Ineffizienz und Widerstand. Die Portfolio-Analyse des ETH-Rates ist sehr einseitig erarbeitet und «von oben herab» unterbreitet worden. Das ist der Grund, warum sie zum Scheitern neigt.

Zum Schluss möchte ich danken. Die vorliegende Botschaft ist mit allen Beteiligten gründlich erarbeitet worden. In einem Seminar in Murten wurden sie von Staatssekretär Ursprung an einen Tisch gebeten. Er stellte die Bedingungen und Kriterien zur Diskussion. Die Botschaft ist nicht einfach von oben diktiert worden, obwohl der finanzielle Rahmen Einschränkungen verlangte. Das scheint mir einer der Gründe zu sein, warum wir Parlamentarier nicht mit allerhand Wünschen und Forderungen konfrontiert worden sind, wie das sonst gelegentlich der Fall ist. Die Erarbeitung ist trotz der Verteilungskämpfe, die zurzeit herrschen, klug vorbereitet und mit akzeptierten Kompromissen zu uns gekommen. Ich möchte dem Bundesrat und den führenden Mitarbeitern sowie den beteiligten Kreisen, von den Akademien bis zur schweizerischen Hochschulkonferenz, für Verständnis und Kompromissbereitschaft danken.

Ich beantrage im Namen der einstimmigen Kommission, auf die Entwürfe einzutreten.

**Cavadini Jean (L, NE):** Même si l'on admet l'aspect répétitif chronique de la demande de crédits pour la promotion de la science et de la recherche, on ne saurait remettre en question l'importance de la décision que nous avons à prendre.

On a souligné la nouveauté, qui nous vaut aujourd'hui de trouver, dans un seul message, deux crédits distincts et liés pour la science, l'un pour l'aide aux universités et l'autre pour l'encouragement à la recherche. Cette présentation a l'avantage de la transparence, mais l'unité de la matière, comme on l'exige pour une initiative en matière constitutionnelle ou pour une tragédie classique, n'est pas aussi assurée qu'il y paraît.

On peut remarquer que les deux thèmes sont régis par des lois distinctes, des compétences différentes. C'est ainsi que nous aurons à nous prononcer sur neuf arrêtés et modifications de lois au cours d'un seul et même débat. Les montants cumulés paraîtront considérables, voire excessifs, à tout esprit rapide, alors qu'ils sont plus que raisonnables et de nature distincte. D'ailleurs, dans leur apparente ampleur, ils ne recouvrent pas l'ensemble du champ considéré puisque le Domaine des écoles polytechniques fédérales, la recherche sur mandat, les hautes écoles spécialisées, ne sont pas compris dans les projets présentés.

Les données politiques de notre décision sont connues, nous ne devons pas affaiblir le niveau de la qualité de la science en Suisse, pays qui avait pris une certaine avance dans quelques secteurs et qui, à ce titre, figurait en bonne place en comparaison internationale, mais il serait imprudent de parier que tel est toujours le cas. La place scientifique helvétique s'est affaiblie. Pour la première fois, 1992 a vu les investissements scientifiques des entreprises suisses être faits majoritairement à l'étranger, et 1993 n'a pas enregistré un renversement de la tendance. Certes, la différence n'est pas encore considérable, il s'agit de 1 à 2 pour cent, elle n'en reste pas moins significative.

Le Conseil fédéral a raison de rappeler que le lien entre le lieu de recherche et le lieu de production représente un facteur capital pour le développement économique de notre pays. Ainsi donc, on constate, pour parler très simplement, que nous sommes encore bons, mais que nous faiblissons et qu'il convient de s'engager plus vivement dans ce domaine décisif. Or, c'est le moment choisi pour réduire ces efforts, pour couper le faible élan qui avait été donné. La politique ne se nourrit pas que de logique, mais elle ne saurait être renforcée par une contradiction aussi forte.

Nous soulignons les arguments qui ont été apportés:

1. La Confédération doit soutenir les universités dans leur tâche fondamentale par des subsides de base. En 1973, nous le rappelons, on parlait du côté du Conseil fédéral d'un soutien qui devait être de l'ordre de 25 pour cent du subventionnement universitaire de base. Or, ces subventions n'ont cessé de diminuer, pour s'établir entre 12 et 14 pour cent au fil des années.

2. Il est indispensable d'encourager la recherche fondamentale et la recherche orientée par des financements de programmes à moyen et à long terme, et les montants proposés sont ici à nouveau réduits de façon très significative. On doit insister sur la collaboration entre la recherche et l'économie, et les programmes qui favoriseraient cette indispensable symbiose se trouvent à leur tour eux aussi mutilés.

Nous vous demandons donc d'abord de suivre au moins les conclusions de la majorité de la commission. Nous aurons l'occasion bien sûr d'en reparler.

Si nous envisageons les institutions, nous ne pouvons que constater une fois encore un certain enchevêtrement des responsabilités. C'est un thème lui aussi chronique et répétitif, mais nous croyons nécessaire d'insister sur ce point encore. Nous apprécions, et nous le disons en toute clarté, les efforts déployés par le Groupement de la science et de la recherche. Ces efforts n'ont pas encore pu tous porter leurs fruits. Nous n'allons pas reprendre l'antienne des compéten-

ces respectives de la Conférence universitaire suisse et du Conseil suisse de la science, du Conseil des EPF et des impossibles arbitrages, de l'autonomie des académies et du Fonds national suisse de la recherche scientifique, de la coordination toujours recommencée des hautes écoles entre elles, de leur huit instituts des sciences de la terre, de leurs facultés de pharmacie et de leur formation des architectes. Mais nous rappelons que la mise sur pied du système des hautes écoles spécialisées, que nous ne connaissons pas encore, ne simplifiera pas l'organigramme et que la recherche devra faire l'objet d'une coordination stricte.

Chacun s'accorde sur le diagnostic, l'anamnèse est connue, reste la thérapie. Peut-être que le temps de l'homéopathie est révolu et que la chirurgie devrait ainsi s'imposer. Il convient, et le Conseil fédéral en tombe d'accord, d'organiser fermement le domaine de la recherche au sein de l'administration elle-même. C'est vrai, les sept départements ont tous, à des degrés bien sûr très variables, une certaine responsabilité dans le secteur de la recherche. Nous attendons la réforme gouvernementale et administrative avec ce qui est plus que de l'intérêt. Entre cantons et Confédération, les structures de coordination peuvent encore être améliorées, chacun en convient, on y travaille et c'est tant mieux.

Parlons un peu d'argent. Tout est conditionné par l'état des finances fédérales, assurément. Au moment où un effort marqué devrait être fourni, on doit se contenter d'assurer les acquis. Mais les assure-t-on? Avec un taux de croissance nominal de 2,5 pour cent, taux qui ne comprend pas les restrictions d'ores et déjà décidées dans le cadre des programmes d'assainissement, c'est dire que l'aide apportée aux universités reste très éloignée des besoins réels, que l'encouragement de la recherche est certes mieux reconnu, même si le frein mis au développement est ressenti avec netteté. Nous insistons pour que les programmes prioritaires puissent être assumés dans des conditions normales. Le financement peut et doit être établi au niveau que le Conseil national a défini.

Pour ne pas être exagérément long, nous souscrivons rapidement aux amendements proposés sur le plan législatif. Ces amendements tendent à une souhaitable simplification de procédure. Nous ne pouvons donc que nous y rallier.

**Daniöth Hans (C, UR):** Das Bildungskapital ist nach wie vor der wertvollste Rohstoff unseres Landes. Die europapolitischen Entscheidungen der letzten Zeit haben unsere Herausforderung in dieser Beziehung sogar noch erhöht, wollen wir unserer Jugend den Zutritt zu den Bildungsstätten im nahen und fernem Ausland nicht verbauen sowie den Absolventen der Höheren Lehranstalten aller Stufen durch gleichberechtigte Ausweise den Wettbewerb in der internationalen Wirtschaft ermöglichen.

Die Schweiz hat, wie die Befragungen der Experten, vor allem von Frau Professor Verena Meyer, Präsidentin des Schweizerischen Wissenschaftsrates, eindrücklich belegten, im internationalen Vergleich in der Bildung und Forschung nach wie vor einen Spitzenrang inne. Mit knapp 3 Prozent Anteil am Bruttoinlandprodukt nehmen die Forschungs- und Entwicklungsausgaben der Schweiz weltweit den zehnten Rang ein, bei den naturwissenschaftlichen Nobelpreisträgern in der Zeitspanne von 1902 bis 1993 sogar den fünften Rang.

Die Bildung ist zwar vorab eine Domäne der Kantone, die ihre Aufgabe trotz föderalistischem Aufbau optimal und – dank Koordination durch die Erziehungsdirektorenkonferenz – auch effizient wahrnehmen.

In diesem Zusammenhang darf sicher einmal die in den letzten Jahren sprunghaft gestiegene Zahl der Frauen an den höheren Lehranstalten hervorgehoben werden. Gerade in der Innerschweiz wurde ein gewaltiger Sprung nach vorne getan. Oftmals belegen Mädchen in den Mittelschulen mindestens die Hälfte der Plätze; das ist erfreulich.

Die Verteilung der Aufgaben der Forschung zwischen Staat und Wirtschaft ist sehr unterschiedlich. Von 1989 bis 1992 haben die Forschungsausgaben der Wirtschaft im Inland um 9 Prozent abgenommen, in der Zeit von 1986 bis 1992 jene

im Ausland aber um 35 Prozent zugenommen, und heute belaufen sie sich auf über die Hälfte der gesamten Aufwendungen der Wirtschaft für Forschung und Entwicklung. Das Spiegelbild zeigt sich darin, dass die meisten grossen Firmen Arbeitsplätze in der Schweiz abgebaut und ins Ausland verlagert haben, wie wir bei der Behandlung der Botschaft über die Finanzierung der Tätigkeit der Kommission zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (KWF) im nationalen und europäischen Rahmen (Eureka) in den Jahren 1996 bis 1999 (94.103) gesehen haben.

Bemerkenswert ist auch der Hinweis, dass das Niveau der staatlichen Aufwendungen im Bereich von Forschung und Entwicklung in den letzten zwanzig Jahren durchaus stabil geblieben ist. Für die Arbeitslosenversicherung haben wir im Jahre 1993 doppelt soviel Geld ausgegeben wie für Forschung und Entwicklung. Wäre es nicht sozial sinnvoller und wirtschaftlich effizienter, darauf hinzuwirken, dass dieses Ungleichgewicht etwas abgebaut wird? Solche Dimensionen und Relationen muss man im Auge behalten, wenn man an die Bewilligung der Kredite zugunsten der Bildung und Forschung für die letzten vier Jahre vor der Jahrtausendwende herantritt.

In Anbetracht der steigenden Anforderungen ist es sicher unabdingbar, dass Prioritäten gesetzt werden, was unweigerlich auch Posterioritäten nach sich zieht. Wenn man auch in unserer Kommission die starke Mitsprache der Lehr- und Forschungsanstalten bei dieser Entscheidung bestätigt erhalten hat, so besteht doch nicht eitel Freude über gewisse Zurücksetzungen. Da ist einmal die bereits vom Kommissionspräsidenten erwähnte Forstwirtschaft zu nennen, die einen Abbau erfahren soll, was den Verantwortlichen der Branche zu Besorgnis Anlass gibt, weisen sie doch mit Recht auf die Notwendigkeit hin, vermehrt die Naturgefahren im Zusammenhang mit dem unbestreitbaren Klimawechsel erulieren zu können.

Schwer nachvollziehbar ist auch der geplante Abbau im Bereich der Kern- und Teilchenphysik am Paul-Scherrer-Institut. Ich hoffe sehr, dass damit nicht negative Präjudizien im Entscheidungsprozess für die Offenhaltung der Kernenergie gesetzt werden.

Im übrigen ist unter Hinweis auf die im Frühjahr verabschiedete Botschaft zu den KWF-Projekten zu sagen, dass die Schwerpunktprogramme für die zukünftige Forschung in unserem Lande von entscheidender Bedeutung sind. Dies gilt vorab für die Schwerpunktprogramme im ETH-Bereich, insbesondere die Mikro- und Nanosystemtechnik. Wie ich mir von kompetenter Seite aus dem Lehrkörper der ETH bestätigen liess, wird die Forschung an den Ingenieurabteilungen der ETH im allgemeinen von Teams diplomierter Ingenieure getragen. Einerseits ermöglicht erst die eigene Forschung eine Lehre auf akademischem Niveau, andererseits werden Ingenieure angehalten, in eigener Verantwortung neue Lösungen in komplexen Systemen zu suchen, was mit der Ausbildung hochqualifizierter Kräfte für die Wirtschaft gleichbedeutend ist.

Noch vor zehn Jahren war es leicht möglich, von Industriepartnern Kredite für diese Forschung zu erhalten. Heute sind, wie man mir versichert, diese Quellen fast versiegt. Es ist gerade für die kleinen und mittleren Unternehmungen (KMU) und damit für die schweizerische Wirtschaft allgemein ein Gewinn, wenn mittels der Schwerpunktprogramme ein lokales Forschungsfeld sichergestellt wird, in dem ETH und Wirtschaft kooperieren können. Es muss auf jeden Fall vermieden werden, dass erfolgreiche Schwerpunktforschungsprogramme auf den 31. Dezember dieses Jahres einfach abgebrochen werden müssen. Aus diesem Grund muss rechtzeitig Gegensteuer gegeben werden. Die Aufstockung um 36 Millionen Franken gemäss Beschluss des Nationalrates und Antrag unserer Kommission ist daher unabdingbar. Sie bedeutet nicht eine substantielle Aufstockung, nicht eine Erhöhung, sondern sie korrigiert bloss ein wenig die übermässigen Kürzungen durch den Bundesrat. Da im 4. Rahmenprogramm der EU-Forschung 66,6 Millionen als Beitrag der Schweiz eingebaut werden sollen, würden sonst nur noch 43,4 Millionen Franken für diese wichtigen Schwer-

punktprogramme zur Verfügung stehen. Das wären noch ganze 20 Prozent der ursprünglich geforderten Summe, wie man mir dargelegt hat.

In den heutigen Zeitungen lesen wir alarmierende Meldungen über den Verlauf der bilateralen Verhandlungen. Eine Schlagzeile der «Luzerner Zeitung» und der «Urner Zeitung» lautet: «Forschungsverhandlungen mit der EU in der Sackgasse.» Es heisst: «Seit Wochen gibt es keine Bewegung in den bilateralen Forschungsverhandlungen zwischen der Schweiz und der EU. Die blockierten Forschungsverhandlungen können nur mit einem politischen Entscheid neu belebt werden.» Was heisst das im Klartext? Unser Land hat hier als «Musterknabe» Leistungen erbracht. Wir haben Kredite bewilligt. Herr Staatssekretär Ursprung, der hier anwesend ist, hat wiederholt darauf hingewiesen, dass wir praktisch das geleistet haben, was man von uns korrekterweise erwarten konnte, damit wir auch in den Bedingungen für die Mitarbeit in diesen Projekten gleichberechtigt werden. Und nun wird das abgebogen, indem erklärt wird: Das ist alles gut und recht; wir machen nun das Junktim mit anderen Dossiers, das wird nun politisch mit den anderen Dossiers zusammengehängt.

Ich persönlich betrachte hier und jetzt die weitere Bearbeitung des EU-Dossiers bezüglich Forschung gleichsam als Nagelprobe für die Aufrichtigkeit der EU in der Hinsicht, ob sie die Schweiz als Partnerin anerkennt.

Denn die Schweiz hat nun wirklich Vorleistungen erbracht. Wäre die Kürzung unserer eigenen Kredite, welche für die inländische Forschung bestimmt sind, in diesem Zeitpunkt nicht ein völlig falsches Signal an die Behörde in Brüssel? Ich möchte Ihnen die Beurteilung dieser Frage überlassen, glaube aber, dass wir hier Gegensteuer geben müssen.

In gleicher Weise unterstütze ich auch die stärkere Gewichtung des Schwerpunktprogrammes im Aufgabenbereich des Nationalfonds. Wenn insbesondere das sozialwissenschaftliche Programm «Zukunft Schweiz» nicht nur am grünen Tisch und es vor allem ohne ideologischen Ballast durchgeführt wird, kann es wertvolle Hinweise für die Gestaltung von Gesellschaft und Staat in unserem Lande an der Schwelle des neuen Jahrhunderts geben. Wer weiss, vielleicht bekommen wir sogar interessante Impulse für eine vertiefte Verfassungskonvention im Jubiläumsjahr 1998!

Auf alle Fälle unterstütze ich auch diesbezüglich die Anträge der Kommissionsmehrheit und empfehle Ihnen Eintreten und Zustimmung.

**Onken Thomas (S, TG):** Auch ich möchte Ihnen Eintreten auf diese Vorlage und Zustimmung zu den Anträgen der Kommission bzw. Kommissionsmehrheit empfehlen.

Ich möchte zunächst die grosse Arbeit anerkennen und würdigen, die hinter dieser umfassenden Botschaft steht. Ich würdige auch all die kleineren und grösseren Fortschritte, die in den vergangenen Jahren, seit der letzten Diskussion im Jahre 1991, erzielt worden sind. Ich anerkenne, dass uns der Bundesrat in einer finanziell schwierigen Zeit eine Botschaft zur Forschungsförderung vorlegt, die immerhin ein Wachstum von 2,5 Prozent vorsieht, und das ist nicht wenig.

Der Bundesrat setzt also eine klare politische Priorität, und ich glaube, wir alle unterstützen ihn dabei, im Wissen darum, wie wichtig Wissenschaft, Forschung und Entwicklung, aber auch das Hochschulwesen insgesamt für unser Land sind. Wir sind hier in einem harten Wettbewerb. Wir sind enorm herausgefordert, und ich habe nicht den Eindruck, dass das schon überall in ausreichender Masse erkannt wird.

Herr Daniöth hat soeben die Zahlen dargelegt, die alarmierend sind. Die Abwanderung hat begonnen. Auch in der Forschung findet eine Globalisierung statt. Geforscht werden kann überall, und die Mittelallokation erfolgt auch in diesem Bereich immer freier und internationaler.

Wir müssen versuchen – diese Botschaft ist ein Beitrag dazu –, den Vorsprung, den wir einmal gehabt haben, zu verteidigen, zu erhalten. Der Vorsprung ist in den letzten Jahren und Jahrzehnten doch immer kleiner geworden – nicht weil wir wesentlich schlechter geworden wären, sondern insbesondere weil die anderen aufgeholt haben.

Aber um diese Anstrengungen leisten zu können, braucht es auch Klarheit, verlässliche Angaben, einen Orientierungsrahmen mit verbindlichen Eckwerten. Es braucht Analyse und Selbstkritik – nicht nur wohlwollendes Schulterklopfen und die Bestätigung, wie gut wir sind und wie gut wir es machen, sondern auch, wie gesagt, Selbstkritik und in einem konstruktiven Sinne Analyse. Und da möchte ich mich nun doch in ein paar Punkten zu dieser Botschaft äussern.

Der erste Punkt betrifft die Rechenschaftsablage und die Bewertung der vorangehenden vier Jahre. In der Botschaft gibt es dazu einzelne Elemente und gewisse Übersichten, das anerkenne ich. Doch ich finde, dieser Teil fällt entschieden zu dürrig aus.

Wo haben wir die Ziele wirklich erreicht, die wir uns gesetzt haben, wo haben wir sie verfehlt? Wo haben wir Erfolge erungen, wo mussten wir gewisse Misserfolge hinnehmen? Wo stehen wir international? Wie sieht das Stärken- und Schwächenprofil der schweizerischen Wissenschaft und Forschung aus?

Es fehlen meines Erachtens ein differenziertes Bilanzieren, was in den letzten vier Jahren geschehen ist, und eine sorgfältige Bewertung des Geleisteten, und das betrachte ich als einen Mangel. Auch der Versuch fehlt, das Erreichte noch strikter an die Ziele zu knüpfen, die gesetzt worden sind. Der Soll-Ist-Vergleich ist viel zu wenig ausgebaut.

Auch der Versuch, Kriterien zur Beurteilung und Bewertung von Wissenschafts- und Forschungsleistungen zu finden, muss noch verstärkt werden. Ich glaube, dieser Ruf erschallt zurzeit überall. Das Anliegen muss auch in die Forschung Eingang finden, so schwierig dieses Unterfangen da und dort auch sein mag. Ich meine auch, die Forderung nach einer solchen Bewertung lässt sich durchaus mit dem Bekenntnis zu einer freien und autonomen Forschung verbinden. Das Bekenntnis zu einer solchen Forschung – früher hat man von Grundlagenforschung gesprochen, heute würde man vielleicht eher von freier Forschung sprechen –, zu einer Forschung, die sich inhaltlich an selbstgesetzten Zielen orientiert, möchte ich hier ausdrücklich ablegen. Ich bin überzeugt, das ist wichtig, und hier sollte auch nicht eine kleinliche Einbindung erfolgen.

Doch selbst diese Grundlagenforschung, diese freie Forschung, muss sich der Frage der Bewertung des Mitteleinsatzes und des Erfolges, den sie erbracht hat, stellen.

Ein zweiter Punkt betrifft die strategische Ausrichtung und auch die Koordination. Hier nehme ich die Kritik auf, die Kollege Cavadini Jean bereits geäussert hat. Ich habe gehofft, in dieser Botschaft überzeugendere Nachweise und auch Erfolgsausweise für Koordinationsanstrengungen zu finden. Ich habe gehofft, auf Vorschläge für die Vereinfachung der Strukturen zu stossen, wie sie Kollege Jagmetti zuvor bei der Stellungnahme zum Geschäftsbericht des EDI angesprochen hat. Er hat ja, wie übrigens viele Forscherinnen und Forscher in diesem Land, auch die Überstrukturierung beklagt, die langatmigen Wege und eine gewisse Bürokratisierung, die wir ebenfalls in Frage stellen müssen und wo wir zu Vereinfachungen kommen sollten.

Die Kommission hat kürzlich einen ersten Anlauf genommen, um dieses Geflecht der Organe und Verfahrenswege etwas zu entwirren und vielleicht Vereinfachungsvorschläge einbringen zu können. Wir sind, das räume ich ein, nicht sehr weit gekommen, aber die grundsätzliche Forderung an den Bundesrat, an die Verwaltung und insbesondere natürlich an die Gruppe bleibt bestehen. Über Fortschritte in dieser Richtung gibt die Botschaft kaum hoffnungsvolle Auskünfte.

Ein dritter Punkt, der meines Erachtens auch im Nationalrat zu Recht beanstandet worden ist, ist die Frage des Flusses der finanziellen Mittel. Wie verteilen sich diese? Wir verteilen hier 3,9 Milliarden Franken, das ist viel Geld. Aber wir haben eigentlich wenig Transparenz darüber, wohin diese Mittel exakt fliessen. Die Wege sind ja teilweise sehr verschlungen. Mit den einfachen Rubriken, die die Botschaft oder allenfalls auch die Rechnung des Bundes ausweisen, kommt man nicht zurecht. Man hat einen vergleichsweise geringen Durchblick, wohin die Mittel fliessen, in welche Töpfe sie teil-

weise auf Umwegen und unübersichtlichen Pfaden gelangen, wer sich wo und auf welche Art und Weise bedient. Das alles bleibt intransparent. Diese Mittelallokation muss in Zukunft durchsichtiger gemacht werden, sei es in einer künftigen Botschaft oder in anderer Weise. Ich glaube, das ist auch für die parlamentarische Beurteilung und Bewertung ein wesentliches Instrument.

Ein vierter Punkt betrifft die Ressortforschung. Herr Bieri hat heute morgen über diesen Bereich referiert, der von uns noch immer überprüft und begleitet wird. Das geht auf die Inspektion zurück, die die Geschäftsprüfungskommission Ende der achtziger Jahre unter der Leitung von Frau Rosmarie Simmen durchführte und die in ein Postulat mit klaren Empfehlungen und Erwartungen ausmündete, die man in diesem Bereich hegt. Ich muss auch nach den neuesten Auskünften, die wir bekommen haben, sagen: Hier sind zwar ebenfalls Verbesserungen erreicht worden, aber die Forderungen sind leider noch längst nicht eingelöst. Sie bleiben weiterhin bestehen, und es bedarf energischer Anstrengungen, um bei der Ausbildung der Forschungsverantwortlichen in der Bundesverwaltung, bei der Begleitung der Projekte, bei der Evaluation und bei der Veröffentlichung und Umsetzung der Ergebnisse Fortschritte zu erzielen. Dieser Bereich ist vom Bund nach wie vor unbefriedigend geregelt. Die Forderungen, die damals von der Geschäftsprüfungskommission erhoben wurden, sind höchstens teilweise, aber noch längst nicht in ausreichendem Mass erfüllt.

Der fünfte und letzte Punkt, den ich ansprechen möchte, ist die Technikfolgenabschätzung oder die Technikforschung. Auch hier kann man zwar zumindest auf erste Ansätze hinweisen, die wir ja das letzte Mal auch energisch gefordert haben. Es beginnt sich im Umfeld des Wissenschaftsrates immerhin etwas zu entwickeln, aber der Aufbau ist doch vergleichsweise zaghaft, die Umsetzung noch recht zögerlich. Man könnte den Vergleich mit dem halbvollen oder halbleeren Glas anstellen. Je nachdem, wie man es betrachten will, wird man das Erreichte bereits loben oder eben die zu kleinen, zu halbherzigen Schritte kritisieren. Ich neige eher zum Letzteren. Ich glaube, es braucht hier mehr Anteilnahme und klarere Zielvorgaben. Es braucht für diesen Bereich auch die entsprechenden Mittel, die ja an sich reserviert sind, damit wir endlich Fortschritte erzielen. Man kann nicht einerseits die Technikfeindlichkeit oder den Technikskeptizismus in unserem Lande beklagen und andererseits diesen Bereich so stiefmütterlich behandeln, wie das bis anhin geschehen ist. Denn gerade die Technikfolgenabschätzung kann einen vertrauensbildenden Beitrag leisten, und der scheint mir unbedingt notwendig zu sein.

Ich bin also für Eintreten, ich bin für Zustimmung, aber ich bitte darum, Frau Bundesrätin, dass man die parlamentarischen Vorstösse, die vor vier Jahren eingereicht und die noch nicht alle erfüllt worden sind, ernst nimmt, dass man versucht, für eine weitere Botschaft endlich die entsprechenden Konsequenzen daraus zu ziehen. Das gleiche gilt auch für die neuen Vorstösse, die an diese neue Botschaft anknüpfen; vielleicht wird uns ja auch einmal ein Zwischenbericht vorgelegt. Darin möchte ich dann einen Niederschlag sehen. So können wir doch wenigstens schrittweise vorankommen und zu einer grösseren Transparenz gelangen, um damit zu einem besseren Instrumentarium der Beurteilung und der Bewertung des Einsatzes dieser ganz erheblichen Mittel zu gelangen, die wir hier bewilligen.

**Martin Jacques (R, VD):** Permettez-moi en préambule de préciser que j'essaierai d'éviter, dans la mesure du possible, dans mon intervention, les lieux communs habituels revenant à chaque débat touchant la science et la recherche.

Il est quand même bon de rappeler que notre pays traverse une crise conjoncturelle, structurelle et culturelle grave. Nos finances publiques sont en mauvais état, et, vous en conviendrez, c'est un euphémisme! Il importe dès lors de ne pas réduire linéairement nos charges, mais bien de faire des choix de priorités. Nous devons en faire un ce matin et je vous invite à suivre votre commission qui, à mon sens, a fait un bon choix.

Ce double crédit qui dans sa globalité peut paraître impressionnant s'inscrit dans la ligne minimum des efforts consentis par nos prédécesseurs politiques, responsables de la bonne marche de ce pays.

La diminution de l'aide de base aux universités est inquiétante, car souvent, pratiquement toujours d'ailleurs, les cantons universitaires doivent trouver les compensations de plus en plus difficilement. Certes, il nous importe à tous de mieux coordonner et ceci à tous les niveaux, cantons/Confédération ou canton à canton, sur le plan de l'université. Des efforts très sérieux – situation financière oblige – sont entrepris. De grâce, dans cette période de transition difficile, sachons maintenir un minimum de moyens afin de sauver les structures de formation dans les hautes écoles indispensables à notre jeunesse.

Les programmes de recherche prioritaires demandent eux aussi un effort maximum. Minast présente à cet égard un exemple intéressant de nouvelle philosophie de la participation de l'industrie à un cofinancement. Cette interpénétration de la recherche et du développement permet à notre économie de se maintenir à la pointe du progrès, et d'être dès lors compétitive. En étant compétitive, elle crée des emplois producteurs de richesse, ce qui reste à terme la meilleure manière de lutter contre le chômage!

Le président l'a relevé tout à l'heure dans son rapport, un certain flou persiste, Madame la Conseillère fédérale, quant à l'avenir des sciences de la terre au Poly de Zurich, tout particulièrement en ce qui concerne la foresterie. Les futures HES, dans la version de la loi adoptée par notre Conseil ce printemps dernier, ont écarté les formations intermédiaires touchant à la forêt. Il importe dès lors que nous maintenions au niveau universitaire la profession d'ingénieur forestier qui, dans l'évolution de la relation que notre société entretient avec la nature forestière, est indispensable par sa polyvalence. Il suffit de penser à la recherche scientifique qui nous permettra à terme de connaître et surtout d'anticiper les effets destructeurs de notre civilisation sur la forêt.

En conclusion, je vous invite à suivre la proposition de la majorité de votre commission.

**Bloetzer Peter (C, VS):** Bei dieser Vorlage geht es um die Weiterführung der Hochschul- und Forschungsförderung in den Jahren 1996–1999. Dabei stellt sich sicher nicht die Frage, ob wir auf die Vorlage eintreten wollen. Vielmehr geht es darum, wie hoch die Kredite für die Jahre 1996–1999 angesetzt werden sollen. Im Auge zu behalten sind dabei nicht nur die öffentlichen Finanzen, sondern auch die übergeordneten Interessen unseres Landes. Im Bereich der Wissenschaft und der Forschung muss der Bund weiterhin als verlässlicher Partner von Wirtschaft und Gesellschaft auftreten. Darum geht es im wesentlichen. Aus dieser Sicht bietet uns die Vorlage Gelegenheit zu einigen forschungspolitischen Überlegungen:

Die konzeptionelle und strategische Arbeit im Bereich der Forschungs- und Wissenschaftspolitik muss schwergewichtig weiterverfolgt werden. In diesem Punkte teile ich die Meinung der Vorredner. Der Forderung nach mehr Kohärenz und nach einer vertieften Gesamtkonzeption im Bereiche der Wissenschaftspolitik kann ich mich anschliessen.

Allerdings ist für mich dabei die Reform der Strukturen keineswegs prioritär. Sie darf nicht Selbstzweck sein. Der Inhalt und das Resultat sind wichtiger als die Form. Das natürlich Gewachsene hat seine Vorzüge und beinhaltet oft eine eigene Weisheit. Bei raschen Strukturreformen kann man den Dingen oft nicht «an die Wurzeln» gehen, und die Gründe, warum etwas auf seine Art gewachsen ist, sind oft schwer zu erkennen. Wenn man diesen Ruf nach Kohärenz und vermehrter Führung werten will, muss man zwischen Grundlagenforschung einerseits und angewandter Forschung andererseits unterscheiden, und dies, obwohl der Übergang zwischen den beiden Bereichen immer mehr fließend wird. Zum einen haben die Hochschulen und die Forschungsstellen die Aufgabe, in unserer Gesellschaft als eigentliche Vordenker, als Think-tanks, zu wirken. In diesem Bereich ist die Arbeit ein gutes Stück weit zeitunabhängig. Es geht dabei

insbesondere um die Förderung des kulturellen Erbes und um die Grundwerte in Staat und Gesellschaft. Diese Arbeit kann wohl evaluiert werden, aber eine eigentliche, unmittelbare Erfolgskontrolle kann in diesem Bereiche sicher nicht bis ins letzte angestrebt werden.

Der andere Bereich ist mehr anwendungsbezogen, und hier ist der Ruf nach Führung, nach klarer Formulierung von Leistungsaufträgen und nach Erfolgskontrolle berechtigt und angezeigt. Hier müssen die wissenschaftspolitischen Behörden, aber auch der Bundesrat und das Parlament sowie die übrigen Verantwortungsträger in Wirtschaft und Gesellschaft Ziele formulieren und den Erfolg auch tatsächlich kontrollieren und korrigierend eingreifen.

In diesem Zusammenhang hätte man wohl erwarten dürfen, dass die Botschaft vermehrt auf die grossen Probleme der Zeit in Gesellschaft und Staat eingegangen wäre, diese aufgezeigt und die Festlegung von Prioritäten bei diesen Zielen vorgenommen hätte. Eines der grossen Probleme ist die Stärkung der Wohlfahrt und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft.

Herr Bundespräsident Villiger hat es gestern hier in diesem Rat klar ausgedrückt: Wir müssen wirtschaftliches Wachstum sicherstellen. Es ist dies eine Voraussetzung, damit wir die Probleme in Staat und Gesellschaft lösen können. Wir müssen als Wissenschafts- und Forschungsstandort konkurrenzfähig sein und bleiben. Wir müssen aber auch den raschen Wissens- und Technologietransfer zur Wirtschaft – insbesondere zu den KMU – sicherstellen, und dies nicht nur in den Ballungszentren, sondern auch in der Fläche, in den Regionen. Unsere Wirtschaft muss voll auf Innovation setzen, wenn sie in Zukunft konkurrenzfähig bleiben will. Die KMU sind die Innovationsträger. Sie schaffen die neuen Arbeitsplätze in unserem Lande. Ich verweise hierzu auf unsere Beratungen anlässlich der KWF-Vorlage (94.103). Freilich gibt es grosse Probleme, die nicht mit Wachstum allein gelöst werden können. So geht zum Beispiel auch aus einer Studie der OECD hervor, dass Vollbeschäftigung nicht allein durch Wachstum sichergestellt werden kann. Es wird neue Ansätze brauchen, vorab auch im sozialen und gesellschaftspolitischen Bereich. In diesem Sinne zeigt die Botschaft die Dinge richtig auf. Der Nationalrat und die Mehrheit der Kommission haben richtig entschieden, wenn sie gerade diesen Bereich nicht vernachlässigen und sicherstellen wollen, dass hier keine Streichungen vorgenommen werden. Ich bin für Eintreten und beantrage Ihnen Zustimmung im Sinne der Kommissionsmehrheit.

**Dreifuss Ruth, conseillère fédérale:** Beaucoup de choses ont été dites, et je ne voudrais pas les répéter. J'aimerais rappeler en quelques mots le but que nous nous sommes impartis pour les quatre ans à venir ainsi que ce que nous avons l'intention de faire pour réaliser les demandes que le Parlement nous soumet maintenant ou nous a déjà soumises.

Les tâches principales pour les quatre ans à venir sont de différents ordres:

1. Plusieurs d'entre vous l'ont souligné, il s'agit tout d'abord de maintenir le niveau de qualité de la science en Suisse. Ce niveau est élevé, mais, ne nous y trompons pas, il résulte d'investissements faits dans le passé, et il n'est pas garanti si nous ne sommes pas prêts à faire aujourd'hui les mêmes investissements. Plusieurs d'entre vous ont souligné le caractère inquiétant de certaines tendances, je pense en particulier à la délocalisation des activités de recherche et de développement de l'économie suisse.

La Confédération est appelée à soutenir les universités dans leurs tâches capitales: la formation de base, mais aussi la formation de la relève scientifique, qui a été évoquée tout à l'heure, la formation avancée de futurs cadres et la recherche. Nous devons encourager la formation par des subventions de base annuelles, nous devons soutenir la recherche libre et la recherche orientée. Je remercie tous ceux qui ont plaidé ici la cause de la recherche libre, laquelle ne signifie pas que l'on ne doit pas rendre des comptes concernant la qualité des recherches effectuées, mais bien que les sujets

de recherche sont déterminés par la communauté scientifique. De même, le contrôle de qualité se fait par la communauté scientifique, et il est sévère lorsqu'on l'envisage sur le plan international et que l'on appelle à la rescousse des chercheurs de notoriété internationale pour juger ce qui se fait ici. Je remercie aussi ceux qui ont plaidé en faveur de la recherche orientée. En outre, et cela fait partie du même chapitre du niveau de qualité de la science suisse, au cours des quatre ans à venir, nous devons également améliorer la collaboration entre la recherche et l'économie.

2. Nous devons ouvrir la recherche suisse plus largement encore au monde extérieur. Nous sommes actuellement engagés dans des négociations bilatérales avec l'Union européenne et M. Daniöth a demandé où nous en étions. Je ne peux pas partager tout à fait l'appréciation extrêmement critique de M. Daniöth envers l'Union européenne. Selon lui, il y aurait peut-être, à la limite, un certain manque de bonne foi ou de diligence à notre égard, dans une politique qui lierait les différents dossiers actuellement en discussion. Nous savions d'entrée de cause que ces négociations sectorielles seraient malgré tout la négociation d'un paquet. Ce que nous ne connaissons pas aujourd'hui, c'est la géométrie exacte de ce paquet. Vous savez qu'actuellement, les discussions portent sur l'idée – un peu déplacée en cette saison, mais qui pourrait tout à fait nous satisfaire – d'une «Frühernte», d'une récolte précoce qui permettrait effectivement de boucler un certain nombre de négociations sectorielles, de façon à en faire malgré tout un ensemble équilibré. C'est la notion qui intéresse nos partenaires de l'Union européenne et qui permettrait de mettre sous toit, plus rapidement que si l'on devait attendre «eine Späternte», les résultats de nos négociations dans le domaine de la recherche. Ces négociations ont bien avancé, dans un double sens, d'ailleurs: pour une solution à long terme, c'est-à-dire la négociation proprement dite, mais aussi parce que nos chercheurs peuvent actuellement participer, projet par projet, aux appels d'offre du 4e programme de recherche de l'Union européenne.

M. Ursprung, secrétaire d'Etat, dont vous avez souligné avec raison l'infatigable activité sur le front de la négociation internationale, vient de me communiquer que nous avons un immense écho en Suisse quant à ces appels d'offre du 4e programme. Environ 400 propositions en provenance de la Suisse ont déjà été déposées à Bruxelles, dans un cadre qui nous permet de participer à cette recherche, aussi en tant que leader intellectuel et scientifique, même si la gestion du projet ne peut pas être assumée par une équipe suisse à cause de notre caractère extérieur à l'Union européenne. Vous avez souligné avec raison, Monsieur Daniöth – je ne reprendrai pas le titre que vous avez cité: «Forschungsverhandlungen in der Sackgasse», c'est le contraire qui est vrai, elles avancent, elles aboutissent, elles permettent déjà d'éviter une marginalisation de la Suisse –, que c'est l'ensemble des négociations qui doit arriver à cette vendange, et j'espère avec vous que ce sera une vendange précoce, moins ambitieuse que celle que demande l'Union européenne.

Vous savez que le point principal en discussion touche à la libre circulation des personnes. Sur ce plan, la position du Conseil fédéral est très claire. Il faut que nous supprimions toute discrimination à l'égard des ressortissants de l'Union européenne, mais nous ne sommes pas prêts à renoncer à un contrôle quantitatif aux frontières, c'est-à-dire à un système de contingent qui, pour nous, a une importance majeure dans la gestion du marché du travail. Il est clair que nous avons du grain à moudre, et que nous avons encore des moyens, dans le cadre de la négociation de progresser en faveur de l'absence de discrimination des ressortissants de l'Union européenne. Mais les négociations ne me paraissent pas dans l'impasse.

J'aimerais ajouter que les efforts que nous faisons pour intégrer la recherche suisse dans la recherche de l'Union européenne ne nous fait pas oublier une autre tâche fondamentale qui est celle d'intensifier nos contacts avec les autres pays du monde, en particulier avec le Japon et les Etats-Unis d'Amérique. Nous avons mené dans les deux domaines des négociations qui devraient nous conduire à des structures ré-

gulières d'échanges d'informations, cela sous le titre de table ronde.

3. Le troisième élément clé de notre tâche pour les quatre ans à venir, c'est de réformer les études. Là, bien sûr, nos possibilités de réforme sont limitées, dans la mesure où nous devons le faire avec les universités, à l'intérieur des universités, nous devons même compter dans certains cas avec l'autonomie des facultés. Il faut susciter le débat sur le fait que nous avons des durées d'études trop longues – je pense en particulier à la Suisse alémanique; la Suisse romande pratique des cycles d'études plus courts en général –, que nous avons besoin de mieux structurer les cycles d'études, de mieux articuler la formation de base et la spécialisation.

4. La quatrième tâche, c'est de renforcer la coopération entre les universités. J'y reviendrai tout à l'heure dans les questions de coordination. Nous avons fait des progrès dans ce domaine. Je pense en particulier à la physique des corps solides répartie entre Genève et Zurich, à la physique des plasmas à Lausanne, à une concentration en physique aérospatiale et du climat à Berne. Vous voyez ainsi que la physique, par exemple, est en train de se réorganiser par spécialisation, c'est un modèle que nous entendons suivre également dans d'autres disciplines.

Puis, certains orateurs l'ont soulevé, la création des hautes écoles spécialisées nous amènera de plus en plus à rendre cohérent le système de l'enseignement supérieur. C'est une nécessité absolue non seulement sur le plan de la cohérence de la politique de la Confédération, mais également sur celui des passerelles qu'il faut créer entre les deux systèmes et de la meilleure définition de ce qui doit rester du domaine des universités et de ce qui doit devenir du domaine des hautes écoles spécialisées. Je ne soulignerai jamais assez qu'elles n'ont pas uniquement une tâche d'enseignement, mais également une tâche de recherche orientée ou de recherche appliquée.

J'en viens au point de la réforme des structures de la politique de la science. Moins durement qu'au Conseil national, vous avez quand même mis en évidence des espoirs qui étaient attachés à ce domaine et certaines déceptions peut-être ressenties à la lecture du message. Le président de votre commission a souligné – et je partage son point de vue – qu'une approche pragmatique dans un monde en perpétuel changement est finalement aussi une bonne façon d'approcher un problème dont il faut veiller en premier lieu à ne pas briser le dynamisme, la créativité et la qualité.

J'aimerais dire ici très clairement quelles sont les tâches que nous aurons à remplir au cours des quatre ans à venir et donner un peu plus d'informations sur le moment où nous pensons pouvoir les réaliser:

1. Pour moi, la tâche prioritaire en matière de coordination concerne la coordination au sein de l'administration fédérale – cela a été souligné également par M. Cavadini Jean. Les sept départements fédéraux s'occupent de recherche, et il doit y avoir une meilleure coordination. Nous nous sommes doté d'un instrument de coordination, il s'agit du groupe de travail interdépartemental IDA-WI, présidé par M. Ursprung, secrétaire d'Etat. Cet instrument n'est certainement pas encore un instrument suffisamment efficace pour arriver à cette politique cohérente et pour offrir à nos partenaires des interlocuteurs parlant d'une seule voix. Ceci est lié bien sûr à la réforme du gouvernement et de l'administration. Le Conseil fédéral pense prendre un certain nombre de mesures d'ici la mi-1996, et il est certain que les questions de recherche seront une des questions principales de cette réorganisation. Cela ne signifie pas que je puisse, à l'heure qu'il est, donner la moindre indication quant aux réponses que l'on trouvera à une meilleure coordination au sein de l'administration fédérale.

2. Il nous faudra améliorer certainement la coordination entre la Confédération et les cantons, et je pense en particulier au domaine de l'éducation et de la formation. Là, nous nous sommes actuellement engagés, dans tous les organes auxquels nous participons, à améliorer le fonctionnement et à trouver une meilleure articulation des différents organes de coordination qui existent. En particulier la Conférence univer-

sitaire suisse qu'on envisage d'intégrer davantage à la Conférence suisse des directeurs cantonaux de l'instruction publique. Il faudra veiller dans ce transfert à ne pas perdre les éléments de participation du corps enseignant, des corps intermédiaires et des étudiants, qui existent actuellement dans la Conférence universitaire suisse. Nous pensons également intégrer la Conférence des hautes écoles spécialisées dans la Conférence suisse des directeurs cantonaux de l'instruction publique, ce qui permettra de coordonner ces deux domaines. Nous pensons à assurer une participation plus fonctionnelle de la Confédération à cette structure. Ces questions devraient trouver une solution dans le courant des deux ans à venir et supposent très vraisemblablement une modification de la loi sur l'aide aux universités.

3. La coordination de la recherche me paraît un problème beaucoup moins urgent. Nous avons là des instruments de coordination qui sont des instruments efficaces, en premier lieu, Monsieur Cavadini, le Fonds national suisse de la recherche scientifique. Nous sommes persuadés que, dans ce domaine, le problème qui se pose est davantage celui de travailler en permanence dans le cadre des structures existantes et de se donner le temps, dans la deuxième moitié de la période que nous examinons actuellement, de voir si des modifications doivent être entreprises, par exemple quant au rôle des académies ou quant à la mission du Conseil suisse de la science.

Encore une fois, nous avons là une centralisation des moyens qui fait que les instruments de coordination sont déjà largement existants et efficaces.

J'en viens à la question financière, qui est bien la question la plus délicate. Je remercie ceux qui considèrent que des moyens supplémentaires sont nécessaires. Le Conseil fédéral, face à l'urgence des problèmes des finances publiques, a été obligé de procéder à des coupes encore plus importantes que les coupes initialement prévues par le Département fédéral de l'intérieur lui-même, qui s'était déjà montré très dur face aux demandes qui lui avaient été présentées par les différents organes et les différents partenaires. Le Conseil fédéral est cependant d'avis que c'est dans le domaine des programmes de recherche prioritaires que nous avons cette flexibilité qui nous permet de réaliser les objectifs ou d'apporter une contribution aux objectifs d'équilibre des finances publiques.

Je vous prie de vous rallier à la proposition de la minorité, qui suit le Conseil fédéral dans cette politique d'austérité. Je reviendrai sur les conséquences très douloureuses, mais supportables, que cela implique.

Les propositions financières que nous vous faisons font effectivement état d'un décalage entre les demandes qui ont été formulées et les choix qui vous sont proposés par le Conseil fédéral. Nous considérons cependant que ce taux de croissance de 2,5 pour cent est celui qui permet de ne pas démanteler ce qui existe actuellement en Suisse. S'il est vrai que l'on ne tient pas encore compte dans ce taux de 2,5 pour cent de coupes budgétaires qui vous seront proposées dans le cadre des mesures d'assainissement – je me souviens que le Parlement a demandé que les coupes linéaires soient plus importantes quant à leur total que ce que le Conseil fédéral vous avait présenté –, nous espérons bien pouvoir sauvegarder de ces coupes un certain nombre de rubriques qui ressortissent à la recherche et à la formation. En particulier, la recherche fondamentale du Fonds national ne devrait subir aucune coupe, c'est-à-dire que ce taux de 2,5 pour cent devrait lui être assuré. Je considère d'ailleurs aussi comme une promesse qui a été faite dans le cadre des discussions sur le crédit de recherche européen, que le Dictionnaire historique de la Suisse, les glossaires nationaux, la recherche sur le cancer et le sida et les programmes Cost ne subissent pas de coupes. Par contre, dans d'autres rubriques, il n'est pas assuré que nous puissions y renoncer.

Là où il n'y aura pas de coupe non plus, ce sera dans les programmes européens dans le domaine de l'éducation. Nous devons aller de l'avant. C'est là, M. Daniot, que nous sommes actuellement dans une situation difficile, non pas en ce qui concerne la recherche, mais la formation européenne.

C'est là que nous devons trouver les moyens pour assurer une solution de continuité, dans la mesure où les universités ont maintenant réussi à établir des liens et où de jeunes étudiants ou jeunes chercheurs sont pris dans ce programme d'échange. Nous nous faisons là plus de souci quant à la possibilité d'aboutir rapidement. Je vous remercie de votre soutien dans ce domaine. Il n'y aura pas non plus bien sûr de coupes supplémentaires dans les programmes spéciaux, dans l'encouragement de la relève et dans les programmes prioritaires. Celles que nous vous proposons sont déjà suffisamment importantes.

Dans le cadre de ces mesures de restriction budgétaire, il est clair que les différents instituts concernés doivent trouver les moyens de fixer des priorités et des postériorités.

Nous avons effectivement gardé dans le message une évocation des décisions prises dans le cadre du système des portefeuilles par le Conseil suisse de la science, ce qui est en partie en contradiction avec les décisions prises par votre Conseil. Cela devra être corrigé. Je souligne très clairement que le système du portefeuille est un système itératif, ce n'est pas un système figé une fois pour toutes, c'est un instrument permanent de gestion des priorités et des postériorités. D'ailleurs, le grand nombre de successions qui devront être assurées dans le domaine de la recherche et de la formation permettent aussi en permanence ces ajustements.

Malgré tout, il est clair que, sans vouloir décharger les écoles polytechniques de leur rôle de formation dans le domaine des ingénieurs forestiers, un ajustement entre les différentes voies de formation dans les professions de la forêt doit être envisagé. Le Conseil des EPF y est actuellement attaché. Nous le ferons en collaboration avec la commission de la Conférence des directeurs de l'instruction publique, dirigée par M. Stöcklin. Il est clair que dans tous les domaines où il y a une formation de niveau hautes écoles spécialisées et une formation de niveau universitaire ou école polytechnique, nous devons veiller à l'articulation de la recherche dans ce domaine.

En ce qui concerne la remarque faite quant aux activités et aux recherches de l'Institut Paul Scherrer sur les énergies classiques et nucléaire, je vous rappelle la réponse que nous avons donnée à la Commission de gestion à ce sujet dans la dernière séance du Conseil des EPF. Un rapport d'évaluation internationale sur le domaine de l'énergie à l'IPS a été examiné, qui montre que le niveau de la recherche nucléaire est très bon. Par contre, dans la recherche classique, une vision plus différenciée serait nécessaire. Le Conseil des EPF va donc faire démarrer une étude sur la répartition des tâches en matière énergétique dans l'ensemble du Domaine des EPF. C'est à cela que faisait également allusion le message.

Pour terminer, j'en viens à la question des programmes prioritaires. Pour le Conseil fédéral, le choix de ces programmes correspond aux critères qu'il s'est fixés. Certains ont regretté que ces critères ne soient pas dans le message. Permettez-moi de vous les donner très rapidement.

Pour que l'on puisse choisir un programme prioritaire, il faut que la qualité scientifique de la recherche proposée soit assurée; qu'il s'agisse d'un domaine stratégique dans la politique de la recherche; que ce domaine soit en plein développement à l'étranger et que seul un effort accru permette à la Suisse de rester ou de devenir compétitive; que le potentiel de recherche existant demande un effort de meilleure structuration pour accroître son efficacité; que le soutien ciblé de ce domaine puisse aboutir à une participation accrue des chercheurs suisses aux programmes internationaux de recherche; enfin, «last but not least», que l'industrie et les applicateurs soient prêts à collaborer avec les chercheurs universitaires pour accélérer le transfert de technologies. C'est sur la base de ces critères que nous vous avons soumis les programmes prioritaires – qui sont votre instrument. Les propositions que nous vous avons soumises ont d'ailleurs reçu un large soutien de votre part, et je vous en remercie.

Il est clair qu'il y a un certain décalage dans le message entre les moyens financiers qui seraient souhaitables pour réaliser

ces programmes, la façon dont ils sont décrits dans le message, et le budget qui vous est finalement proposé. Cela est dû tout simplement au décalage dans le temps entre la rédaction du message et cette décision de coupe budgétaire que le Conseil fédéral a été obligé de prendre.

Malgré tout cependant, je peux vous assurer que si les programmes prioritaires de recherche devront de ce fait être redimensionnés, ils restent faisables et ils sont indispensables. Je vous prie donc de leur accorder votre soutien et de ne pas procéder à un choix parmi ces programmes.

J'en viens aux remarques de M. Onken concernant l'identification des flux financiers:

1. Vous savez que j'ai pris la liberté devant le Conseil national de modifier la position du Conseil fédéral qui, au départ, souhaitait le rejet d'un postulat nous demandant de faire une analyse pour l'identification des flux financiers. Je me suis permis de dire que le délai imparti par ce postulat était trop court pour rendre un rapport circonstancié sur l'ensemble des flux financiers de la Confédération. Cependant, j'ai pris l'engagement de faire dans le délai d'un an un rapport sur l'avancement des travaux visant à rendre plus transparents ces flux financiers, et de mettre au premier plan la solution des incompatibilités statistiques qui continuent de régner au sein de l'administration fédérale. Ces incompatibilités statistiques ont été identifiées. Nous travaillons actuellement avec l'Office fédéral de la statistique, l'Administration fédérale des finances et les organes chargés de l'éducation et de la science pour arriver à un système conforme à votre vœu de transparence. C'est dans le cadre du comité interdépartemental IDA-WI que l'on demande également une telle concertation. Les premiers relevés selon une nouvelle méthodologie ne pourront cependant intervenir qu'en 1996.

2. Je réponds à la question concernant la nécessité d'un rapport intermédiaire. D'autres ont souligné que le rapport leur paraissait insuffisant quant à l'analyse de ce qui s'est passé au cours des quatre ans précédant la période couverte par le message. Je tiens à vous rappeler que c'est le Parlement lui-même qui souhaitait qu'un tel rapport d'activité ait lieu au milieu et non à la fin de chaque période. C'est la raison pour laquelle vous avez eu l'année passée un rapport sur la réalisation à mi-parcours du programme quadriennal. Vous recevrez en 1997 un rapport sur les quatre ans qui seront à cheval sur la période entre l'ancien et le nouveau crédit. C'est vous qui l'avez souhaité ainsi, mais je crois que c'était à bon escient que le message lui-même n'inclue pas le rapport, mais que le rapport ait lieu au milieu de la période entre deux rapports financiers. Ainsi, nous avons rempli pleinement le postulat cité par M. Onken.

Je crois avoir répondu à l'essentiel des questions et je vous remercie d'entrer en matière.

**Iten** Andreas (R, ZG), Berichterstatter: Zu einigen der Entwürfe liegen keine Anträge vor. Sie sind unbestritten. Ich werde deshalb so vorgehen, dass ich zu diesen Entwürfen nichts sage, sondern nur zu jenen, bei denen Anträge vorliegen. Ich bitte Sie, diese Vorlagen dann zügig durchzubereiten, wenn keine Voten aus dem Rat angemeldet werden. Ich spreche nicht mehr zu A, B und C. Bei D ist dann die erste Intervention nötig.

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen  
L'entrée en matière est décidée sans opposition*

**A. Bundesbeschluss über die Kredite nach dem Hochschulförderungsgesetz in den Jahren 1996–1999 (neunte Beitragsperiode)**

**A. Arrêté fédéral relatif aux crédits alloués en vertu de la loi sur l'aide aux universités pour la période 1996–1999 (neuvième période de subventionnement)**

*Gesamtberatung – Traitement global*

**Titel und Ingress, Art. 1–5  
Titre et préambule, art. 1–5**

*Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble*

Für Annahme des Entwurfes 30 Stimmen  
(Einstimmigkeit)

**B. Bundesbeschluss über Sondermassnahmen zu Förderung des akademischen Nachwuchses in den Jahren 1992–1995**

**B. Arrêté fédéral relatif à des mesures spéciales visant à encourager la relève universitaire durant les années 1992–1995**

*Gesamtberatung – Traitement global*

**Titel und Ingress, Ziff. I, II  
Titre et préambule, ch. I, II**

*Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble*

Für Annahme des Entwurfes 32 Stimmen  
(Einstimmigkeit)

**C. Bundesbeschluss über Sondermassnahmen zugunsten der universitären Weiterbildung**

**C. Arrêté fédéral relatif à des mesures spéciales en faveur de la formation continue au niveau universitaire**

*Gesamtberatung – Traitement global*

**Titel und Ingress, Ziff. I, II  
Titre et préambule, ch. I, II**

*Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble*

Für Annahme des Entwurfes 31 Stimmen  
(Einstimmigkeit)

**D. Bundesbeschluss über die Finanzierung der Sondermassnahmen zugunsten der universitären Weiterbildung**

**D. Arrêté fédéral relatif au financement des mesures spéciales en faveur de la formation continue au niveau universitaire**

**Iten** Andreas (R, ZG), Berichterstatter: Zum Beschluss D über die Finanzierung der Sondermassnahmen zugunsten der universitären Weiterbildung, der sich auf den Beschluss C stützt, stellt die Kommission, gestützt auf einen Vorstoss von Herrn Danioth, den Antrag, nicht nur Artikel 2 Absatz 1 des Bundesgesetzes über die Hochschulförderung (HFG) zu erwähnen. Die Erwähnung von Absatz 1 könnte zur Meinung verleiten, dass nur die Weiterbildung auf den Universitäten unterstützt würde. Nach Artikel 2 Absatz 2 des HFG können aber auch ausseruniversitäre Institutionen unterstützt werden. So wurde nach Absatz 2 z. B. die Weiterbildungszentrale Luzern mit 200 000 Franken unterstützt. Der Präsident der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren, Regierungsrat Peter Schmid, machte darauf aufmerksam, dass dies auch in Zukunft möglich sein sollte, jedenfalls solange die Sondermassnahmen noch gelten.

Frau Bundesrätin Dreifuss schrieb in einem Brief an Herrn Schmid: «Die Weiterbildungszentrale Luzern erhält nach geltendem Recht, genauso wie die Hochschulen, Bundesmittel für die Weiterbildung.» Frau Dreifuss gibt zu, dass jetzt eine Unsicherheit besteht, weil nur Artikel 2 Absatz 1 erwähnt wird.

Im Sinne der Klarheit beantragt die WBK, nur auf den Artikel 2 zu verweisen, ohne die Absätze zu erwähnen, obwohl der Bundesrat die Auffassung vertritt, dass die Weiterbildungszentrale entsprechend dem Grundsatzbeschluss C auch in den kommenden Jahren unterstützt werden könne, ohne dass Beschluss D ergänzt werden müsse. Die WBK meint, man solle die Klärung vornehmen, man solle nicht ohne Not auf dem Wege der Interpretation auf die Gültigkeit auch von Absatz 2 schliessen müssen.

Die einstimmige Kommission bittet um Zustimmung und damit um Klarstellung, auch auf die Gefahr hin, dass diese Änderung die einzige Differenz bleiben sollte.

*Detailberatung – Discussion par articles*

#### **Titel und Ingress**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

#### **Titre et préambule**

*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil national

*Angenommen – Adopté*

#### **Art. 1**

*Antrag der Kommission*

*Abs. 1*

.... der Träger nach Artikel 2 des Bundesgesetzes ....

*Abs. 2*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

#### **Art. 1**

*Proposition de la commission*

*Al. 1*

.... au sens de l'article 2 de la loi fédérale ....

*Al. 2*

Adhérer à la décision du Conseil national

*Angenommen – Adopté*

#### **Art. 2, 3**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil national

*Angenommen – Adopté*

*Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble*

Für Annahme des Entwurfes

29 Stimmen  
(Einstimmigkeit)

### **E. Bundesbeschluss über die Kredite für die Institutionen der Forschungsförderung in den Jahren 1996–1999**

#### **E. Arrêté fédéral relatif aux crédits alloués pendant la période 1996–1999 aux institutions chargées d'encourager la recherche**

*Gesamtberatung – Traitement global*

**Titel und Ingress, Art. 1–4**

**Titre et préambule, art. 1–4**

*Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble*

Für Annahme des Entwurfes

31 Stimmen  
(Einstimmigkeit)

### **F. Bundesbeschluss über die Kredite für die Schwerpunktprogramme der Forschung in den Jahren 1996–1999**

#### **F. Arrêté fédéral relatif aux crédits alloués pour les programmes prioritaires de recherche pendant la période 1996–1999**

*Detailberatung – Discussion par articles*

#### **Titel und Ingress**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

#### **Titre et préambule**

*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil national

*Angenommen – Adopté*

#### **Art. 1**

*Antrag der Kommission*

*Mehrheit*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

*Minderheit*

(Seiler Bernhard)

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

#### **Art. 1**

*Proposition de la commission*

*Majorité*

Adhérer à la décision du Conseil national

*Minorité*

(Seiler Bernhard)

Adhérer au projet du Conseil fédéral

**Iten** Andreas (R, ZG), Berichterstatter: Wir kommen zur Pièce de résistance der Vorlage. Wir sollten die Artikel 1 und 2 zusammen beraten, obwohl dann die Abstimmung für jeden Artikel einzeln vorgenommen wird. Es geht um die Zustimmung zum Nationalrat, der eine Aufstockung beschlossen hat und dem sich die Mehrheit der WBK anschliesst, oder um die Zustimmung zum Bundesrat gemäss Minderheit Seiler Bernhard und, wie uns die Finanzkommission mitteilte, gemäss Finanzkommission. Frau Bundesrätin, haben Sie das gehört?

Bundesrat Stich hat gestern mit Recht auf die schlechte Finanzlage des Bundes hingewiesen. Er hat gesagt: «Da ist es vielleicht gut, sich .... zu überlegen, ob Sie die Prioritäten richtig gesetzt haben ....» Das war genau die Frage der WBK. Wir haben alle drastischen Reduktionen der Eingaben, die der Bundesrat durchgeführt hat, hingenommen.

Die Schweizerische Hochschulkonferenz, der Schweizerische Nationalfonds, die Akademien und die Institute der Forschungsförderung haben dafür Verständnis gezeigt. Bei den Schwerpunktprogrammen, die zur Belebung der gezielten Forschung eingeführt wurden, hätten wir eine sogenannte Priorität erwartet. Hier klafft zwischen den Eingaben und den Anträgen eine zu grosse Kluft.

Für die Schwerpunktprogramme, die der Schweizerische Nationalfonds betreut (Art. 1), also die Programme Umwelt, Biotechnologie, Informatik und «Zukunft Schweiz», wurden 177,2 Millionen Franken gewünscht. Der Bundesrat setzte sie auf 123 Millionen Franken herab. Falls die EU-Programme zum Zuge kommen, werden sie nochmals um 19 Millionen Franken reduziert.

Bei den Schwerpunktprogrammen, die der ETH-Rat betreut (Art. 2), ist die Reduktion noch grösser. Die Eingabe lautete auf 228 Millionen Franken, der Bundesrat schlägt 110 Millionen Franken und bei einer allfälligen Kompensation durch die EU-Programme 43,4 Millionen Franken vor. Es sind die Programme Optik, Werkstoffe und Minast; letzteres gehört in den Bereich der Nanotechnologie.

Die Kommissionsmehrheit schlägt nun entsprechend dem Beschluss des Nationalrates eine mittlere Variante vor, näm-

lich 149 Millionen Franken statt 123 Millionen Franken bei Artikel 1 und 146 Millionen Franken statt 110 Millionen Franken bei Artikel 2.

Sehr viel Wert legt die Kommission auf das sozial- und geisteswissenschaftliche Projekt «Demain la Suisse». 1990 wurde vom Schweizerischen Wissenschaftsrat die Frage nach dem Forschungszustand der Sozialwissenschaften gestellt. Eine internationale Expertenkommission kam zu einem äusserst schlechten Befund und schlug ein grossangelegtes Forschungsprogramm vor. Der Schweizerische Wissenschaftsrat schlug daraufhin Alarm. Das Resultat ist das nunmehr vorgeschlagene Schwerpunktprogramm «Demain la Suisse», ein überzeugendes Forschungsprojekt, das ich hier nicht darlegen werde, das aber sehr nützliche und wertvolle Impulse für Staat und Gesellschaft geben wird.

Wir stellen uns heute hilflos zahlreiche Fragen. Warum verlegen immer mehr Firmen ihre Forschung ins Ausland? Heute morgen wurde das fast in allen Voten erwähnt. Warum droht die Schweiz die Standortvorteile zu verlieren? Und es stellen sich viele andere Fragen mehr. Bundespräsident Kaspar Villiger hat gestern auf diese vitalen Fragen hingewiesen. Es wäre zu einfach, würde man die Antwort mit der Ablehnung des EWR begründen. Die Firmen finden vielmehr in der Schweiz zu wenig ausgebildete und kompetente Wissenschaftler, die sich der neuen Produktevisionen annehmen können. Die Firmen beklagen das wirtschafts- und technikfeindliche Umfeld. Die Schwerpunktprogramme können solche Fragenkomplexe klären. Sie fördern vor allem Wissenschaftler in den einschlägigen zukunftsrelevanten Bereichen. Wäre dies nicht eine Priorität erster Ordnung, dann würde ich ohne weiteres dem Bundesrat zustimmen; aber es ist eine. Also müssen wir hier die Akzente richtig setzen.

Ich bitte Sie, dem Antrag der Mehrheit der WBK zu folgen und damit dem Beschluss des Nationalrates zuzustimmen.

**Seiler** Bernhard (V, SH), Sprecher der Minderheit: Wir beschliessen heute für die Förderung der Wissenschaft in den Jahren 1996–1999 Kredite in der Gesamthöhe von 3,91 Milliarden Franken. Gegenüber der vorhergehenden Vierjahresperiode ist das eine Steigerung um 2,5 Prozent pro Jahr. Wir wissen, dass nicht nur von seiten der Hochschulen und des Schweizerischen Nationalfonds mehr gefordert worden ist, sondern dass effektiv – das ist verschiedentlich gesagt worden – auch mehr gebraucht würde, um all die geplanten Programme optimal durchziehen zu können. Wegen der misslichen finanziellen Lage konnte der Bundesrat aber nicht weiter gehen, und dem sollte sich nun auch das Parlament anschliessen.

Der gesamte Kredit ist unterteilt in neun einzelne Entwürfe; acht davon, nehme ich an, sind unbestritten. Wie Sie gehört haben, hat der Nationalrat auch diese neun bereits abgesegnet.

Beim Entwurf F geht es nun um Kredite für die sogenannten Schwerpunktprogramme. Der Berichterstatter, Herr Iten Andreas, hat diese vorgestellt. Ich wiederhole dies nicht, ich kenne auch die Bedeutung aller dieser Schwerpunktprogramme. Eine Übersicht der Gruppe für Wissenschaft und Forschung hat uns deutlich gemacht, dass der Bundesrat gegenüber den Eingaben für diese Schwerpunktprogramme bereits starke Abstriche vorgenommen hat. Ob damit tatsächlich das Programm gefährdet wird oder einzelne Schwerpunktprogramme sogar herausgestrichen werden müssen, wird dann die Zukunft weisen.

Grundsätzlich befürworte ich diese Schwerpunktprogramme inklusive das Programm «Zukunft Schweiz». Ich bin mir auch im klaren, dass die Weiterführung bereits begonnener Programme gegenüber neuen Programmen wie z. B. «Zukunft Schweiz» einen leichteren Stand hat. Ich würde es sogar sehr bedauern, wenn gerade die Arbeit an diesem Gegengewicht zu den rein technisch-wissenschaftlichen Programmen nicht begonnen werden könnte. Die Geistes- und Sozialwissenschaften sind tatsächlich in den bisherigen Programmen praktisch nicht oder nur stiefmütterlich behandelt worden.

Wenn wir heute hier im Ständerat dem Entwurf F zustimmen – daran zweifle ich nicht –, dann beschliessen wir

damit alle aufgeführten Programme, auch «Zukunft Schweiz». Unsere Ratsbeschlüsse sind rechtsgültig und müssen von der Verwaltung umgesetzt werden. Auch der Schweizerischen Hochschulkonferenz und dem Schweizerischen Nationalfonds traue ich so viel Weitsicht zu, dass sie diese neuen Programme auch bei einem reduzierten Kredit aufnehmen werden. Übrigens ist auch der Bundesrat dieser Meinung, indem er in seiner Botschaft dazu schreibt auf Seite 93 (Ziff. 134.145): «Durch Umlagerung, Einwerbung von Mitteln internationaler Programme und rigorose Schwerpunktsetzung sollten auch neue Themenbereiche aufgenommen werden können.» Eine klare Aussage des Bundesrates; auch mit etwas weniger Geld sollten diese neuen Programme nicht scheitern.

Zum Minderheitsantrag: Ich beantrage Ihnen, beim Entwurf F dem Bundesrat zu folgen. Falls sich die Schweiz integral am 4. EU-Rahmenprogramm beteiligt – das ist bis heute noch nicht entschieden, aber wir nehmen an, dass es im Laufe dieses Jahres soweit kommen wird –, dann sollen die Höchstbeiträge für die Schwerpunktprogramme des Nationalfonds und der ETH, also die Beiträge gemäss den Artikeln 1 und 2, reduziert werden. Das sieht der Entwurf des Bundesrates vor, und das vertere ich hier. Damit spart der Bund keine Forschungsgelder ein, er verlagert sie nur von der nationalen Forschung auf die internationalen EU-Programme, und zwar mit der einfachen und klaren Begründung durch den Bundesrat, dass sich einzelne Forschungsschwerpunkte dieses EU-Rahmenprogrammes mit Teilen des Schwerpunktprogrammes decken. Wir sparen damit kein Geld, wir vermeiden aber durch diese Mehrausgaben allenfalls Doppelspurigkeiten in der Forschung.

Auch der Bundesrat ist der Meinung, dass damit gesamtheitlich betrachtet keine Nachteile entstehen, wenn er schreibt (S. 93f., Ziff. 134.145): «Forscher und Forscherinnen der SPP werden in der Lage sein, Projekte zu lancieren, die im Rahmen der EU-Programme finanziert werden können, so dass damit diese Kürzungen mindestens wettgemacht werden.»

Auf die prekäre Finanzlage unseres Bundeshaushaltes brauche ich Sie nicht speziell hinzuweisen. Auch für die nächsten Jahre rechnet niemand mit einem ausgeglichenen Budget und einer ausgeglichenen Rechnung. Wenn Sie der Mehrheit zustimmen, wird uns Herr Bundesrat Stich einmal mehr mit Recht den Vorwurf machen können, dass wir Parlamentarier Bundesratsvorlagen jeweils finanziell noch aufgestockt hätten. Das passiert, wenn Sie der Mehrheit zustimmen.

Für mich stellt sich die Frage der Konsequenz, des sparsamen Umgangs mit Mitteln – zum Teil haben wir die Mittel gar nicht! Es kommen noch zwei weitere Gründe hinzu, die mich zur Überzeugung kommen liessen, dass es richtig ist, dem Bundesrat zuzustimmen:

1. Die Schwerpunktprogramme laufen in der Regel über mehrere Jahre. Sie laufen sogar über zwei Vierjahresprogramme hinaus, und deshalb sind grundsätzlich obere Grenzen von acht bis zehn Jahren festgelegt worden.

2. Ich konnte in einem Gespräch mit dem Präsidenten der ETH Zürich kürzlich feststellen, dass dort Verständnis für gewisse Sparmassnahmen vorhanden ist und dass sich mit weniger Mitteln – so ist mir bestätigt worden –, bei richtigem Einsatz und mit Schwerpunktbildungen, keine schwerwiegenden Nachteile ergeben. Daraus ziehe ich den Schluss, dass neue und noch laufende Schwerpunktprogramme, sofern sich unser Bundeshaushalt verbessert, später wieder verstärkt unterstützt werden können und dass auch etwas geringere Forschungsmittel keine Katastrophe auslösen werden.

Ich bitte Sie, dem Minderheitsantrag und damit auch dem Bundesrat zuzustimmen.

**Delalay** Edouard (C, VS): Pour la première fois, les dispositions concernant l'aide aux universités et l'encouragement de la recherche sont réunies dans un message unique. Le but est à l'évidence de souligner le lien étroit qui existe entre ces deux champs d'activités.

Le projet du Conseil fédéral porte sur des crédits de 3,910 milliards de francs sur quatre ans, soit 2,077 milliards de francs pour l'aide aux universités et 1,833 milliard de francs au titre de l'encouragement de la recherche.

Le volume des crédits proposés par le Conseil fédéral repose sur une décision de nature générale qui consiste à faire plafonner les dépenses de recherche et de formation à une croissance annuelle de 2,5 pour cent. Cet objectif est tout à fait raisonnable, d'autant plus, il faut le relever, que le Conseil fédéral et le Parlement ont entrepris d'importants efforts depuis une dizaine d'années afin de favoriser la formation et la recherche, car le caractère prioritaire de ce domaine n'est plus à démontrer pour notre pays. Les moyens financiers à disposition ont donc doublé en l'espace de neuf ans et la progression moyenne a été de l'ordre de 8 pour cent par année. C'est important et il faut le dire dans ce débat.

J'ai tout à fait compris les arguments présentés par les membres de la commission formant la majorité, tout comme j'ai pris connaissance des messages qui nous ont été adressés aussi bien par les organismes encourageant la formation et la recherche que par l'industrie privée, qui soutient le principe d'une allocation de moyens plus élevée que celle prévue par le Conseil fédéral.

Mais la Commission des finances a été informée sur les délibérations de votre commission et, dans ce projet, elle a adressé à la commission spécialisée une lettre qui rejoint les préoccupations qui avaient été formulées dans le corapport de la commission du Conseil national à la Commission de la science, de l'éducation et de la culture de ce même Conseil. Or, lors de la session de printemps 1995, le Conseil national lui-même a augmenté de 123 à 149 millions de francs les crédits alloués pour les programmes prioritaires du Fonds national suisse de la recherche scientifique, et de 110 à 146 millions de francs ceux confiés au Conseil des EPF.

La Commission des finances de notre Conseil, qui s'est également fixé pour devoir de se préoccuper de la santé financière de la Confédération, estime que la situation actuelle ne permet pas d'accroître les crédits, pour louables que soient les objectifs, au-delà du projet présenté par le Conseil fédéral. En effet, le Parlement ne peut pas, d'un côté, comme hier par exemple, considérer que l'assainissement des finances fédérales est prioritaire, et, de l'autre, exiger le lendemain que le Conseil fédéral procède à des dépenses supérieures à celles qu'il avait prévues.

Après avoir entendu l'enthousiasme avec lequel les membres de la commission ont défendu la proposition de la majorité, je veux donc apporter ici mon soutien et celui de la Commission des finances unanime à la proposition de la minorité présentée par M. Seiler Bernhard. Sa solitude aujourd'hui me rappelle une image de M. Cavadini Jean qui disait un jour, dans une situation un peu semblable: «Ça fait beaucoup de lions pour un seul chrétien!» C'est pourquoi je ne veux pas que M. Seiler Bernhard, avec sa proposition de minorité, soit seul dans ce débat.

Finalement, s'il fallait faire un choix pour une solution intermédiaire, je pense que nous pourrions accepter les propositions de la minorité à l'article 1er alinéas 1er et 2, c'est-à-dire éventuellement accepter les 123 et les 104 millions de francs, et nous pourrions peut-être apporter notre appui à la majorité pour l'article 2, c'est-à-dire pour les programmes prioritaires confiés au Conseil des EPF.

C'est une solution intermédiaire que je propose à titre tout à fait personnel, parce qu'il est évident que, du point de vue de la Commission des finances du Conseil des Etats, c'est la proposition de la minorité qui a été soutenue dans tous les cas. Je pense que nous avons encore quelques instants de réflexion et que nous pourrions peut-être trouver une solution qui rallierait l'ensemble de notre Conseil.

**Onken Thomas (S, TG):** Ich möchte zuerst Kollege Delalay sagen, dass wir den Brief der Finanzkommission in der Kommission, die dieses Geschäft vorberaten hat, durchaus zur Kenntnis genommen haben, dass wir ihn ernsthaft diskutiert und die vorgetragenen Beweggründe in unsere Diskussion einbezogen haben. Hier war nicht einfach eine betriebsblinde

Fachkommission am Werk, die die finanzpolitischen Erwägungen leichtfertig beiseite geschoben hat! Wer könnte dies heute auch? Auch uns beschäftigt, wie Sie, wie die Mitglieder der Finanzkommission, die Situation der Bundesfinanzen. Aber selbst unter finanziellen Gesichtspunkten haben wir uns entschlossen, dieser Erhöhung, die der Nationalrat beschlossen hat, zuzustimmen. Das möchte ich noch ganz kurz erläutern:

Wir haben diese sechs Schwerpunktprogramme 1991 mit einem Zeithorizont von damals etwa 6 bis 10 Jahren beschlossen. Wir haben sie mit der Zielsetzung, die der Kommissionspräsident erläutert hat, lanciert, um technologische Schlüsselbereiche und den Umweltbereich zu stärken, den Werkplatz Schweiz zu fördern und die Bildung von Kompetenzzentren und von Netzwerken zu ermöglichen, also Strukturen aufzubauen, die uns in diesen Bereichen bisher gefehlt haben. Das ist uns auch gelungen. Wir haben einen Zwischenbericht vorliegen, eine Evaluation dieser Schwerpunktprogramme von schweizerischen und ausländischen Experten, die klar belegt, dass diese Instrumente erfolgreich eingesetzt und die gesetzten Ziele weitgehend erreicht worden sind. Also: eine gute Aufnahme in der Wissenschaftlergemeinschaft, eine bedürfnisgerechte Ausrichtung im Interesse unserer Wirtschaft, eine innovative und auch disziplinenüberschreitende Kooperation, also Interdisziplinarität, und sehr praxisorientierte Ergebnisse, die umsetzbar sind.

Dies alles ist erreicht worden, obwohl in den ersten 4 Jahren die Mittel ganz erheblich gekürzt worden sind. Die ursprünglich in Aussicht genommenen 357 Millionen Franken sind ja um fast 60 Prozent reduziert worden. Man hat dem Parlament zu Recht eine Stop-and-go-Politik vorgeworfen, also grosszügige Bewilligungen entsprechender Verpflichtungskredite und dann, bei der Umsetzung ins Budget, die bekannten schmerzlichen Kürzungen. Wir sollten jetzt die Erwartungen nicht erneut enttäuschen. Man rechnet doch auch mit einer gewissen Verlässlichkeit, mit einer gewissen Beständigkeit des Parlamentes. Würden wir jetzt hingehen und dem Antrag von Kollege Seiler Bernhard zustimmen, käme es erneut zu Rückschlägen.

Es ist meines Erachtens schon rein von dieser Evaluation her, die den Erfolg belegt, kein Grund gegeben, einen zerstörerischen Hieb gegen die Schwerpunktprogramme zu führen. Denn es geht ja im wesentlichen, neben den beiden wohlbegründeten und ausgewiesenen neuen Programmen, um die Fortführung der bisherigen Programme. Die Fortführung wäre gefährdet, wenn wir diese zusätzlichen Mittel nicht ebenfalls bewilligen.

Herr Kollege Seiler, Sie haben gesagt, die Zukunft werde dann schon zeigen, ob da gewisse Modifikationen und Abstriche gemacht werden müssten. Das wird nicht die Zukunft zeigen. Wir haben darüber schon heute eine ziemlich verlässliche Auskunft, was alles abgestrichen und zusammengestaut werden muss, wenn die Mittel gekürzt werden. Diese Information liegt vor. Die einzelnen Module, die aus den Programmen eliminiert werden müssen, sind sozusagen einzeln benennbar. Es sind sehr schmerzliche Verluste, die hier vorgesehen sind.

Ich bitte darum, nicht zu vergessen, dass den Schwerpunktprogrammen auch noch die Kompensation mit den EU-Programmen abverlangt wird – vorausgesetzt, dass die vertragliche Beteiligung am 4. Forschungsrahmenprogramm gelingt. Diese Kompensationen werden nicht in allen Bereichen so einfach sein. Hier wird den Forscherinnen und Forschern einiges abverlangt. Ich finde das richtig. Die internationale Ausrichtung ist unerlässlich. Aber das Geld kann via Brüssel nicht mehr in allen Forschungsbereichen so leicht in die Schweiz zurückgelotst werden. Das wird jedenfalls grosser Anstrengungen bedürfen. Aber das hat mit dieser Aufstockung hier gar nichts zu tun. Zusätzliche Mittel, die eine Kürzung rechtfertigen würden, bekommen wir aus Brüssel ohnehin nicht, sondern dort kann man allenfalls kompensatorisch das auffangen, was den einzelnen Schwerpunktprogrammen als Abstrich zugemutet wird.

Ich fürchte wirklich tiefgehende Schnitte in dieses Netz, das jetzt behutsam erarbeitet worden ist, und einen Verlust an

Substanz. Das ist vor allem auch das, was uns bewegt zu sagen: Wenn man jetzt nicht über diese acht Jahre durchhält, dann gefährdet man das, was man in den ersten vier Jahren investiert und aufgebaut hat.

Die wissenschaftlichen Kooperationen und Netzwerke, die entstanden sind, würden zerstört. Und wo werden sie zerstört? Insbesondere natürlich bei den kantonalen Universitäten, die diesen Verlust nicht ersetzen können, da sie nicht über die Forschungsmittel verfügen, um etwas von dem aufzufangen zu können, was der Bund hier kürzen muss.

Es kann einfach nicht in unserem Interesse sein, dass wir gefährden – und gefährdet ist es –, was in den ersten vier Jahren aufgebaut worden ist und in den nächsten vier Jahren vollends zum Tragen kommen soll, um uns die Früchte zu bringen, die wir uns für den Werkplatz Schweiz erhoffen.

Die Forschung muss in anderen Zyklen rechnen als nur mit vier Jahren. In vier Jahren ist wirklich nur eine Zwischenbeurteilung möglich. Vier Jahre sind kein tauglicher Zeitraum. Man muss deshalb auch den Schwerpunktprogrammen mindestens diese acht Jahre gewähren. Lasst uns dann dieses Instrument neu beurteilen. Dann können wir entscheiden, ob es wirklich fortgeführt werden soll, ob es sich in allen Teilen bewährt hat oder ob es nicht auch andere, geeignetere Möglichkeiten gibt. Aber lasst uns hier nicht gefährden, was wir 1991 mit soviel Zuversicht und Innovationsbereitschaft auf die Schiene geschoben haben.

Ich bedaure überhaupt – das muss ich hier vielleicht noch anmerken –, dass die einzige Diskussion um eine Kürzung innerhalb eines Kuchens von immerhin 3,9 Milliarden Franken nun ausgerechnet dort geführt wird, wo klare Schwerpunkte gesetzt werden und wo Innovation angeregt wird: nämlich hier bei diesen Schwerpunktprogrammen. Es hätte x andere Möglichkeiten gegeben, um vielleicht Kürzungen zu diskutieren oder Kürzungsanträge zu stellen. Aber wir führen diese Diskussion ausgerechnet hier, wo eine klare Priorität und eine nachprüfbare Zielsetzung gegeben sind und wo die Innovationskraft unserer Wirtschaft unmittelbar gestärkt werden kann. Das ist höchst bedauerlich.

Aus diesem Grunde bitte ich Sie, Vernunft walten zu lassen, den Anträgen der Kommissionsmehrheit zuzustimmen und damit den Beschlüssen des Nationalrates zu folgen.

**Cavadini Jean (L, NE):** Le président de la commission et M. Onken ont donné les éléments essentiels. Je remercie par ailleurs M. Delalay de la manière très pondérée dont il a fait valoir l'opposition de la Commission des finances à la demande faite par la Commission de la science, de l'éducation et de la culture. Je me limiterai donc à quelques rappels:

1. Il s'agit ici d'être en mesure de ne pas compromettre des programmes prioritaires, qu'ils soient confiés au Fonds national suisse de la recherche scientifique ou aux écoles polytechniques. Ces programmes prioritaires ont déjà été déterminés. Ce dont il s'agit ici, c'est de savoir si nous aurons la capacité de les conduire à leur terme ou de ne pas le faire. M. Seiler Bernhard a dit qu'il présentait une proposition, qui, si elle était acceptée, ne serait pas catastrophique et qui priverait M. Stich, conseiller fédéral, de l'argument d'un Parlement qui serait trop dépensier. Cela ne me paraît pas être le problème que nous avons à traiter. Pourquoi avons-nous accepté des programmes prioritaires? Pour combler le retard que nous avons pris dans quelques secteurs et pour être en mesure d'affronter la concurrence étrangère sur le plan scientifique, donc sur les retombées économiques que nous pourrions en tirer. Aujourd'hui, il s'agit de l'évaluation de ces moyens et non pas de la définition du rôle de la science, de l'importance de la recherche, mais bien des moyens que nous entendons octroyer.

Bien entendu, Monsieur Seiler, nous ne courons pas à la catastrophe si, aujourd'hui, par malheur, notre Conseil devait dire non à la proposition de la majorité de la commission. Mais à quel niveau de danger faut-il se trouver pour entrer dans la mouvance de la catastrophe? Je préfère n'avoir pas à me prononcer.

2. Permettez-moi une remarque concernant l'explication du programme Minast auquel nous portons une particulière at-

ention. Ce programme Minast prend en compte les micro- et nanosystèmes. Il permet un transfert de technologies entre instituts de recherche et industries. Il renforce la place de travail suisse dans le secteur des microsystèmes. On peut mentionner la création aussi de postes hautement qualifiés dans l'industrie, donc la formation de spécialistes de qualité dont nous manquons aujourd'hui. L'environnement, la production, la médecine, l'aviation sont directement intéressés par ces développements. 93 entreprises sises dans toute la Suisse ont fait part de leur intérêt. L'industrie est prête à investir 140 millions de francs dans ce secteur. Or en Suisse, toutes les universités, les deux écoles polytechniques et plusieurs établissements annexes sont impliqués. L'envergure de cette recherche doit absolument être soulignée et nous tenons à ce que les moyens lui soient apportés.

3. Le programme Minast est aujourd'hui entièrement défini. On ne peut pas en différer simplement l'application partielle ou totale. Un programme de technologie de pointe comme celui-là est un programme qui vieillit beaucoup plus vite qu'un programme qui aurait comme but la recherche des mythes fondateurs dans la littérature alémanique du XIV<sup>e</sup> siècle. Il est exact que là on peut attendre quelques semaines sans compromettre l'avenir du pays. Dans le cas de cette technologie de pointe, il est évident que dans une année le programme, de stratégique qu'il est, deviendra tactique et dans une année et demie il sera dépassé, obsolète. C'est pourquoi il y a urgence à accepter la proposition qui vous est faite, faute de quoi il vaut mieux faire des petits avions avec les feuilles consacrées à la définition de ce programme contenu dans un classeur fédéral A4 impressionnant. Ne me demandez pas une leçon de vulgarisation, car j'en serais parfaitement incapable.

Par contre, ce dont j'essaie d'être capable, c'est de vous convaincre de la nécessité de bien en rester au montant que la commission, suivant la décision du Conseil national, a défini pour ces programmes prioritaires.

**Schmid Carlo (C, AI):** Als Mitglied der Finanzkommission möchte ich Ihnen empfehlen, den Antrag der Minderheit Seiler Bernhard, unterstützt von Herrn Delalay, anzunehmen.

Ich glaube mit der Unterstützung dieses Antrages überhaupt nichts ad detrimentum des Forschungsplatzes Schweiz zu unternehmen. Es ist kein Schaden, der entsteht, wenn Sie sparen. Es sind nicht einfach leicht dahergesagte blöde Sprüche, die ich bringe; sondern die Finanzkommission hat sich – der Bedeutung des Themas angemessen – ernsthaft und gründlich mit dieser Frage auseinandergesetzt. Nach gründlicher Überlegung sind auch wir zur Überzeugung gekommen, dass Forschung in der Schweiz selbstverständlich weiterhin einen hohen Stellenwert haben soll. Aber es muss in Zeiten knappen Geldes in der Schweiz an allen Orten ernsthaft die Frage gestellt werden: «Was ist notwendig? Was ist nützlich? Und was ist luxuriös?»

Herr Onken und auch Herr Cavadini Jean haben im Nachgang zu den Äusserungen des Kommissionspräsidenten gesagt, diese Schwerpunktprogramme seien auf längere Zeit angelegte Programme, die schon im alten Kredit enthalten gewesen seien. Das stimmt, nur «Demain la Suisse» und Minast sind neu. Aber hier sind wir genau in der Situation, vor der ich Sie auch schon gewarnt habe. Erinnern Sie sich – Frau Dreifuss, Sie waren damals noch nicht dabei –, wann wir diese Kredite beschlossen haben! Es war 1991. Wir standen damals unter dem Eindruck einer Serie von fünf positiven Jahresabschlüssen. 1986 schloss die Finanzrechnung des Bundes mit 1,9 Milliarden Franken positiv ab, 1987 mit 1 Milliarde Franken, 1988 mit 1,25 Milliarden Franken, 1989 mit 884 Millionen Franken und 1990 mit 1,05 Milliarden Franken. Ich muss Ihnen in Erinnerung rufen, dass wir damals in einer Euphorie waren, und der Absturz ist brutal und rasch gekommen: Bereits ein Jahr später mussten wir zur Kenntnis nehmen, ein Defizit von 2 Milliarden generiert zu haben, in einer Art, die uns selbst zum Vorwurf zu machen ist, weil wir in allen Beziehungen über alle Massen grosszügig waren.

Wir sind jetzt in der Situation, dass wir im nachhinein wieder sparen müssen. Wir haben zwar nicht 7 Milliarden Franken Defizit generiert, aber 5 Milliarden sind immer noch sehr viel. Wir sollten den Sparelan, den wir angesichts der 7 Milliarden Franken hatten, nicht verlieren. Wir dürfen unsere Bestrebung, die eidgenössischen Finanzen wieder ins Lot zu bringen, nicht aufgeben.

Nun können Sie mir natürlich sagen, dass man mit diesen Beträgen hier die Eidgenossenschaft nicht saniert. Das ist zuzugeben, das wissen Sie so gut wie ich. Aber wenn wir vom Grundsatz abgehen – vom einzigen finanzpolitischen Grundsatz, den wir gefasst haben, nämlich in keinem Bereich über die Anträge des Bundesrates hinauszugehen –, dann werden wir nie die Kraft haben, unsere Finanzen in den Griff zu bekommen.

Herr Iten Andreas zitierte gestern Herrn Stich. Ich muss Ihnen sagen: Es geht nicht nur darum, Prioritäten bei einzelnen Geschäften zu setzen, sondern auch darum, Grundprioritäten zu setzen. Wollen wir mit der sparsamen Finanzgestaltung in unserem Land Ernst machen, oder ist es uns nicht Ernst? Wenn es uns Ernst ist, dann gibt es jeweils eine sehr einfache Antwort, nämlich die, dass wir bereit sind, am Grundsatz festzuhalten, nicht über die Anträge des Bundesrates hinauszugehen.

Ich komme aus einem kleinen, landwirtschaftlichen Kanton. Es hat bei landwirtschaftlichen Krediten viele Aufstockungsveranstaltungen gegeben. Zum Missfallen meines Nachbarn zur Rechten habe ich mich trotz meiner Herkunft nie, soweit ich mich entsinnen mag, an einer solchen Aufstockungsaktion beteiligt, weil ich immer der Auffassung war, derjenige, der finanzpolitisch die Übersicht und die Zügel in der Hand habe, sei der Bundesrat. Ich bin durchaus bereit, hier dem Bundesrat zu folgen in der Meinung, dass wir finanzpolitisch eine kluge Lösung treffen.

Umgekehrt betrachtet frage ich mich: Ist es eine Katastrophe für den Forschungsbereich, wenn wir die Beträge, die die Kommission beantragt, nicht sprechen? Einverstanden, sie sind im Verhältnis relativ hoch. Es betrifft 26 Millionen Franken beim Nationalfonds, auf einen Betrag von 123 Millionen Franken, und es betrifft 36 Millionen Franken bei der ETH, auf einen Betrag von 110 Millionen Franken. Insgesamt sind es also 62 Millionen Franken auf einen Betrag von rund 250 bis 300 Millionen Franken.

Dieser Betrag erscheint relativ hoch, wenn wir ihn nicht sprechen. Aber wenn Sie feststellen, dass in diesem Betrag zwei neue Schwerpunktprogramme enthalten sind, dann ist einmal das Argument von Herrn Onken bereits nicht mehr pertinent, wonach wir uns hüten sollten, einmal gegebene Versprechungen zu brechen und auf acht Jahre angelegte Übungen nach vier Jahren zu kürzen. Ich weiss nicht – das ist Sache der Verwaltung –, wie man die Geschichte verteilen kann.

Es kommt noch dazu: Ich möchte Sie auffordern, im Rahmen dieser wissenschaftspolitischen Debatte ein Argument von Herrn Iten Andreas aufzunehmen. Er hat zum Beispiel in bezug auf das Projekt «Demain la Suisse» gesagt, man habe festgestellt, dass die Schweiz auch wirtschaftlich ins Hintertreffen komme, dass die Industrie den Standort Schweiz verlasse und dass solche Veranstaltungen Fragen beantworten könnten, die uns erlaubten, zu sehen, warum das passiert, und dann entsprechende Massnahmen zu treffen.

Ich glaube das schlechterdings nicht. Wenn Sie wissen wollen, warum die Schweiz langsam ihre Trümpfe verliert, so nicht deswegen, weil wir eine schlechte Forschungspolitik haben, sondern weil wir die Anwendung der Forschung nicht mehr zulassen. Ich lese im «Tages-Anzeiger» von heute, dass vor kurzem zwei Veranstaltungen über Gentechnologie parallel stattgefunden haben. An der einen haben die Schweizerische Arbeitsgruppe Gentechnologie (SGA) und die Schweizerische Gesellschaft für Umweltschutz ihre Vorstellungen präsentiert. Daran hat ein einziger Industrievertreter teilgenommen, nämlich Herr Küenzi von der Ciba-Geigy, der allerdings ein in der Sache bewanderter Herr ist. Er hat versucht, den Parlamentariern nahezubringen, wie eng begrenzt der Spielraum für eine nationale Gesetzgebung sei, und hat wörtlich gesagt: «Wenn die Politiker nicht wollen,

dann gehen wir.» Damit ist für mich die Frage klar beantwortet.

Man kann in Politikerkreisen solche Aussprüche immer als Drohung auffassen, aber die Konsequenzen tragen wir natürlich. Herr Dörig von der SKA hat kürzlich geschrieben, es gebe bald keine nationalen Politiken mehr, die standortbedingt effektiv etwas brächten, es sei denn, man betrachte sich als «Flugzeugträger» mit allen Ausstaffierungen positiver Art für die Gesellschaften, die auslesen würden, welches ihr Ziel ist. Wir müssen keine grossen positiven Veranstaltungen durchführen; wir müssen nur dafür sorgen, dass unsere Industrie hier bleibt und nicht noch «startet» und weggeht.

Wenn Sie diese Fragen von Soziologen, Philologen und Philosophen beantworten lassen wollen, dann bin ich der Auffassung, Sie sollten sich das noch einmal überlegen.

Diese «Schweiz morgen» – «Demain la Suisse» – hat ihren Anfang genommen in einer Untersuchung über die Frage, ob die Sozialwissenschaften in der Schweiz hinreichend dotiert seien. Selbstverständlich kommt man zum Schluss, dass dies nicht so ist. Wenn ich die Schützenvereine in meinem Kanton frage, ob sie von den Gemeinden und vom Kanton genügend Geld erhalten, sagen sie auch nein. Es ist also eine falsche Politik, wenn man die Leute fragt: «Seid ihr genug stark, habt ihr genug Geld?» So kann ich jeden Kredit auslösen.

Was das Programm Minast betrifft, da kann ich nicht mitreden, aber eines möchte ich zur Interessenbindung sagen, Herr Kollege Cavadini: Ich habe keine Interessenbindung, Sie haben aber immerhin zwei Institute in Ihrem Kanton. Das hätten Sie sagen dürfen.

Ich bin insgesamt in dieser ganzen Frage der Auffassung, dass wir niemandem schaden, wenn wir hier sparen. Wir sollten die Finanzdiskussion in jeder Beziehung seriös und ernsthaft durchführen.

Ich bitte Sie daher, den Antrag der Minderheit Seiler Bernhard zu unterstützen.

**Jagmetti Riccardo (R, ZH):** Wir sind alle in diese Gewichtung einbezogen: Ausbildung, Forschung, Finanzen. Aber gewichten müssen wir nicht nur hier, gewichten müssen wir bei allen anderen Geschäften, die wir behandeln, auch. Ich bitte Sie nur, zu beachten, dass wir nicht jetzt an einem Ort allein den strengen Massstab ansetzen und nachher dann wieder sehr grosszügig sein sollten, sondern wir müssen konsequent sein.

Nun glaube ich, dass in der Schweiz – das darf man objektiv sagen – in Ausbildung und Forschung nicht eine generelle Mangelsituation besteht, sondern Ausbildung und Forschung sind in der Schweiz allgemein auf einem guten Niveau dotiert. Das darf man auch einmal anerkennen. Für mich liegt das Problem nicht im allgemeinen Niveau, sondern das Problem liegt für mich in der Schwerpunktbildung. Wir sollten auch hier die «Gliesskanne» nicht beliebig benutzen, sondern zentrale Anliegen nicht zu kurz kommen lassen.

Jetzt greife ich zurück auf den Beschluss E, den wir diskussionslos verabschiedet haben, mit den Beiträgen an den Nationalfonds, denen ich gerne zugestimmt habe. In Artikel 1 Absatz 2 reservieren wir 12 Prozent dieser Beträge, über die der Bundesrat verfügen kann, für die Nationalen Forschungsprogramme. Ich vermag diese Forschungsprogramme nicht alle zu beurteilen – das ist eine Fachfrage, mit der man vertraut sein müsste –, aber für gewisse erlaube ich mir, eine Beurteilung vorzunehmen, auch für vergangene Forschungsprogramme.

Bei gewissen dieser Nationalen Forschungsprogramme sind wir weg von dem, was ursprünglich gemeint war, nämlich eine Schwerpunktbildung. Sie wurden zum Teil sehr breit gefächert, und die Ergebnisse stellen aus meiner Sicht nicht den Inbegriff neuester Erkenntnisse dar. Ich wäre also dem Bundesrat dankbar, wenn er bei weiteren Entscheidungen über die Nationalen Forschungsprogramme, die ja nicht im Beschluss F, sondern im vorherigen Beschluss enthalten sind, strenge Massstäbe anlegen würde, um wirklich auch dort Schwerpunkte zu setzen. Und wenn dabei nicht alles Geld benötigt wird, um so besser, denn das, was wir hier in

diesem Entwurf machen, das sind nun genau die Schwerpunktprogramme.

Ich meine, dass ein Programm, ein anspruchsvolles Programm wie Minast eben, eine Akzentsetzung darstellt, die nicht nur den Forschern Freude macht, sondern auch für unsere schweizerische Wirtschaft von Bedeutung ist. Die 93 Firmen, von denen Herr Cavadini Jean sprach, liegen zwischen Basel und Losone, zwischen Altenrhein und Plan-les-Ouates. Alle schweizerischen Hochschulen sind daran beteiligt. Das Projekt ist ein höchst anspruchsvolles. Nun kann man sagen: Ja, dann reduzieren wir es eben etwas. Man kann aber solche anspruchsvollen Projekte nicht in der Form von «Minast light» verwirklichen. Entweder man macht ein solches Programm, oder man verzichtet darauf.

Persönlich bin ich der Meinung, dass wir mit diesen Schwerpunktprogrammen nun wieder auf dem richtigen Weg sind, nachdem wir ihn bei den Nationalen Forschungsprogrammen teilweise – ich will nicht ein generelles Urteil fällen – etwas verlassen haben. Ich plädiere deshalb für diese Schwerpunktprogramme, weil ich der Überzeugung bin, dass sie für uns von Bedeutung sind, und zwar auch für den Standort Schweiz. Ich meine nicht nur den Forschungsstandort Schweiz, ich meine den Wirtschaftsstandort Schweiz, denn was wir hier an neuer Technologie entwickeln, das schafft nachher auch Plätze für qualifizierte Arbeitskräfte.

Kommen wir also bitte etwas vom Giesskannenprinzip weg, namentlich bei den Nationalen Forschungsprogrammen (NFP), und geben dafür den Schwerpunktprogrammen etwas mehr Gewicht. Ich sage das, auch wenn wir dem Bundesrat bei den NFP jetzt die Ermächtigung gegeben haben. Ich äussere das einfach als Wunsch an den Bundesrat, wie bei den NFP von der erteilten Kompetenz Gebrauch zu machen sei.

Herr Seiler Bernhard sagte, der Präsident der ETH Zürich habe erklärt, man müsse auch bei der Forschung mit den Mitteln sorgfältig umgehen. Ich bin damit völlig einverstanden. Ich möchte Ihnen aber zu den Schwerpunktprogrammen nach Artikel 2 einen einzigen Satz vorlesen: «Der Minimalbetrag, der noch eine sinnvolle Realisierung erlaubt hätte, wurde mit 146 Millionen Franken für die drei Programme festgelegt.» Entweder führen wir sie aus oder nicht, aber wir können sie nicht in einer einfacheren Ausführung realisieren. Hingegen besteht die Möglichkeit, dort Zurückhaltung zu üben, wo wir eben nicht mehr solche Schwerpunkte setzen.

Ich plädiere für den Antrag der Kommissionmehrheit.

**Gemperli Paul (C, SG):** Ich habe eigentlich nicht vorgesehen, das Wort zu ergreifen. Aber das leidenschaftliche Votum von Kollege Schmid Carlo hat mich doch etwas herausgefordert.

Ich weiss genau, dass man als Mitglied der Finanzkommission und gleichzeitig auch der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur gelegentlich einen Spagat machen muss zwischen den Anforderungen der Finanzpolitik und den Anforderungen, die auf der anderen Seite Bildung und Forschung bringen. Es ist nicht immer leicht, in diesem Bereich den Ausgleich zu finden. Sie wissen, dass ich in der Regel der Finanzpolitik eine sehr hohe Priorität einräume. Wir haben wirklich allen Grund dazu, hier Ernst zu machen und zu versuchen, den Bundeshaushalt zu sanieren.

Aber ich habe schon mehrmals gesagt, dass es nicht möglich ist, die Finanzen einfach mit «Milliönchen da und Milliönchen» dort zu sanieren. Wir müssen grundsätzlich, konzeptionell an diese Probleme herantreten. Dann kommen wir letztlich zu einer Sanierung der Bundesfinanzen.

Für mich gibt es auch noch einen weiteren Grundsatz: Wenn man knapp bei Kasse ist, dann muss man wenigstens noch versuchen, mit dem wenigen Geld etwas Wertvolles zu kaufen. Wenn wir in diesem Bereiche aufstocken, dann machen wir nichts anderes als das, was auch ein normaler Hausvater oder eine Hausmutter machen muss, wenn er oder sie sich in einer schwierigen Situation befindet. Sie können nicht etwas kaufen, das ihnen im Grunde genommen nichts mehr bringt.

Wenn Sie nun das Forschungsprogramm ETH ansehen – Sie finden ja die Zahlen in dieser Botschaft –, dann sehen Sie, dass sich die Wünsche auf total 228 Millionen Franken belaufen; allerdings auch dort schon unter erheblichen Kürzungen. Der Bundesrat hat dann den betreffenden Antrag auf 110 Millionen Franken zurückgestuft. Da aber 66 Millionen Franken als Beitrag der Schweiz in das 4. EU-Forschungsrahmenprogramm eingebaut werden sollen, bleiben dann letztlich von diesen beantragten 228 Millionen Franken lediglich noch 43,4 Millionen Franken oder knapp 20 Prozent der ursprünglichen Summe für das Schwerpunktprogramm ETH. Mit der Aufstockung, die hier mit diesen 36 Millionen Franken noch verlangt wird, würden wir noch auf 79,4 Millionen Franken kommen, also etwa auf einen Drittel des ursprünglich verlangten Betrags. Ich glaube, da muss man tatsächlich sagen, dass hier eine Kürzung vorgenommen worden ist, die schmerzt. Man wird es im Rahmen dieser Programme merken, dass man kreditmässig wesentlich «zurückgefahren» ist und gespart hat.

Das EU-Forschungsprogramm – hier liegt der Hase im Pfeffer, und hier irt im Grunde genommen auch der Bundesrat – ist nicht ein Ersatz im Massstab 1 zu 1 für eigene Forschung, wie sie hier betrieben werden könnte. Wenn wir 66 Millionen Franken für das EU-Programm wegnehmen, heisst das nicht, dass das in die Programme zurückfliesst, die wir hier fördern wollen. Das ist damit nicht gegeben. Ich bitte Sie, das auf jeden Fall zu beachten.

Natürlich kann man sich fragen – das war ja auch mein Problem –, ob man nicht die Verpflichtungskredite etwas weniger auf einzelne Bereiche hätte aufteilen können. Dann hätte man vielleicht mehr Durchlässigkeit gehabt. Aber wir sind jetzt einmal soweit, und wir können nicht mit der ganzen Geschichte noch einmal von vorne anfangen, sondern wir müssen das, was wir jetzt haben, entsprechend beurteilen. Mit 43 Millionen Franken – nach Abzug der EU-Forschungsbeiträge – können Sie nichts mehr anfangen. Aber wenn Sie im schlimmsten Fall noch 79 Millionen Franken haben, dann kann man wenigstens – zwar reduziert – noch etwas machen. Dann wird mit dem Geld noch etwas Vernünftiges angestellt.

Hier möchte ich noch einen grundsätzlichen Gedanken anfügen: Man kann doch nicht, wenn man in einer schwierigen Lage ist, hingehen – da möchte ich vor allem Herrn Schmid Carlo ansprechen – und bei einem Landwirt den Kredit für das Saatgut streichen, um kurzfristig Geld zu haben. Man muss tatsächlich säen, um nachher auch ernten zu können. Bleiben noch die Angelegenheit «Demain la Suisse» und die Aufstockung des Kredits gemäss Artikel 1: Ich weiss nicht, ob Sie nicht gelegentlich auch etwas in die Zukunft sehen wollen und nicht auch Zahlen suchen, um zukünftige Entwicklungen in der Schweiz belegen zu können, und jedesmal auf Mängel stossen. Es ist ganz eindeutig so: Man tappt im finstern, wenn man über das Jahr 2000 hinaus noch Zahlen über mögliche Entwicklungen im gesellschaftlichen Bereich haben will, die ja auch finanzielle Auswirkungen haben können. Es ist an der Zeit, dass wir hier versuchen, einen gewissen Rückstand aufzuarbeiten. Ich bin überzeugt, dass es sich nachher auch wieder in Franken und Rappen ausdrückt, wenn wir entsprechend sichere Prognosen für die Zukunft stellen können.

Zur Illustration verweise ich auf die Frage der Arbeitslosigkeit. Hier nur ein Beispiel: Sie wissen, dass es in schweizerischen Landen sehr umstritten ist, ob wir beispielsweise ab dem Jahr 2005 eine höhere Arbeitslosigkeit haben, ob wir ungefähr auf dem gleichen Niveau bleiben oder ob die Arbeitslosigkeit dann sogar zurückgeht, weil sich der Geburtenrückgang spürbar macht und unter Umständen auch die wirtschaftliche Entwicklung wieder in eine andere Richtung läuft. Diese Fragen müssen untersucht und erforscht werden, erst dann können wir geeignete Schritte machen.

«Demain la Suisse» ist nicht einfach eine Fortschreibung der Schweizer Geschichte in die Zukunft, sondern es soll handfeste Unterlagen geben, mit welchen nachher in Politik und Wirtschaft gearbeitet werden kann.

Ich bitte Sie, dem Antrag der Mehrheit zuzustimmen.

**Coutau Gilbert** (L, GE): Il est vrai qu'il est difficile d'être membre de la Commission des finances. Il est vrai, comme vient de le souligner M. Gemperli, que nous sommes souvent déchirés entre notre volonté de rigueur, notre volonté de rétablir un équilibre plus satisfaisant des finances de la Confédération, et notre volonté de tenir compte des réalités de la vie quotidienne et des exigences de l'avenir.

Je n'avais pas non plus l'intention d'intervenir dans ce débat, parce que le fait de dire que nous avons des difficultés à prendre des décisions et que nous sommes placés devant des dilemmes n'intéresse personne. Mais l'intervention de M. Schmid Carlo m'incite, en ma qualité de membre de la Commission des finances, à vous dire les choses suivantes: 1. J'ai été un peu choqué par le début de l'intervention de M. Schmid, lorsqu'il a dit: «Rappelez-vous que vous avez voté le dernier crédit-cadre pour la science en 1991, et rappelez-vous que nous étions alors en pleine euphorie.» Ce que M. Schmid voulait dire, c'est que nous aurions voté ce crédit avec une générosité coupable, presque irréfléchie, et qu'au fond c'était dans l'euphorie des années bénéfiques des finances fédérales que nous aurions quasiment jeté de l'argent par les fenêtres.

Je voudrais corriger cette idée, en me fondant sur le message 95.007 relatif au compte d'Etat 1994. A la page 46 de ce message figure un graphique qui montre l'évolution générale des dépenses de la Confédération comparée à l'évolution des dépenses consacrées à la formation et à la recherche. Or, c'est précisément à partir de 1991 qu'on voit apparaître un décrochage du parallélisme que ces dépenses avaient connu jusque-là. On voit en effet qu'à partir de cette année-là, les dépenses générales de la Confédération augmentent plus vite que les dépenses consacrées à la formation et à la recherche. Ce n'est donc pas à cause de l'euphorie des années précédentes, ni à cause des crédits que nous aurions votés avec une générosité aveugle, que les charges de la Confédération au titre de la formation et de la recherche se sont accrues de façon démesurée, bien au contraire.

Voyez-vous, si attentif que je sois à l'équilibre des finances de la Confédération, j'estime que la nécessaire rigueur dont il faut faire preuve pour y parvenir ne signifie pas non plus un simplisme automatique. Il n'y a pas de simplisme automatique dans l'exercice de la rigueur au sens où je l'estime nécessaire. La rigueur, cela veut dire aussi définir des priorités réfléchies à moyen terme. Et précisément, la recherche et la formation – ici en particulier la recherche – ne sont pas des dépenses de consommation comme trop souvent dans notre Etat, où nous avons des dépenses de pure consommation, ce sont strictement des dépenses d'investissement. C'est à partir d'un investissement dans la recherche qu'il est possible de construire, de développer, d'affronter l'avenir. J'estime que l'on ne peut pas raisonner à l'égard des dépenses d'investissement de la même façon qu'à l'égard de dépenses de pure consommation.

Il est vrai que des reproches peuvent être adressés à notre politique de la recherche pour son manque de coordination, de sélectivité, de rendement à certains égards. Mais j'estime aussi que les déclarations qui ont été faites, aussi bien par le président de la commission que par M<sup>me</sup> Dreifuss, conseillère fédérale, montrent que des efforts résolus sont faits pour résoudre en partie ces problèmes. Ce n'est donc pas en coupant dans les dépenses de recherche que l'on va nécessairement accélérer les améliorations qui sont en cours.

2. J'aimerais souligner le fait que les dépenses de recherche dans notre pays connaissent une évolution intéressante et nouvelle en ce sens que la répartition traditionnelle entre la recherche fondamentale, qui était le fait des cantons et de la Confédération, et la recherche plus appliquée qui était le fait de l'économie privée, est en train d'évoluer. Il devient de plus en plus difficile de savoir si tel ou tel programme de recherche porte véritablement seulement sur de la recherche fondamentale ou s'il comporte aussi quelques développements qui vont en direction d'une recherche appliquée, et inversement. C'est une des raisons pour lesquelles ces programmes de recherche prioritaires vont vers une recherche où l'application est plus immédiate et où elle implique une collabora-

tion plus étroite entre les entreprises et les universités et les écoles polytechniques. Ces évolutions sont souhaitables, elles sont favorables.

C'est pourquoi, finalement, après avoir longuement pesé le pour et le contre entre la rigueur financière et la sensibilité à l'investissement que constitue un programme de recherche, j'opte pour la proposition de la majorité de la commission.

**Uhlmann Hans** (V, TG): Gestern haben wir in diesem Saal die Staatsrechnung 1994 verabschiedet. Ich erinnere mich noch sehr genau, wie die Mitglieder der Finanzkommission die Finanzlage des Bundes in düstersten Farben geschildert haben. Zu Recht, wie ich meine, absolut zu Recht.

Es wurde festgestellt, dass die Ausgaben seit dem Jahre 1990 dreimal mehr gewachsen sind als die Einnahmen. Es wurde festgestellt, dass die Ausgabendisziplin strikte einzuhalten sei.

Nun, was heisst das? Wenn wir zurückblättern, haben wir einen grossen Teil der Situation der Tatsache «zu verdanken», dass das Parlament immer wieder über die Anträge des Bundesrates hinausgegangen ist. Nun kommen wir heute schon – einen Tag, nachdem viele Mitglieder der Finanzkommission die Situation zu Recht angeprangert haben – und wollen von diesem Grundsatz abweichen.

Herr Kollege Jagmetti, Sie haben gesagt, man solle nicht nur an einem Ort sparen. Da bin ich absolut Ihrer Meinung. Ich glaube, das ist auch nicht der Fall. Es sind alle Beteiligten und alle Sparten aufgerufen, kein Ausgabenwachstum zu akzeptieren, das über das hinausgeht, was der Bundesrat vorschlägt.

Wenn Herr Kollege Onken – er ist zwar jetzt nicht im Saal – sagt, ausgerechnet hier dürfe man nicht sparen, dann muss ich der Kommission den Vorwurf machen, dass sie die Prioritäten eben nicht erkannt hat. Dann hätte man andere Prioritäten setzen müssen. Dann hätte man diese Beträge vielleicht, wie das von Herrn Kollege Onken angedeutet wurde, an einem anderen Ort einsparen können.

Sicherlich, es ist alles wünschbar. Es ist noch vieles wünschbar. Aber ich glaube, wenn wir so weitermachen, dann können wir dem Bundesrat zumindest nie den Vorwurf machen, er sei für die desolante Situation der Bundeskasse verantwortlich. Das dürfen wir nun einfach nicht hinnehmen. Darum bin ich der Auffassung, der Minderheitsantrag Seiler Bernhard sei absolut richtig.

Wenn die Zukunft des Forschungsplatzes Schweiz von dieser Frage abhänge – was ich ja nicht glaube und was auch von den verschiedenen Votanten nicht behauptet worden ist –, dann wäre es wirklich «spät».

Jetzt möchte ich Sie doch noch an einen Zusammenhang erinnern: Heute wollen wir 100 Millionen Franken mehr ausgeben, als der Bundesrat uns vorschlägt; am Montag wird der Bundesrat Massnahmen beschliessen, mit denen in einem anderen Bereich, bei dem schon seit einigen Jahren Einkommensrückgänge in Kauf genommen werden mussten, ebenfalls wieder gekürzt werden soll.

Ich bitte Sie, Herrn Kollege Seiler Bernhard zuzustimmen.

**Loretan Willy** (R, AG): Ich hatte auch nicht im Sinn zu votieren. Nachdem aber verschiedene Mitglieder der Finanzkommission «ihre Seele» auf den Tisch des Hauses gelegt und «seziert» haben, muss auch ich meine Seele – wie Bundesrat Ogi es zu sagen pflegt – zuhänden des Protokolls und der Geschichte offenbaren. Sie ist nach wie vor finanzpolitisch geprägt.

Ich habe viel Verständnis für den Antrag der Mehrheit der Kommission. Aber: Gestern haben wir hier die geheiligten Prinzipien des Sparens zelebriert, nämlich nominale Plafonierung der Ausgaben 1996 auf dem Niveau 1995 bei den Sachausgaben und ausgabenseitige Kompensationen, wenn wir diese Plafonds überschreiten – das gilt insbesondere für diese «vermaledeiten» Rahmenkredite, die uns jeweils für Jahre auf den schlechten Pfad der Untugend führen, das Sparen zu vernachlässigen.

Wie wollen wir dem Volk – jeder Politiker hat natürlich sein eigenes Volk – erklären, dass wir gestern sagten, jetzt werde

endlich mit dem Sparen Ernst gemacht, und heute, vierundzwanzig Stunden danach, bereit sind, dem Bundesrat, der endlich einmal mit dem guten Beispiel vorangegangen ist, wieder in den Rücken zu fallen, dies wegen einiger Dutzend Millionen Franken? Es geht eben um die Signale, die wir aussenden. Ich werde mit anderen zusammen, die wir heute vermutlich unterliegen werden, das zweifelhafte Vergnügen haben, in Versammlungen usw. einmal mehr zu erklären, warum denn dieses Parlament nicht bereit ist, zu sparen, und selbst dem für einmal sparwilligen Bundesrat in den Rücken fällt.

Wir werden beim Voranschlag 1996 erneut die Zahlungskredite zusammenstreichen und erneut feststellen, dass wir bei den Rahmenkrediten, den Verpflichtungskrediten, überbordet haben.

Ich habe jetzt klar und deutlich gesprochen. Für mich gibt es nichts anderes, als jetzt zu sagen: «Landvogt, bleibe hart!» Wir müssen der Minderheit zustimmen, sonst stimmt unsere Politik überhaupt nicht mehr aufeinander, und wir sind völlig widersprüchlich. Das möchte ich vermeiden helfen.

**Iten Andreas (R, ZG), Berichterstatter:** Ich werde mich sehr kurz fassen. Ich habe mir sehr viele Stichworte aufgeschrieben. Ich habe aber auch bei den Befürwortern, die meinen Standpunkt vertreten, gesehen, dass sie viele überzeugende Argumente gebracht haben. Das erspart mir eine grössere Zusammenfassung und eine Auseinandersetzung mit den einzelnen Voten.

Ich möchte bei Herrn Loretan anfangen: Wenn Sie zum Volk gehen und dem Volk sagen, was wir hier zum Beispiel mit dem Programm Minast beschliessen wollen, dann wird das Volk das verstehen. Es geht um Arbeitsplätze. Es geht um die Zukunft der technischen Entwicklung und um den Wirtschaftsstandort Schweiz – und das in einer optimalen, schwerpunktartigen Weise. Wenn Sie das den Leuten sagen, vor allem denjenigen, die arbeitslos sind, dann werden Sie verstanden. Sie müssen nur nicht global argumentieren, sondern im Detail.

Herrn Uhlmann möchte ich sagen: Es geht nicht um 100 Millionen Franken heute. Es geht um die 62 Millionen Franken, die Herr Schmid Carlo erwähnt hat. Ich bin sehr glücklich, dass vernünftige, von der Vernunft geleitete Politiker gesagt haben: Wir müssen einen Schwerpunkt setzen.

Was hat Bundesrat Otto Stich gestern gesagt? Er hat uns aufgefordert, in diesem Saal Prioritäten zu setzen! Jetzt sind wir daran, Prioritäten zu setzen, und es ist auch wieder nicht recht. Man argumentiert global und nicht von dieser Optik her.

Es ist unvermeidlich, dass ich kurz etwas zu Herrn Schmid Carlo sagen muss: So geht es nicht, Herr Schmid, eine Expertise zu diskreditieren. So geht es wirklich nicht. Der Schweizerische Wissenschaftsrat hat eine Expertise in Auftrag gegeben und liess den Stand der Sozialwissenschaften in der Schweiz von einem internationalen Gremium untersuchen. Das Ergebnis war katastrophal. Hier müssen also Impulse kommen, und die Impulse werden für die Gesellschaft und für den Staat wertvoll sein. Wenn Sie das Programm wirklich studieren, werden Sie sehen, dass hier ein sehr wertvoller Wissenschaftsbeitrag geleistet werden wird.

Sie haben gesagt, wir hätten 1991 in Euphorie Programme beschlossen, die jetzt weiterlaufen. Orientieren Sie sich einmal über das Programm Lesit. Bei diesem Programm geht es um die Forschung im Bereich der Mikroelektroniksysteme. Da sind wir weit im Hintertreffen. Das Programm Lesit, das sehr erfolgreich gewesen ist, kann durch das Programm Minast abgelöst werden. Beim Programm Minast, wo es um die Nano- und auch um die Mikrosystemtechnologie geht, stammen 55 Prozent der Beiträge von der Privatwirtschaft, und das will doch etwas heissen. Sie wissen, wie die Privatwirtschaft heute jeden Franken umdreht, wenn sie Ausgaben plant, und hier ist sie bereit, mit 55 Prozent mitzumachen. Das beweist doch klar und deutlich, dass hier ein zukunftsorientierter Forschungsansatz besteht, und den sollten wir jetzt schwerpunktmässig unterstützen.

Ich bitte Sie inständig, diese beiden neuen Programme – es geht nicht nur um «Demain la Suisse», sondern es geht auch um das Programm Minast – zu unterstützen. Wir setzen einen Schwerpunkt, und wir werden wahrscheinlich auch eine Leistung vollbringen, die eine Kampfansage gegen die Arbeitslosigkeit ist, die ja immer grösser wird.

Ich danke Ihnen und hoffe, dass wir zu einem guten Resultat kommen.

**Dreifuss Ruth, conseillère fédérale:** Deux éminents membres de la Commission des finances ont exprimé à quel point il était difficile d'être membre de la Commission des finances. Vous comprendrez que je dise aussi qu'il est difficile d'être membre du Conseil fédéral et d'être placée face à ce même choix qui est de savoir si l'on consacre ou non les moyens initialement prévus à un domaine important de la recherche ou si l'on procède à des coupures. Contrairement à ces deux éminents membres de la Commission des finances, je défends ici le point de vue du Conseil fédéral et la décision qu'il a prise, c'est-à-dire que je mets effectivement au premier plan le choix douloureux qui a été fait de réduire le montant global des fonds accordés à la recherche et à l'éducation en procédant à une coupure dans l'instrument des programmes prioritaires de recherche. Ceci pour une raison toute simple: M. Stich nous répète abondamment – et il a raison –, que nous payons aujourd'hui déjà plus d'intérêts sur la dette de la Confédération que nous pouvons consacrer d'argent à l'ensemble du programme de la recherche et de l'éducation ou à l'ensemble du programme de financement de notre agriculture. Nous avons atteint un niveau d'endettement qui nous oblige effectivement à prendre des mesures qui peuvent faire mal.

Je remercie M. Seiler Bernhard et ceux qui ont soutenu la proposition de la minorité d'appuyer le projet du Conseil fédéral. Vous me permettrez de rappeler aussi tous ceux qui ont mis en évidence l'importance de la recherche pour la Suisse et l'importance de l'instrument des programmes prioritaires. C'est la raison pour laquelle le Conseil fédéral a pris la décision de répartir ces coupures, non pas d'une façon automatique et géométrique, mais sur l'ensemble des programmes proposés, ceux qui sont déjà en vigueur et les deux nouveaux; il faut cependant être conscient qu'il faudra reporter certaines activités de recherche. Les unes se laissent plus facilement reporter que les autres. M. Cavadini Jean a souligné que dans certains secteurs très pointus, chaque mois ou chaque semestre perdu l'est sans doute définitivement, alors que dans d'autres domaines, on pourra peut-être davantage choisir les modules qui devront être retenus. Nous avons bien l'intention de poursuivre l'ensemble de ces programmes tout en réduisant un peu la flamme sous ces programmes.

Nous nous sommes également efforcés de voir s'il pouvait y avoir des transferts de fonds des programmes nationaux de recherche vers les programmes prioritaires, qui puissent atténuer la rigueur des mesures que nous vous proposons. Nous sommes arrivés à la conclusion que, dans la plupart des cas, il y a effectivement une spécialisation des programmes nationaux de recherche par rapport aux programmes prioritaires. Ce sont deux instruments différents dont les objectifs et les résultats attendus se situent dans un autre horizon. Les programmes nationaux de recherche ont une durée plus limitée. Nous espérons avoir des résultats à relativement court terme. C'est ainsi que nous les choisissons. Je dirais que c'est le coup de pouce final pour arriver à des résultats intéressants. Je pourrais citer en particulier les deux programmes médicaux que nous avons dans la série actuelle. En revanche, les programmes prioritaires, c'est vraiment la construction d'une infrastructure de recherche dans les domaines que nous avons retenus, dont la durée est beaucoup plus longue.

La seule fois où nous avons remarqué que nous aurions sans doute pu faire quelques échanges, non pas d'argent, mais de questions, c'était dans le programme «Demain la Suisse» et le dans le programme national de recherche «Fondements et potentialités de la politique extérieure suisse». Cela reste bien sûr très limité et n'aurait pour effet

que d'atténuer un peu la rigueur des mesures que nous vous proposons pour le programme «Demain la Suisse». Puisque je réponds à votre question, Monsieur Jagmetti, qui est aussi une suggestion d'être plus rigoureux dans le choix des programmes nationaux de recherche, permettez-moi de vous dire que le Conseil fédéral est très rigoureux. Est-ce que je peux rappeler que nous avons reçu 227 propositions et que nous en avons retenu 7 dans le programme qui vient d'être décidé? Cela démontre bien qu'une intense activité de sélection est faite dans ces programmes nationaux de recherche.

Je remercie M. Schmid Carlo du soutien qu'il a apporté à la proposition de la minorité. Le président de votre commission a déjà souligné que certains des arguments qu'il avait utilisés contre «Demain la Suisse» – peut-être s'était-il laissé entraîner par sa furia éloquente – étaient des arguments qui ne correspondaient pas à ce qu'est un rapport d'experts tel que celui qui a été demandé.

Il ne s'agit en tout cas pas d'une demande qui aurait été adressée à un «Schützenverein» de niveau intellectuel et qui aurait tout simplement dit qu'il n'a pas assez de munition ou assez de cartouches pour s'amuser comme il mérite de le faire. Il s'agit d'un groupe international d'experts auquel nous avons demandé de mettre en évidence l'état de la recherche dans le domaine de l'éducation, de la science politique, de la psychologie et de la sociologie, notamment.

Je me permets de vous dire très rapidement quels sont les constats de cette analyse. En général, au plan de leur réputation internationale, on ne peut pas dire que les sciences sociales helvétiques soient déconsidérées à l'étranger, mais les points qui ont été relevés doivent nous inquiéter: il n'y a pas de continuité dans les thèmes de recherche; la coordination entre les instituts de recherche manque – ce sont toute une série d'isolats qui travaillent pour eux-mêmes; il y a un manque de cohérence entre l'enseignement et la recherche; il y a une absence de masse critique et une insuffisance de l'orientation pratique des recherches en sciences sociales.

Or, c'est précisément sur tous ces plans que la création d'un programme prioritaire de recherche entend agir – je reprends l'expression «investissement» qui a été utilisée par M. Coutau –, c'est pour créer des liens entre les instituts, c'est pour articuler la recherche et la formation, c'est pour obliger les chercheurs à pratiquer l'interdisciplinarité et la collaboration au-delà des frontières, ou peut-être même entre les tours d'ivoire de leurs instituts; c'est pour tout cela qu'un programme prioritaire de recherche est bon. Ce que nous faisons ici, encore une fois, c'est créer une infrastructure de recherche dans un domaine où nous n'avons pas atteint la qualité suffisante. Il ne s'agit donc pas, Monsieur Schmid, de donner tout simplement des réponses à des questions simples qui seraient posées, mais de créer l'instrument qui nous permettra, tout au long des années et des décennies à venir, de nous interroger sur notre société, sur notre cohésion, sur le fonctionnement de l'économie et ses bases sociales, psychologiques, etc. Il s'agit par exemple d'apporter des réponses aux problèmes de notre société d'une façon générale à travers le renforcement et la restructuration des sciences sociales en Suisse.

J'ai souvent entendu ici des critiques envers la sociologie. C'est justement parce que ce niveau de qualité n'est pas encore atteint que nous avons besoin d'un programme prioritaire. C'est par le programme prioritaire que nous arriverons à augmenter la rigueur de la recherche en sciences humaines dans notre pays. Je remercie tous ceux qui n'ont pas fait de différence entre le nouveau programme Minast et le nouveau programme «Demain la Suisse», tous deux sont urgents et correspondent à une nécessité.

Je répète que le Conseil fédéral s'efforcera de répartir de la façon la plus adéquate possible les coupures que suppose le projet qu'il vous présente et qu'il vous demande de suivre.

*Abstimmung – Vote*  
Für den Antrag der Mehrheit 26 Stimmen  
Für den Antrag der Minderheit 13 Stimmen

**Art. 2**  
*Antrag der Kommission*  
*Mehrheit*  
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates  
*Minderheit*  
(Seiler Bernhard)  
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

**Art. 2**  
*Proposition de la commission*  
*Majorité*  
Adhérer à la décision du Conseil national  
*Minorité*  
(Seiler Bernhard)  
Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Abstimmung – Vote*  
Für den Antrag der Mehrheit 27 Stimmen  
Für den Antrag der Minderheit 12 Stimmen

**Art. 3**  
*Antrag der Kommission*  
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates  
*Proposition de la commission*  
Adhérer à la décision du Conseil national

*Angenommen – Adopté*

*Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble*  
Für Annahme des Entwurfes 29 Stimmen  
(Einstimmigkeit)

**G. Bundesbeschluss über die Kredite des Bundes nach Artikel 16 des Forschungsgesetzes für die Jahre 1996–1999**

**G. Arrêté fédéral allouant des crédits en vertu de l'article 16 de la loi sur la recherche pour la période 1996–1999**

*Gesamtberatung – Traitement global*

**Titel und Ingress, Art. 1–7**  
**Titre et préambule, art. 1–7**

*Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble*  
Für Annahme des Entwurfes 27 Stimmen  
(Einstimmigkeit)

**H. Bundesgesetz über die Hochschulförderung**  
**H. Loi fédérale sur l'aide aux universités**

*Gesamtberatung – Traitement global*

**Titel und Ingress, Ziff. I, II**  
**Titre et préambule, ch. I, II**

*Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble*  
Für Annahme des Entwurfes 29 Stimmen  
(Einstimmigkeit)

**I. Bundesgesetz über die Forschung**  
**I. Loi fédérale sur la recherche**

*Gesamtberatung – Traitement global*

**Titel und Ingress, Ziff. I, II**  
**Titre et préambule, ch. I, II**

*Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble*  
Für Annahme des Entwurfes 29 Stimmen  
(Einstimmigkeit)

*Abschreibung – Classement**Antrag des Bundesrates*

Abschreiben der parlamentarischen Vorstösse gemäss Brief an die eidgenössischen Räte

*Antrag der Kommission*

Das Postulat 92.3413 nicht abschreiben

*Proposition du Conseil fédéral*

Classer les interventions parlementaires selon lettre aux Chambres fédérales

*Proposition de la commission*

Ne pas classer le postulat 92.3413

**Iten** Andreas (R, ZG), Berichterstatter: Wir hätten noch ein Postulat Petitpierre, «Schicksal der von der Eidgenossenschaft in Auftrag gegebenen (wissenschaftlichen) Arbeiten», das die Kommission nicht abschreiben lassen will. Ich habe mich bei der Frau Bundesrätin erkundigt. Sie ist bereit, den Vorstoss als ein «Postulat vivant», wie es vorhin bezeichnet worden ist, aufrechtzuerhalten. Die Anliegen von Herrn Petitpierre sind noch nicht ganz erfüllt, und ich glaube, es ist berechtigt, wenn wir das Postulat noch in der Geschäftsliste lassen.

*Angenommen gemäss Antrag der Kommission*

*Adopté selon la proposition de la commission*

*An den Nationalrat – Au Conseil national*

95.3023

**Postulat Onken****Berufsmaturität und Hochschulreife****Maturité professionnelle et accès à l'université***Wortlaut des Postulates vom 26. Januar 1995*

Der Bundesrat wird ersucht, in die eidgenössische Maturitätsverordnung eine Bestimmung aufzunehmen, die es den Inhaberinnen und Inhabern einer eidgenössisch anerkannten Berufsmaturität ermöglicht, ihren Abschluss unter entgegenkommenden Bedingungen zu einer allgemeinen Hochschulreife zu ergänzen.

*Texte du postulat du 26 janvier 1995*

Le Conseil fédéral est prié d'ajouter à l'ordonnance sur la reconnaissance de certificats de maturité gymnasial une disposition qui permette aux détenteurs d'une maturité professionnelle reconnue par la Confédération d'obtenir à des conditions préférentielles un titre équivalent à un certificat de maturité.

*Mitunterzeichner – Cosignataires:* Beerli, Bloetzer, Meier Josi, Petitpierre, Piller, Plattner, Salvioni, Schiesser (8)

**Onken** Thomas (S, TG): Wer die Entwicklung der Berufsbildung aufmerksam verfolgt, den muss sie mit einer gewissen Sorge erfüllen. Wir haben einen krassen Rückgang an Lehrverträgen, die Jugend drängt immer stärker in die gymnasialen Ausbildungen, es gibt bedauerlicherweise Unternehmen, die sich aus der Berufsbildung zurückziehen, und es gibt ernstzunehmende Stimmen, die davon sprechen, dass gar das duale System unserer Berufsbildung gefährdet sein könnte. Es fehlt also nicht an alarmierten und warnenden Stimmen, auch nicht an parlamentarischen Vorstössen – sowohl im Nationalrat als auch im Ständerat –, die den Bundes-

rat auffordern, sich dieses Bereiches mit Ernsthaftigkeit und Entschlossenheit anzunehmen und die entsprechenden Reformen und Verbesserungen vorzuschlagen. Der Bundesrat, das weiss ich, arbeitet bereits an einem Bericht zur Lage der Berufsbildung, der uns wahrscheinlich in absehbarer Zeit unterbreitet werden wird.

Mit der Schaffung der Berufsmaturität und jetzt auch mit dem neuen Fachhochschulkonzept haben wir immerhin zwei Neuerungen in die Welt der Berufsbildung eingebracht, die von grosser Bedeutung und sehr wertvoll sind, allein aber noch nicht genügen, um den Aderlass zu stoppen. Die Akzeptanz der neuen Berufsmaturität ist «durchgezogen», die Zahlen des Zuspruchs sind teilweise sogar sehr enttäuschend. Die Belastung, die die Lehrlinge, welche diesen Weg wählen, auf sich zu nehmen haben, ist enorm. Sie besuchen die Berufsschule an zwei Tagen zu neun Unterrichtsstunden, was eine beträchtliche Forderung – um nicht zu sagen: Überforderung – ist. Auch die Perspektiven, die sich mit der Berufsmaturität eröffnen, sind teilweise nicht derart verlockend, als dass dieser Weg wirklich attraktiv und dazu angetan wäre, die Jungen von der gymnasialen Ausbildung abzubringen. Im wesentlichen lockt ja eigentlich nur der Zugang zu den Fachhochschulen; viele andere, zusätzliche Möglichkeiten eröffnen sich nicht. Insbesondere bleibt der Wechsel von den Fachhochschulen an die Eidgenössischen Technischen Hochschulen und an die kantonalen Universitäten unklar; er ist nicht verbindlich geregelt, und die Durchlässigkeit besteht nach wie vor nicht.

Hier gibt es also eine Lücke, die meines Erachtens geschlossen werden sollte. Wir müssen den Berufsmaturandinnen und -maturanden zusätzliche Perspektiven eröffnen. Dazu möchte dieses Postulat einen kleinen Anstoss geben. Es lädt den Bundesrat ein, in der eidgenössischen Maturitätsverordnung eine Ergänzung einzubringen, die es erlaubt, dass eine Berufsmaturandin oder ein Berufsmaturand unter entgegenkommenden Bedingungen den bisherigen Abschluss ergänzen kann, um eine allgemeine Hochschulreife zu erlangen. Das soll kein Hürdenlauf mit grossen Erschwernissen sein, sondern es soll unter entgegenkommenden Bedingungen geschehen, bei denen man dem Wissen, das sich dieser junge Mensch angeeignet hat, aber auch seine beruflichen Erfahrungen gebührend Rechnung trägt.

Ich räume ein, dass es dabei im ganzen Problemfeld der Berufsbildung sicher nur um einen kleinen Mosaikstein geht, aber es ist doch auch eine Chance, die wir hier eröffnen, und letztlich ein Beitrag zur Aufwertung der Berufsmaturität.

In diesem Sinne möchte ich den Bundesrat einladen, tätig zu werden und eine solche Ergänzung wohlbedacht in der entsprechenden Verordnung vorzunehmen.

Auch wenn es «nur» ein Postulat ist, bitte ich Frau Bundesrätin Dreifuss doch, dieses Postulat als ein – wie Herr Bundesrat Delamuraz zu sagen pflegt – «postulat vivant, postulat actif» zu betrachten und nicht als eines, das auf weite Zeit hinaus schubladisiert wird.

In diesem Sinne bitte ich Sie um Überweisung dieses Postulates.

**Dreifuss** Ruth, conseillère fédérale: Non seulement le Conseil fédéral est tout disposé à accepter ce postulat, mais aussi à lui donner une impulsion, parce que vous avez mis le doigt sur un problème tout à fait reconnu par le Conseil fédéral.

Nous devons – je l'ai dit d'ailleurs tout à l'heure – créer une politique cohérente entre les voies de formation professionnelle et les voies de formation gymnasiale et académique, mais aussi créer des passerelles dans les deux sens qui permettent aux personnes, lorsque leur choix sont faits, lorsque leur volonté de changer de direction est affermie, de pouvoir le faire le plus facilement possible. Je reconnais avec vous que la maturité professionnelle est une voie difficile, tout sauf royale, qui demande énormément à ceux qui l'empruntent. Si l'on peut leur faciliter, par exemple, l'accès aux études gymnasiales et à la maturité gymnasiale, cela peut leur permettre aussi d'accéder à la formation académique qu'ils visent en ayant commencé justement ce chemin plein de difficultés et d'exigences qui est celui de la maturité professionnelle.

94.102

**Förderung der Wissenschaft  
in den Jahren 1996–1999.  
Kredite**

**Promotion de la science  
dans les années 1996–1999.  
Crédits**

Siehe Seite 497 hiervoor – Voir page 497 ci-devant  
Beschluss des Nationalrates vom 23. Juni 1995  
Décision du Conseil national du 23 juin 1995

**B. Bundesbeschluss über Sondermassnahmen zur  
Förderung des akademischen Nachwuchses in den  
Jahren 1992–1995**

**B. Arrêté fédéral relatif à des mesures spéciales visant  
à encourager la relève universitaire durant les années  
1992 à 1995**

*Schlussabstimmung – Vote final*  
Für Annahme des Entwurfes 39 Stimmen  
(Einstimmigkeit)

**C. Bundesbeschluss über Sondermassnahmen zugun-  
sten der universitären Weiterbildung**

**C. Arrêté fédéral relatif à des mesures spéciales en fa-  
veur de la formation continue au niveau universitaire**

*Schlussabstimmung – Vote final*  
Für Annahme des Entwurfes 40 Stimmen  
(Einstimmigkeit)

**H. Bundesgesetz über die Hochschulförderung  
H. Loi fédérale sur l'aide aux universités**

*Schlussabstimmung – Vote final*  
Für Annahme des Entwurfes 39 Stimmen  
(Einstimmigkeit)

**I. Bundesgesetz über die Forschung  
I. Loi fédérale sur la recherche**

*Schlussabstimmung – Vote final*  
Für Annahme des Entwurfes 40 Stimmen  
(Einstimmigkeit)

*An den Bundesrat – Au Conseil fédéral*

94.088

**Strassenverkehrsgesetz  
und Versicherungsaufsichtsgesetz.  
Änderung**

**Loi sur la circulation routière  
et loi sur la surveillance des assurances.  
Modification**

Siehe Seite 592 hiervoor – Voir page 592 ci-devant  
Beschluss des Nationalrates vom 12. Juni 1995  
Décision du Conseil national du 12 juin 1995

**A. Strassenverkehrsgesetz (SVG)  
A. Loi sur la circulation routière (LCR)**

*Schlussabstimmung – Vote final*  
Für Annahme des Entwurfes 40 Stimmen  
(Einstimmigkeit)

**B. Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG)  
B. Loi sur la surveillance des assurances (LSA)**

*Schlussabstimmung – Vote final*  
Für Annahme des Entwurfes 39 Stimmen  
(Einstimmigkeit)

*An den Nationalrat – Au Conseil national*

94.105

**Asylverfahren.  
Verlängerung des Bundesbeschlusses  
Procédure d'asile.  
Prorogation de l'arrêté fédéral**

Siehe Seite 592 hiervoor – Voir page 592 ci-devant  
Beschluss des Nationalrates vom 23. Juni 1995  
Décision du Conseil national du 23 juin 1995

*Schlussabstimmung – Vote final*  
Für Annahme des Entwurfes 40 Stimmen  
(Einstimmigkeit)

*An den Bundesrat – Au Conseil fédéral*

derkehr, Wittenwiler, Wyss William, Zbinden, Ziegler Jean, Zisyadis, Züger, Zwiygart (175)

*Der Stimme enthalten sich – S'abstiennent:*  
Eggly (1)

*Stimmen nicht – Ne votent pas:*  
Bignasca, Bodenmann, Camponovo, Caspar-Hutter, Cavadini Adriano, Cincera, Columberg, von Felten, Gonseth, Gysin, Hess Peter, Maspoli, Mauch Rolf, Nabholz, Poncet, Scherrer Jürg, Sieber, Stamm Judith, Steinegger, Suter, Tschopp, Tschuppert Karl, vakant I (23)

*Präsident, stimmt nicht – Président, ne vote pas:*  
Frey Claude (1)

*An den Ständerat – Au Conseil des Etats*

94.102

### Förderung der Wissenschaft in den Jahren 1996–1999. Kredite

### Promotion de la science dans les années 1996–1999. Crédits

Siehe Seite 1389 hiervor – Voir page 1389 ci-devant  
Beschluss des Ständerates vom 8. Juni 1995  
Décision du Conseil des Etats du 8 juin 1995

### B. Bundesbeschluss über Sondermassnahmen zur Förderung des akademischen Nachwuchses in den Jahren 1992–1995

### B. Arrêté fédéral relatif à des mesures spéciales visant à encourager la relève universitaire durant les années 1992 à 1995

*Namentliche Schlussabstimmung*  
*Vote final, par appel nominal*  
(Ref.: 1666)

*Für Annahme des Entwurfes stimmen – Acceptent le projet:*  
Aguet, Allenspach, Bär, Baumann Ruedi, Baumann Stephanie, Baumberger, Bäumlín, Béguelin, Berger, Bezzola, Bircher Peter, Bonny, Borel François, Brügger Cyrill, Brunner Christiane, Bugnon, Bühlmann, Bühler Gerold, Bundi, Bürgi, Caccia, Carobbio, Comby, Cornaz, Couchepin, Danuser, Darbellay, de Dardel, David, Deiss, Dettling, Diener, Dormann, Ducret, Dünki, Duvoisin, Eggenberger, Eggly, Engler, Epiney, Eymann Christoph, Fankhauser, Fasel Hugo, Fehr, Fischer-Hägglín, Fischer-Seengen, Fischer-Sursee, Frainier, Frey Walter, Friderici Charles, Fritschi Oscar, Gadiant, Giger, Gobet, Goll, Gonseth, Graber, Grendelmeier, Gros Jean-Michel, Gross Andreas, Haering Binder, Hafner Ursula, Hämmerle, Hari, Heberlein, Hegetschweiler, Herczog, Hess Otto, Hess Peter, Hildbrand, Hollenstein, Hubacher, Iten Joseph, Jaeger, Jäggi Paul, Jeanprêtre, Jöri, Keller Anton, Keller Rudolf, Kühne, Langenberger, Ledergerber, Leemann, Lepori Bonetti, Leu Josef, Leuba, Leuenberger Ernst, Leuenberger Moritz, Loeb François, Maeder, Maitre, Mamie, Mari Werner, Matthey, Mauch Ursula, Meier Hans, Meier Samuel, Meyer Theo, Misteli, Mühlemann, Narbel, Nebiker, Neuenschwander, Oehler, Ostermann, Perey, Philipona, Pidoux, Pini, Raggenbass, Rechsteiner, Reimann Maximilian, Robert, Rohrbasser, Ruckstuhl, Ruf, Ruffy, Rutishauser, Rychen, Savary, Schenk, Scheurer Rémy, Schmid Peter,

Schmid Samuel, Schmidhalter, Schmied Walter, Schnider, Schweingruber, Segmüller, Seiler Rolf, Singeisen, Spielmann, Spoerry, Stalder, Stamm Judith, Stamm Luzi, Steffen, Steiger Hans, Steiner Rudolf, Strahm Rudolf, Stucky, Theubet, Thür, Tschäppät Alexander, Vetterli, Vollmer, Wanner, Wick, Wiederkehr, Wittenwiler, Wyss William, Zbinden, Ziegler Jean, Zisyadis, Züger, Zwiygart (156)

*Dagegen stimmen – Rejetent le projet:*  
Aregger, Aubry, Binder, Blocher, Borer Roland, Bortoluzzi, Dreher, Früh, Giezendanner, Jenni Peter, Kern, Maurer, Miesch, Moser, Müller, Sandoz, Scherrer Werner, Seiler Hanspeter, Steinemann, Weder Hansjürg, Weyeneth (21)

*Stimmen nicht – Ne votent pas:*  
Bignasca, Bischof, Bodenmann, Camponovo, Caspar-Hutter, Cavadini Adriano, Cincera, Columberg, von Felten, Grossenbacher, Gysin, Maspoli, Mauch Rolf, Nabholz, Poncet, Scherrer Jürg, Sieber, Steinegger, Suter, Tschopp, Tschuppert Karl, vakant I (22)

*Präsident, stimmt nicht – Président, ne vote pas:*  
Frey Claude (1)

### C. Bundesbeschluss über Sondermassnahmen zugunsten der universitären Weiterbildung

### C. Arrêté fédéral relatif à des mesures spéciales en faveur de la formation continue au niveau universitaire

*Namentliche Schlussabstimmung*  
*Vote final, par appel nominal*  
(Ref.: 1667)

*Für Annahme des Entwurfes stimmen – Acceptent le projet:*  
Aguet, Allenspach, Aubry, Bär, Baumann Ruedi, Baumann Stephanie, Baumberger, Bäumlín, Béguelin, Berger, Bezzola, Bircher Peter, Bischof, Bonny, Borel François, Bortoluzzi, Brügger Cyrill, Brunner Christiane, Bugnon, Bühlmann, Bühler Gerold, Bundi, Bürgi, Caccia, Carobbio, Comby, Cornaz, Couchepin, Danuser, Darbellay, de Dardel, David, Deiss, Dettling, Diener, Dormann, Ducret, Dünki, Duvoisin, Eggenberger, Eggly, Engler, Epiney, Eymann Christoph, Fankhauser, Fasel Hugo, Fehr, Fischer-Hägglín, Fischer-Seengen, Fischer-Sursee, Frainier, Frey Walter, Fritschi Oscar, Gadiant, Gobet, Goll, Gonseth, Graber, Grendelmeier, Gros Jean-Michel, Gross Andreas, Grossenbacher, Haering Binder, Hafner Ursula, Hämmerle, Hari, Heberlein, Hegetschweiler, Herczog, Hess Peter, Hildbrand, Hollenstein, Hubacher, Iten Joseph, Jaeger, Jäggi Paul, Jeanprêtre, Jöri, Keller Anton, Kühne, Langenberger, Ledergerber, Leemann, Lepori Bonetti, Leu Josef, Leuba, Leuenberger Moritz, Loeb François, Maeder, Maitre, Mamie, Marti Werner, Matthey, Mauch Ursula, Meier Hans, Meier Samuel, Meyer Theo, Misteli, Mühlemann, Nabholz, Narbel, Nebiker, Neuenschwander, Oehler, Ostermann, Perey, Philipona, Pidoux, Pini, Raggenbass, Rechsteiner, Reimann Maximilian, Robert, Rohrbasser, Ruckstuhl, Ruf, Ruffy, Rutishauser, Rychen, Savary, Schenk, Scheurer Rémy, Schmid Peter, Schmid Samuel, Schmidhalter, Schmied Walter, Schnider, Schweingruber, Segmüller, Seiler Hanspeter, Seiler Rolf, Singeisen, Spielmann, Spoerry, Stalder, Stamm Judith, Stamm Luzi, Steffen, Steiger Hans, Steiner Rudolf, Strahm Rudolf, Stucky, Theubet, Thür, Tschäppät Alexander, Tschopp, Tschuppert Karl, Vetterli, Vollmer, Wanner, Weder Hansjürg, Wick, Wiederkehr, Wittenwiler, Wyss William, Zbinden, Ziegler Jean, Zisyadis, Züger, Zwiygart (160)

*Dagegen stimmen – Rejetent le projet:*  
Binder, Blocher, Borer Roland, Dreher, Friderici Charles, Früh, Giezendanner, Hess Otto, Jenni Peter, Kern, Maurer, Miesch, Moser, Müller, Sandoz, Scherrer Werner, Steinemann, Weyeneth (18)

*Stimmen nicht – Ne votent pas:*

Aregger, Bignasca, Bodenmann, Camponovo, Caspar-Hutter, Cavadini Adriano, Cincera, Columberg, von Felten, Giger, Gysin, Keller Rudolf, Leuenberger Ernst, Maspoli, Mauch Rolf, Poncet, Scherrer Jürg, Sieber, Steinegger, Suter, vakant I (21)

*Präsident, stimmt nicht – Président, ne vote pas:*

Frey Claude (1)

**H. Bundesgesetz über die Hochschulförderung****H. Loi fédérale sur l'aide aux universités***Namentliche Schlussabstimmung*

*Vote final, par appel nominal*

(Ref.: 1668)

*Für Annahme des Entwurfes stimmen – Acceptent le projet:*

Aguet, Allenspach, Aregger, Aubry, Bär, Baumann Ruedi, Baumann Stephanie, Baumberger, Bäumlín, Béguelin, Berger, Binder, Bircher Peter, Bischof, Bonny, Borel François, Bortoluzzi, Brügger Cyrill, Brunner Christiane, Bugnon, Bühlmann, Bühler Gerold, Bundi, Bürgi, Caccia, Carobbio, Comby, Cornaz, Danuser, Darbellay, de Dardel, David, Deiss, Dettling, Diener, Dormann, Ducret, Dünki, Duvoisin, Eggenberger, Eggly, Engler, Epiney, Eymann Christoph, Fankhauser, Fasel Hugo, Fehr, Fischer-Häggingen, Fischer-Seengen, Fischer-Surse, Frainier, Frey Walter, Friderici Charles, Fritschi Oscar, Gadiant, Giger, Gobet, Goll, Gonseth, Graber, Grendelmeier, Gros Jean-Michel, Gross Andreas, Grossenbacher, Haering Binder, Hafner Ursula, Hämmerle, Hari, Heberlein, Herczog, Hess Otto, Hess Peter, Hildbrand, Hollenstein, Hubacher, Iten Joseph, Jaeger, Jäggi Paul, Jeanprêtre, Jöri, Keller Anton, Keller Rudolf, Kühne, Langenberger, Ledergerber, Leemann, Leu Josef, Leuba, Leuenberger Ernst, Leuenberger Moritz, Loeb François, Maeder, Maitre, Mamie, Marti Werner, Matthey, Mauch Ursula, Maurer, Meier Hans, Meier Samuel, Meyer Theo, Misteli, Mühlemann, Nabholz, Narbel, Nebiker, Neuenchwander, Oehler, Ostermann, Perey, Philipona, Pidoux, Pini, Raggenbass, Rechsteiner, Reimann Maximilian, Robert, Rohrbasser, Ruckstuhl, Ruf, Ruffy, Rutishauser, Sandoz, Savary, Schenk, Scheurer Rémy, Schmid Peter, Schmid Samuel, Schmidhalter, Schmied Walter, Schnider, Schweingruber, Segmüller, Seiler Hanspeter, Seiler Rolf, Singeisen, Spielmann, Spoerry, Stamm Luzi, Steffen, Steiger Hans, Steiner Rudolf, Strahm Rudolf, Stucky, Theubet, Thür, Tschäppät Alexander, Tschopp, Tschuppert Karl, Vetterli, Vollmer, Wanner, Wick, Wiederkehr, Wittenwiler, Wyss William, Zbinden, Ziegler Jean, Zisyadis, Zwygart (160)

*Dagegen stimmen – Rejetent le projet:*

Blocher, Borer Roland, Dreher, Früh, Giezendanner, Jenni Peter, Kern, Miesch, Moser, Müller, Scherrer Werner, Steinemann, Weder Hansjürg, Weyeneth (14)

*Der Stimme enthalten sich – S'abstiennent:*

Rychen, Stalder (2)

*Stimmen nicht – Ne votent pas:*

Bezzola, Bignasca, Bodenmann, Camponovo, Caspar-Hutter, Cavadini Adriano, Cincera, Columberg, Couchepin, von Felten, Gysin, Hegetschweiler, Lepori Bonetti, Maspoli, Mauch Rolf, Poncet, Scherrer Jürg, Sieber, Stamm Judith, Steinegger, Suter, Züger, vakant I (23)

*Präsident, stimmt nicht – Président, ne vote pas:*

Frey Claude (1)

**I. Bundesgesetz über die Forschung****I. Loi fédérale sur la recherche***Namentliche Schlussabstimmung*

*Vote final, par appel nominal*

(Ref.: 1669)

*Für Annahme des Entwurfes stimmen – Acceptent le projet:*

Aguet, Allenspach, Aregger, Aubry, Bär, Baumann Ruedi, Baumann Stephanie, Baumberger, Béguelin, Berger, Bezzola, Binder, Bircher Peter, Bischof, Bonny, Borel François, Bortoluzzi, Brügger Cyrill, Brunner Christiane, Bugnon, Bühlmann, Bühler Gerold, Bundi, Bürgi, Caccia, Carobbio, Comby, Cornaz, Couchepin, Danuser, Darbellay, de Dardel, David, Deiss, Dettling, Diener, Dormann, Ducret, Dünki, Duvoisin, Eggenberger, Eggly, Engler, Epiney, Eymann Christoph, Fankhauser, Fasel Hugo, Fischer-Häggingen, Fischer-Seengen, Fischer-Surse, Frainier, Frey Walter, Friderici Charles, Fritschi Oscar, Gadiant, Giger, Gobet, Goll, Gonseth, Graber, Grendelmeier, Gros Jean-Michel, Gross Andreas, Grossenbacher, Haering Binder, Hafner Ursula, Hämmerle, Hari, Heberlein, Hegetschweiler, Herczog, Hess Otto, Hess Peter, Hildbrand, Hollenstein, Hubacher, Iten Joseph, Jaeger, Jäggi Paul, Jeanprêtre, Jöri, Keller Anton, Keller Rudolf, Kühne, Langenberger, Ledergerber, Leemann, Lepori Bonetti, Leu Josef, Leuba, Leuenberger Ernst, Leuenberger Moritz, Loeb François, Maeder, Maitre, Mamie, Marti Werner, Matthey, Mauch Ursula, Maurer, Meier Hans, Meier Samuel, Meyer Theo, Misteli, Mühlemann, Nabholz, Narbel, Nebiker, Oehler, Ostermann, Perey, Philipona, Pidoux, Raggenbass, Rechsteiner, Reimann Maximilian, Robert, Rohrbasser, Ruckstuhl, Ruf, Ruffy, Rutishauser, Rychen, Sandoz, Savary, Schenk, Scherrer Werner, Scheurer Rémy, Schmid Peter, Schmid Samuel, Schmidhalter, Schmied Walter, Schnider, Schweingruber, Segmüller, Seiler Hanspeter, Seiler Rolf, Singeisen, Spielmann, Spoerry, Stamm Judith, Stamm Luzi, Steiger Hans, Steiner Rudolf, Strahm Rudolf, Stucky, Theubet, Thür, Tschäppät Alexander, Tschopp, Vetterli, Vollmer, Wanner, Weder Hansjürg, Weyeneth, Wick, Wiederkehr, Wittenwiler, Wyss William, Zbinden, Ziegler Jean, Zisyadis, Züger, Zwygart (164)

*Dagegen stimmen – Rejetent le projet:*

Blocher, Borer Roland, Dreher, Früh, Giezendanner, Jenni Peter, Kern, Miesch, Moser, Müller, Neuenchwander, Stalder, Steffen, Steinemann (14)

*Der Stimme enthalten sich – S'abstiennent:*

Bäumlín, Fehr, Pini (3)

*Stimmen nicht – Ne votent pas:*

Bignasca, Bodenmann, Camponovo, Caspar-Hutter, Cavadini Adriano, Cincera, Columberg, von Felten, Gysin, Maspoli, Mauch Rolf, Poncet, Scherrer Jürg, Sieber, Steinegger, Suter, Tschuppert Karl, vakant I (18)

*Präsident, stimmt nicht – Président, ne vote pas:*

Frey Claude (1)

*An den Ständerat – Au Conseil des Etats*